

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Verbreiter: Amt IV, Nr. 1982.

Mittwoch, den 24. Januar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Verbreiter: Amt IV, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement Preis dreimonatlich: 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8 Mark, für das übrige Ausland 9 Mark pro Monat.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsstelligen Anzeigen ober deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Bürgerlicher Wahlrechtsschwindel und proletarischer Wahlrechtskampf.

Schon gestern haben wir das in den tollsten Widersprüchen sich bewegende Urteil der bürgerlichen Presse über die proletarische Wahlrechtsbewegung gekennzeichnet. Während vor dem 21. Januar auch die liberalen Blätter nicht müde wurden, von der ungeheuren Verantwortlichkeit zu fesseln, die die sozialdemokratische Zeitung durch ihre Veranstaltung auf sich lade, während sie die mehr oder minder denunziatorischen Befürchtungen äußerten, daß die sozialdemokratischen Redner in den Versammlungen die Massen zu Unbesonnenheiten aufreizten würden, schlug nach dem 21. Januar die Stimmung völlig um. Am grössten war dieser jähe Stimmungsumschlag bei dem Berliner *Moskowitz*, das nun auf einmal von der ungeheuerlichen Wagnisse spricht, die sich die Reaktion durch ihre absolut überflüssigen Kriegsvorbereitungen zugezogen habe. Die reaktionäre Presse überhäuft denn auch den so verspätet geoffenbarten Heldenmut des Moskowitz mit dem verdienten blutigen Hohn. Wenn aber das „Berliner Tageblatt“ wirklich von vornherein die Ueberzeugung gehegt hätte, daß die Sozialdemokratie nichts als eine friedliche Demonstration durch Massenversammlungen und Massenproteste beabsichtige, so wäre ein albernere Spott über den „harmlosen“ Charakter dieser Demonstration umso weniger angebracht gewesen. In der Tat war aber unser liberales Bürgertum keineswegs von vornherein von den friedlichen Absichten der Sozialdemokratie überzeugt. Noch in ihrer Montagsnummer schrieb beispielsweise die „Freie Deutsche Presse“, daß die Arbeiterklasse „angesichts der Vorbereitungsmaßnahmen der Behörde“ Besonnenheit gewahrt und Zusammenstöße vermieden habe. Hier wird also ganz unerkennbar das ruhige Verhalten der Arbeiterklasse auf die Kriegsvorbereitungen der Polizei- und der Militärbehörden zurückgeführt, also indirekt behauptet, daß sich im anderen Falle die Sozialdemokratie jedenfalls nicht eine solche Zurückhaltung auferlegt haben würde. Wenn schon das führende Organ der freisinnigen Volkspartei sich derartig ausläßt, so darf es nicht Wunder nehmen, wenn die regierungsoffizielle „Norddeutsche Allg. Zeitung“ behauptet, daß gerade der Umstand, „daß von Seiten der Behörden umfassende Vorsichtsmaßnahmen getroffen und entschiedene Direktiven erteilt waren“, die Arbeiterklasse zur absoluten Wahrung der Ruhe veranlaßt habe.

Diese der reaktionären sowohl wie der freisinnigen Presse gemeinsame Auffassung von den vermeintlichen Absichten der Sozialdemokratie beweist, wie wenig das Bürgertum aller Schichten noch in das Wesen der Taktik der deutschen Sozialdemokratie eingedrungen ist!

Wie lag nach der sozialdemokratischen Auffassung die Situation? Die ganze Haltung nicht nur der Scharfmacher, sondern auch aller bürgerlichen Parteien liefert den Beweis, daß ohne die energische Selbsthilfe des Proletariats an eine Beseitigung des schändlichen Dreiklassenwahlrechts nicht zu denken ist. Die Reaktion, weit entfernt davon, auf ihre Privilegien in Preußen auch nur um Haarsbreite zu verzichten, hatte umgekehrt bei jeder Gelegenheit, in der Presse, in Volksversammlungen und in beiden Häusern des preussischen Landtages selbst, die Forderung erhoben, dem Ausbreiten der sozialdemokratischen Bewegung durch verschärfte reaktionäre Maßnahmen, namentlich aber durch eine Bescheidung des herrschenden Reichstagswahlrechts entgegenzutreten. Daß von dieser Seite eine demokratische Umgestaltung des Landtagswahlrechts nicht zu erwarten war, liegt auf der Hand. Aber auch die Nationalliberalen und das Zentrum sind höchst unsichere Kontonisten. Als in der letzten Session des Reichstages der Antrag eingebracht worden war, durch eine Neuerteilung der Reichstagswahlkreise die ungeheuerliche Ungerechtigkeit zu beseitigen, die durch die kolossale Verschiebung der Bevölkerungsziffer in ländlichen und industriellen Wahlkreisen eingetreten ist, stimmte das Zentrum gegen diesen Antrag, für den jeder ernste Freund eines wirklichen gleichen Wahlrechts einzutreten verpflichtet sein müßte. Auch hat ja der bekannte Zentrumsgewaltige *Dix* seinerzeit mit aller Deutlichkeit in seinem Buche „Kapital und Arbeit“ ausgesprochen, daß „das absolute Recht der Majorität die Revolution in Permanenz“ sei, das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht führe mit der Zeit notwendig zur Majorisierung durch das Proletariat, da bleibe nur der Ausweg ständischer Wahlen. „Es wäre das eine außerordentliche Kräftigung des Eigentums gegenüber der Arbeit“. Offenbar noch als das Zentrum hat die nationalliberale Partei sich gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht ausgesprochen. Als im September 1902 der Kampf um den Buchertarif tobte, sich der nationalliberale Abgeordnete *Wasser* man den Gegnern der Buchertarife gegenüber die Drohung aus, daß sie das allgemeine Wahlrecht in Gefahr brächten. Ebenso hat seinerzeit der nationalliberale Abgeordnete *Semler* in einer großen Versammlung des nationalliberalen Wahlvereins zu Hamburg eine — einstimmig angenommene — Resolution eingebracht, in der der Reichskanzler ersucht wurde, „in Erwägung zu ziehen, wie durch Gesetz dem Widerspruch des allgemeinen Wahlrechts durch die Sozialdemokratie im Wege der Beschränkung des Wahlrechts . . . abgeholfen werden könne.“ Ebenso hat

der bekannte Professor *Hasse* aus seiner Feindschaft gegen das allgemeine Wahlrecht keinen Hehl gemacht. Die nationalliberale Presse geberdete sich fast noch reaktionärer als die nationalliberalen Abgeordneten. Der „Hannoversche Courier“ lobte seinerzeit die erwähnte Hamburger Versammlung wegen ihrer „mutigen“ Stellungnahme und die „National-Zeitung“ schrieb einmal, daß das allgemeine Wahlrecht vermindere und daß deshalb der „verhängnisvolle Lauf des allgemeinen Wahlrechts aufgehalten“ werden müsse. Alles das beweist, daß die Reaktion im preussischen Landtage nicht nur die Wände der Rechten inne hat, sondern sich über die Mitte bis tief hinein in die Linke ausdehnt. Als Gegner des Dreiklassenwahlrechts bleiben also, wenn wir wirklich einmal die freisinnige Partei als solche betrachten wollen, nur knapp drei Duzend Abgeordnete übrig. Der Arbeiterklasse einreden zu wollen, daß diese paar Männlein wirklich auf parlamentarischem Wege in der Lage wären, das Dreiklassenwahlrecht zu beseitigen, verriet denn doch eine beispiellose Naivität!

Wenn also die Arbeiterklasse sich wirklich das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht für den preussischen Landtag erobern will, so bleibt ihr schiedlich kein anderes Mittel, als die breite Öffentlichkeit gegen die Reaktion auf die Schanze zu rufen. Die Arbeiterklasse gibt sich dabei durchaus nicht dem holden Wahn hin, daß die Beseitigung des preussischen Dreiklassenwahlrechts eine so leichte, mühelose Arbeit sei. Sie hat es ja erlebt, welche Erbitterung schon die proletarische Inanspruchnahme der politischen Rechte im Deutschen Reich immerhalb der besitzenden Klasse hervorgerufen hat. Sie erinnert sich noch zu genau, in welchen Entrüstungsstürmen sich die Interessenten des Brotwuchers gewunden haben, als die Sozialdemokratie in Verbindung mit dem Reichstagen freisinnigen den Versuch unternahm, das freie Wahlrecht gegen die Taschen der arbeitenden Klasse abzuwehren. Sie weiß nur zu genau, welche steinernde Klagen von der Kapitalistenklasse wegen der minimalen Lasten angestimmt worden sind, die die so heftigende Arbeiterklasse gegen die Arbeiterversicherung ihr auferlegten. Sie hat es gerade in den letzten Jahren erlebt, daß das Vordringen der Sozialdemokratie das ganze Bürgertum von links bis rechts mehr und mehr zu der einen reaktionären Masse zusammenschweißte hat, daß sogar der Freisinn sich die Hilfe des ergreifenden und scharfmacherischen „Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ mit heißem Dank gefallen ließ. Die Arbeiterklasse hat es also tausendfach erfahren, wie schmerzhaft das gesamte Bürgertum schon heute die leidige Tatsache empfindet, daß das Proletariat sich nicht länger von den bürgerlichen Parteien ins Schlepptau nehmen läßt, sondern als selbständige Klassenpartei seine Interessen wenigstens im Reichstag wahrzunehmen bestrebt ist. Wenn das Bürgertum — von den Junkern und Schlotbaronen bis zum freisinnigen Philisterium — schon das allgemeine gleiche direkte und geheime Reichstagswahlrecht als einen Pfahl im Fleische empfindet, so kann sich die Sozialdemokratie auch nicht einen Augenblick darüber täuschen, daß es der schärfsten Mittel bedürfen wird, das Wahlrecht auch für den preussischen Landtag zu erkämpfen.

Nichtsdestoweniger ist die Sozialdemokratie ihres schließlichen Sieges gewiß. Erwartet sie die demokratische Wahlreform auch nicht als ein Gnadengeschenk der Junker, auch nicht als die freiwillig dargebrachte Siegesgabe des heldenmütigen Freisinns, so erwartet sie sie doch als den Preis einer angestrebten und jähren Agitation! Die Voraussetzung des Erfolges der sozialdemokratischen Wahlagitatorik ist die Aufrüttelung der breiten Massen des Volkes, die Gewinnung der Millionen von Indifferenten, die heute entweder von ihren Bürgerrechten überhaupt noch keinen Gebrauch machen, oder noch immer gewohnheitsmäßig im Knebel bürgerlicher Parteien liegen. Die Demonstrationen des 21. Januar haben den Beweis dafür geliefert, wie bitter von den Arbeitermassen bereits heute die preussische Wahlrechtsbewegung empfunden wird, und doch ist die sozialdemokratische Wahlrechtsbewegung erst so jungen Datums. Setzt die Sozialdemokratie das Werk der Aufrüttelung und Aufrüstung der proletarischen Massen mit der Energie fort, mit der sie ihre Agitation begonnen hat, so werden auch Freisinn und Zentrum die Folgen dieser Wahlagitatorik bald schmerzhaft genug empfinden. Das müßte Getöse des Freisinns, die ewig wiederholten Beteuerungen, daß der Freisinn ein ebenso warmer Verfechter des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sei wie die Sozialdemokratie, verrät ja bereits die wachsende Nervosität des in seinem politischen Bestehen ernstlich bedrohten Freisinns. Ebenso scharf wird die Sozialdemokratie mit ihrer Wahlagitatorik auch dem Zentrum auf den Leib rücken. Diese Parteien werden einfach vor die Frage gestellt werden, entweder sich nun einmal wirklich an dem Wahlrechtskampf energisch zu beteiligen, oder aber von der Sozialdemokratie mehr und mehr zerrieben zu werden! Sollten sie sich durch das sozialdemokratische Vordringen gezwungen sehen, den Wahlrechtskampf der Sozialdemokratie tatkräftig zu unterstützen, so wird die Reaktion schließlich dem gemeinsamen Ansturm weichen müssen. Sollten diese Parteien jedoch derart von Sorge um die Selbstprivilegien gepackt sein, daß sie lieber eine Massendefektion ihrer proletarischen Wähler erduldeten, als sich einer ehrlich demokratischen Kampagne anzuschließen, so muß eben die Sozialdemokratie den Kampf allein aufnehmen.

Auch bei einer solchen Isolierung würden die Chancen des proletarischen Wahlrechtskampfes keine schlechten sein. Das Vorgehen der Scharfmacher am 21. Januar hat ja bereits die völlige Ratlosigkeit der Reaktion bewiesen. Mit einem blutigen Gewaltstreich wollte man sich der unbedingten Dränger erwehren, um endlich wieder einmal auf eine halbjährige Ruhe zu haben. Das Proletariat hat den Scharfmachern den Gefallen nicht getan. Aber es ist ihm andererseits auch gar nicht eingefallen, auch nur das geringste von dem zu unterlassen, was von allem Anfang an beabsichtigt war: eine beispiellose Demonstration gegen das Dreiklassenwahlrecht zu inszenieren, die ihm zweifellos Hunderttausende neuer Anhänger gewonnen hat. Was wollen die Scharfmacher aber gegen das lawinengleiche Anwachsen der proletarischen Massenbewegung sonst unternehmen? Jede Drangsalierung durch Polizei und Gerichte kann den Nimbus der Sozialdemokratie nur erhöhen, den ohnehin so gesunkenen moralischen Kredit des Klassenstaates nur vermindern! Das Bürgertum kann es schließlich nicht verhindern, daß die Sozialdemokratie immer gewaltiger wächst, daß sie immer breitere Massen und — in voraus-sichtlich gar nicht zu ferner Zeit — die Mehrheit des Volkes um ihr menschenbefreiendes Banner scharf.

Je mächtiger aber die Sozialdemokratie wird, desto unmöglicher wird es den besitzenden Klassen, gehässige, nur neue Verbitterung säende Polizeipraktiken an ihr zu versuchen. Die Reaktion wird ja schon heute eingesehen haben, wie kolossal sie gerade durch ihr Militärausgebot zum Misserfolg des 21. Januar beigetragen hat. Sie ist durch diesen ersten Fehlschlag noch nicht belehrt, so mag sie es getrost mit weiteren Staatsrettungen gleichen Kalibers versuchen. Das Proletariat wird sich dadurch auch nicht einen Augenblick aus der Fassung bringen lassen. Es wird sich nicht provozieren lassen, aber es wird sich auch nicht in seiner agitatorischen und organisatorischen Arbeit stören lassen!

Die Scharfmacherente hat nur den einen armseligen Triumph behalten, wenigstens die Straßendemonstrationen verhindert zu haben. Und es soll gar nicht verhehelt werden, daß die Arbeiterklasse unter Umständen auch eine Straßendemonstration als geeignetes Mittel betrachtet, ihren Forderungen wuchtigen Ausdruck zu verleihen. Aber da sie — es ist unglücklich, daß man das den politischen Kreisläufen von der Scharfmacher- sowohl wie der liberalen Presse noch auseinandersehen muß! — Straßenzüge selbstverständlich nur als ein Mittel friedlicher Demonstration betrachtet, ist es noch sehr zweifelhaft, ob eine noch so impotente Straßendemonstration wirkungsvoller gewesen wäre, als die Massenversammlungen im Zeichen des Kriegszustandes! Und wenn man auch künftig noch, obwohl die Arbeiterklasse eine so unzweifelhafte Probe ihrer Disziplin abgelegt hat, dem Proletariat das Recht auf Straßenzüge verweigern will — wir brauchen schließlich nichts dagegen zu haben, wenn der arbeitenden Klasse der Stachel der Rechtslosigkeit immer brennender in die Seele gedrückt wird! Die Sozialdemokratie, die Wahlrechtsbewegung marschiert, so oder so!

Es ist platterdings unmöglich, die Geschehnisse — die inneren wie die äußeren — eines modernen Staates gegen den ausgesprochenen Willen der Mehrheit der Staatsbürger zu lenken. In den Zeiten des Feudalismus vermochte wohl eine Minderheit die Mehrheit zu verzwängen, aber auch nur, weil die Mehrheit sich ihrer Bedrückung nicht bewußt geworden war. Heute, in der Zeit der durch die Industrialisierung des Landes verursachten Anhäufung des Proletariats in Städten und Industriebezirken, bei den sonstigen Möglichkeiten, durch Wort und Schrift Aufklärung unter den Massen zu verbreiten, sind patriarchalische Herrschaftsformen ausgeschlossen. In dem Augenblick, wo die beherrschten, ausgebeuteten Massen sich des Interessengegensatzes gegen die herrschende Minderheit bewußt werden, beginnen die Machtmittel dieser Minderheit zu versagen. Heute mag man vielleicht noch die aus der Provinz, vom platten Lande stammenden Garnisonen der Hauptstädte gegen das Proletariat auszuspielen zu können glauben — in naher Zukunft schon wird man diesen Gedanken als ein allzugesährliches Spiel mit dem Feuer verwerfen!

Es gibt nur ein Mittel für den Klassenstaat, dem plötzlichen Zusammenbruch vorzubeugen: die vernünftige, weitsichtige Politik der Konzessionen, die Erfüllung der drängenden Forderungen des Proletariats. Man braucht nur die Arbeiterklasse, die Mehrheit des Volkes, auf politischem und sozialem Gebiete zu gleichberechtigten Staatsbürgern zu machen, um dem friedlichen, kulturellen Fortschritt der Nation freie Bahn zu schaffen! Versteht man sich mit brutalem Egoismus auf die Klassenprivilegien, fährt man fort, die Arbeiterklasse als Deloten zu behandeln, so wird die später ja doch unausbleibliche Kapitulation zu weit demütigenderen Bedingungen erfolgen!

## Politische Ueberlicht.

Berlin, den 23. Januar.

Reichstag.

Die Sitzung des Reichstages begann mit einer mattschönen Begründung der Interpellation der polnischen Fraktion wegen Anordnung einer Aufsicht über die Sprache, welche von katholischen Mannschaften in der kirchlichen Reichs-

gebraucht wird, durch den Abgeordneten Stichel. Als der Kriegsminister erwidert hatte, daß es der Militärverwaltung fernliege, die religiösen Bedürfnisse der polnisch sprechenden Mannschaften zu berücksichtigen, beruhigten sich die Interpellanten. Sie beantragten ausfallenderweise keine Besprechung ihrer Interpellation. Es schien den Agrar-Polen daran zu liegen, der germanisierenden Regierung keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten. Anders ist die Unterlassung eines Antrages auf Besprechung der Interpellation nicht zu verstehen. Wer in allem, was die Belastung des Volkes anlangt, mit der Regierung durch Dick und Dünn geht, muß eine wenig beneidenswerte Rolle spielen, wenn er sich ansieht, als verteidigt er das Recht des Volkes auf anderen Gebieten.

Die weitere, gestern vertagte Beratung über den Gesetzentwurf betreffend den Versicherungsvertrag zog sich bis um 6 Uhr hin. Sie bewegte sich wesentlich in juristischen und fachtechnischen Geleisen.

Die Mittwochssitzung ist für Initiativanträge bestimmt. An erster Stelle der Tagesordnung steht die dritte Lesung über den Diätenantrag. Ihr folgt der vom Zentrum eingebrachte Toleranzantrag, diesem die Beratung des sozialdemokratischen Initiativantrages auf Einführung einer auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes zusammengesetzten Volksvertretung für jeden Bundesstaat und für Elsaß-Lothringen. —

### Eine Fleischnotdebatte im Dreiklassenparlament.

Im preussischen Abgeordnetenhause begann am Dienstag die zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung. Die Agrarier, die sonst diesen Etat zum Anlaß nahmen, um in bewegten Tönen über ihre Notlage zu jammern und die Regierung um neue Liebesgaben anzuschnorren, verhielten sich ungewöhnlich ruhig. Kein Wunder, Herr v. Podbielski hat ihnen den Mund so vollgestopft, daß sie beim besten Willen nicht mehr schreiben können. Nur ab und zu vernahm man noch ein leises Wimmern irgend eines Rimmerjatten, der dadurch andeuten wollte, daß er sich immer noch nicht ganz befriedigt fühlt und bei nächster Gelegenheit wieder losbrüllen wird.

Im wesentlichen drehte sich die Debatte um die Frage der Fleischnot. Viel Neues wurde weder von den Agrariern noch von ihren Gegnern gesagt, aber den Eindruck erweckte die Debatte doch, daß die Agrarier sich nicht mehr mit so wohlfeilen Redensarten wie bisher über die Fleischnot hinwegzusetzen wagen. Selbst Herr v. Podbielski konnte die Frage nicht mehr mit ein paar scherzhaften Redensarten abtun, er mußte die Fleischnot zugeben. Freilich führt er sie auf die Fleischbeschau zurück und will dafür sorgen, daß in Zukunft wenigstens das Fleisch der sogenannten ehrsünnigen Rinder nach 24stündiger Kühlraumlagerung unbeschränkt freigegeben und daß auch bei — geringfügiger Tuberkulose die Freigabe gestattet wird. Aber von einer Deffnung der Grenzen will er nach wie vor nichts wissen! Das Fleisch kranker einheimischer Tiere schadet nach Ansicht des Ministers der Bevölkerung offenbar weniger als der Genuß gesunden Fleisches aus dem Auslande. Hört wahr! Die Agrarier können mit diesem ihren Schirmherrn, der das einseitige agrarische Interesse über das der Gesamtheit stellt, wohl zufrieden sein. Daß auch das „Gerode“ in der Presse und ganz besonders die Sozialdemokratie für die Fleischnot verantwortlich gemacht wurde, ist selbstredend. Woran ist die Presse und die Sozialdemokratie nicht schuld?

Am Mittwoch wird die Beratung des Landwirtschaftsetats fortgesetzt. —

### Hamburg im Zeichen der Polizeidiktatur.

Obwohl von allen zuständigen Leuten anerkannt wird, daß das Verhalten der gegen die völlige politische Entrechtung demonstrierenden Arbeiterchaft am Abend des 17. Januar ein geradezu musterhaftes, der von vielen Organen der Sicherheitspolizei entwickelte „Schneid“ dagegen recht überflüssig war, ja in Verbindung mit der taktischen Ungeschicklichkeit der Polizeistrategen die Unruhen im Nachmittagsviertel provoziert hat, versucht das elende Scharfmachergefindel im Bunde mit den „Hamburger Nachrichten“, die täglich zu Gewalttätigkeiten gegen die Sozialdemokratie auffordern, ohne daran behindert zu werden, die Wahlrechtsdemonstranten nicht nur moralisch, sondern auch finanziell für die den Geschäftsleuten durch die Erzeße entstandenen, auf 100 000 M. veranschlagten Schäden verantwortlich zu machen. Allen Erstes wird in der Presse der Vorschlag gemacht, die Parteileitung und unser Parteigeschäft, wo die Flugblätter zur Teilnahme an den Versammlungen gedruckt worden sind, auf Schadenersatz zu verklagen. Auch die von den Roubies verletzten Polizisten sollen sozialdemokratische Schmerzensgelder erhalten, so verlangen die Ueberführer, deren Geistesverfassung reif für Friedrichsberg (Landesirrenanstalt) ist. Die geschädigten Geschäftsleute, wohl die besten und einwandfreiesten Beobachter der Erzeße, haben sich an die richtige Adresse gewandt, denn sie fordern, wie der senats-offizielle „Hamb. Korresp.“ berichtet, durch Rechtsanwalt Dr. Brumm die Deckung des Gesamtschadens aus Staatsmitteln. Eine diesbezügliche Eingabe ist dem Senat bereits zugestellt worden. Das Blatt fügt hinzu: „Wie bereits mitgeteilt, fügt sich das Gesuch darauf, daß der Schoppenstehl in der kritischen Zeit etwa eine Stunde lang ohne genügenden polizeilichen Schutz gewesen sei, trotzdem die Polizei Kenntnis von der Zusammenrottung des Gefindels hatte, das bald darauf die Gewalttätigkeiten in den Parterrelotalitäten verübte.“

Der bekannte sozialliberale Dr. S. Heßcher äußert sich über das gemeingefährliche Treiben des Scharfmachergefindels u. a. wie folgt:

„Die Hamburger Arbeiterchaft hat mit dem Verbredergesinde in der Riedernstrahengegend so wenig etwas gemein wie die Väter des unheilvollen Gesetzentwurfes. Wenn man schon einmal von Schuld reden will, so könnte man mit größerem Rechte argumentieren: Ihr, die Ihr die Wahlrechtsvorlage eingebracht, die Ihr dadurch Erbitterung und Unfrieden hervorgerufen, Ihr, die Ihr pochend auf eure gegenwärtige Macht, versucht, die Verfassung zu ändern, Ihr seid die wahren Schuldigen. Der Wind säet, wird Sturm ernten. Herunter einmal mit all dem Plünder- und Platterfrum, den Ihr der Vorlage angehängt habt, herunter vor allem mit jenem liberalen Karrenkloß, das der neue Ausschussbericht dem gräßlichen Gebilde umgeworfen hat, und heraus mit der nackten Wahrheit! Ihr wollt den Hamburger Arbeiter staatsbürgerliche Rechte nehmen, die Ihr vor wenigen Jahren ihnen eingeräumt habt. Sagt's doch offen und frei: Macht geht vor Recht! Nun hat der Hamburger Arbeiter würdig und förmlich demonstriert. Hätte er's nicht getan, er wäre wert, seine Rechte zu verlieren. Werkt's Euch! Der Arbeiter ist kein Spielzeug!“

Das Vereins- und Versammlungsrecht ist zurzeit für die Arbeiterchaft völlig aufgehoben; nicht allein öffentliche, sondern auch Vereins- und Gewerkschaftsversammlungen werden von der Polizei verboten!

Anlässlich der preussischen Wahlrechtsdemonstrationen hatte die Hamburger Polizei „umfassende“ Sicherheitsvorkehrungen getroffen, um einer Invasion der Krämmerrepublik durch preussische „Umsirler“ entgegenzutreten zu können. Ueber diese „starken“ Maßnahmen ist nicht allein in sozialdemokratischen Kreisen geulkt worden. Die „liberale“ Hamburger Polizei ist nervös, sehr nervös geworden, hat sie doch in Herbergen nach Revolvern suchen lassen, weil ihr mitgeteilt worden war, es sollten Waffenverteilungen an „Demonstranten“ stattfinden oder stattgefunden haben.

Die in sozialistischer Sinne redigierten „Hamb. Nachrichten“ machen auch in Zudenhege, sonst hätten sie wohl seinem „Eingekauft“ Aufnahme gewährt, in welchem den schwerreichen Juden des Mißionsviertels Koterbaum-Habestehude der Sturm auf ihre Geldschränke durch — Wahlrechtsdemonstranten angedroht wird! —

### Deutsches Reich.

#### Herrn Mosse's Gladiatoren.

Herr Mosse läßt in seinem Zeitungsverlag förmliche Gladiatorenkämpfe zwischen Börseureisinn und freisinniger Demokratie ausführen, alles zu Ruh und Frommen seines Annoncengeschäfts.

Das Mosse'sche „Berliner Tageblatt“ schrieb gestern:

„Die Sozialdemokratie hatte es durch ihre würdige Taktik glücklich fertig bekommen, daß sie sich in der Wahlrechtsfrage — einer Frage, die das liberale Bürgertum seit Jahrzehnten immer wieder aufgeworfen hatte, aber gerade wegen der Indolenz der Arbeiter nicht lösen konnte — fast isoliert sah. Nun sucht sie ihre Schwäche nach dem Grundsatze zu verdecken: Die Masse muß es bringen. So beachte sie denn alles auf die Weise, was nur kriechen kann, um möglichst „wichtig“ gegen die Dreiklassenwahl zu demonstrieren. Die innere Hohlheit dieses Massenaufgebots konnte keinem Einsichtigen verborgen sein.“

Und heute schreibt die Mosse'sche „Volks-Zeitung“:

„Außerdem hat bisher noch stets — und das ist die erste Seite der Medaille — jedes Blatt der Weltgeschichte gelehrt, daß das Regent „Nun gerade nicht!“ den Reim der unerlässlichen Niederlage derjenigen Regierung in sich schließt, die mit diesem jauchhaften Zuhörwort ihre schwache Position verteidigen zu können meint. Eine Agitationswaife von unwiderstehlichem Reiz auf die Gemüter aller unter dem Wahlnurrecht Leidenden ist dieses unheilbare „Nun gerade nicht!“ Denn das Wohlwollen des preussischen Dreiklassenwahlrechts bringt nicht nur die reichsten Massen der Lohnarbeiter, es bringt auch die breitesten Schichten des Bürgertums um das ihnen von rechts wegen zuzehende Maß des Einflusses auf die gesetzgebenden Körperschaften des Landes. Durch das famose „Nun gerade nicht!“ wird also dem Ansturm durch das volkreicherische Dreiklassenwahlrecht ein neuer Anstoß von größter Kraft gegeben.“

Uebrigens müssen einem Volke, das um ein ihm vorenthaltenes Recht kämpft, alle Dinge zum Besten dienen. Die von der Regierung geplanten, jetzt zu den reponierten Akten geschriebenen Veränderungen des Dreiklassenwahlrechts wären unzweifelhaft über die Bedeutung arbeitsloser Schichtplästerer nicht hinweggegangen. Wiederholt aber hat man mit allerlei gekünstelten Fiktionen die schauerlichsten Höhen dieses widerwärtigen Wahlgewebes zu bedecken versucht. Für die Wirksamkeit der Agitation gegen das herrliche Wesch ist es daher vorteilhafter, das System bleibt in der ganzen erschreckenden Trostlosigkeit seiner Verbesserungsunfähigkeit und Verbesserungsunwürdigkeit bestehen, als daß man durch eine nichtsagende Reformpluterei den Anschein erweckt, als könne aus dieser gefehlbereichen Wihgebung überhaupt noch ein gesundes Wesen gebildet werden.“

Diese Ausführungen der freisinnigen „Volks-Ztg.“ sind übrigens gleichzeitig eine der freisinnigen „Freien Deutschen Presse“ applizierte schallende Ohrfeige. Bringt es doch Herr Müller-Sagan fertig, in seinem Blatte über die beabsichtigte Zurückziehung der preussischen „Wahlrechtsnovelle“ also zu lamentieren:

„So bewährt sich die Sozialdemokratie immer wieder als die beste Stütze und Helferin der Reaktion.“

### Kaiserliche Belobigung der Berliner Polizei.

Das offiziöse Depeschembureau verbreitet zur Veröffentlichung folgende Kundgebung:

„Ich habe mit Befriedigung erfahren, daß der gestrige Tag ohne Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in meiner Hauptstadt und Residenzstadt Berlin verlaufen ist. In diesem ersten Resultat haben die umsichtigen polizeilichen Maßnahmen wie das taktvolle und angemessene Verhalten der Schutzmänner einen wesentlichen Anteil. Ich lobe und belohne die tapferen Berliner Schutzmänner hierfür meinen königlichen Dank und meine Anerkennung auszusprechen, und beauftrage Sie, den Schutzmännern dies bekannt zu geben.“

Wilhelm R.“

Bekanntlich hatte der Leiter der politischen Polizei in Berlin, Dr. Henninger, dem Vertreter eines Berliner Blattes gegenüber Äußerungen über den voraussichtlichen Verlauf der Wahlrechtsdemonstration getan, nach denen man die von den Militärbehörden ausgehenden beispiellosen Kriegsrüstungen für mindestens überflüssig ansehen mußte. Auch das, wie vom „Vorwärts“ anerkannt wurde, durchaus konjunktive Benehmen der Berliner Polizei am roten Sonntag stand, wie auch von der bürgerlichen Presse nicht unbemerkt blieb, in einem auffälligen Kontrast zu den drohend aufgefahrenen Batterien und den langbenwehrten Reitergeschwadern, die man am Sonntag durch die Straßen ziehen sah. Nach dem Tode, das Wilhelm II. dem Verhalten der Berliner Polizei spendet, könnte man fast vermuten, daß dem Kaiser der militärische Schutz von gewisser Seite förmlich aufgedrängt worden sei! —

### Romisches Mißgeschick.

Zum roten Sonntag war es nicht nur den in Berlin garnisonierenden Truppen verboten worden, die Kasernen zu verlassen, sondern auch den von auswärts nach Berlin Beurlaubten Soldaten war die Befehlsung zugegangen, sich während des 21. Januars Stubenarrest aufzuerlegen. Der den betreffenden Urlaubern zugegangene Befehl lautete folgenden Wortlaut:

„Sie haben vom 21. d. M. früh bis zum 22. d. M. 9 Uhr vorwärtig in Ihrer Wohnung aufzuhalten und die Straße nicht zu betreten.“

Der auf Ihrem Urlaubspass bescheinigte Nachurlaub hat für die Nacht vom 21. zum 22. d. M. keine Gültigkeit.

Der Kommandant, geq. Graf v. Rolke.“

Einer der Beurlaubten hatte nun deshalb um Urlaub nachsucht, um der am Sonntag stattfindenden Beerdigung eines Vaters beizuwohnen zu können. Infolge der obigen Order war der Leidtragende jedoch verhindert, diesen Akt kindlicher

Pietät auszuführen. Man sieht, wie rücksichtslos die Sozialdemokratie die heiligsten Bande der Familie zerreiht! —

### Das Unglück der Könige . . .

Die Berliner Freisinnspresse gefällt sich in journalistischen Clownsprüngen, um die Berliner Wahlrechtsdemonstration als eine ebenso überflüssige wie „harmlose“ Spielerei darzustellen. Wie anders urteilt demgegenüber ein bayerisches Freisinnblatt, die „Münchner Neuesten Nachr.“. Dies freisinnige Blatt schließt seinen dem roten Sonntag gewidmeten Leitartikel mit den Worten:

„Ein trüber Tag zog heute herauf, Regenschauer und schwere Wollen lagen über der Stadt. Aber im alten Königsschloß an der Spree wird der Prunk des Didenfestes durch das graue Wetter ebensoviele gestört worden sein wie durch die sozialdemokratischen Versammlungen. Und doch, wie notwendig wäre es, wenn bis in den Weißen Saal der Ruf von Millionen dränge: Fort mit dem Wahlunrecht in Preußen!“

Das klingt wie ein förmliches Bedauern, daß keine Strahendemonstration stattfand! Das erinnert geradezu an das Wort Johann Jacobys: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!“ —

### Nachwachen vom roten Sonntag.

In Breslau haben die Kriegszustände am Montag Abend ihre sonderbarsten Blüten gezeigt. Wie bereits gemeldet, war die am Montag Abend nach dem Gewerkschaftshause einberufene Gedächtnisversammlung für die Opfer der russischen Revolution aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit belamlich verboten worden. Trotzdem die Volkswacht durch unentgeltliche Verteilung einer Extraausgabe dafür gesorgt hatte, daß die neueste Polizeimahrgel den Arbeitern rechtzeitig bekannt wurde, hatte die Polizei es für nötig gehalten, das Gewerkschaftshaus und die ganze Umgebung der Margarethenstraße der schärfsten Absperrung schon von den Nachmittagsstunden an zu unterwerfen. Die Schutzmannschaft hatte ihr Hauptquartier in dem in der Nähe befindlichen nachmittags Ballabstimmungslokal, die berittene Polizei in einem gegenüberliegenden Gasthofstalle aufgeschlagen. Der Polizeipräsident hatte sich der Wache unterzogen, in höchst eigener Person die Wirkung der angeordneten Maßregeln zu kontrollieren. Die Absperrung war eine so scharfe, daß es nur einem kleinen Teile derer, die im Gewerkschaftshause an Hoffnungen oder sonstigen Sitzungen teilzunehmen hatten, gelang, durch die dichten Postenleihen hindurchzukommen. Der Deonom des Gewerkschaftshauses wußte gegen diese Absperrung, durch die ihm ein schwerer Schaden erwachsen ist, Beschwerde führen, ebenso soll gegen das Versammlungsverbot, das klaren Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts widerspricht, Protest erhoben werden.

### „Der Tat soll die Strafe auf dem Fuße folgen.“

Den obigen Ausdruck hat bekanntlich der neue Justizminister Beseher. Nach den bisherigen Erfahrungen trifft der Ausdruck zu, wenn es sich um „Sünder“ aus der Arbeiterklasse handelt, auch trifft er zu, wenn Anklage erhoben wird gegen die Verfasser eines Flugblattes, gegen Flugblattverbreiter oder gegen Demonstranten. Wenn es sich aber um Sünder aus der besitzenden Klasse, um Unternehmer handelt, eilt es gar nicht so sehr mit der Strafe. Um nur einen ganz illustrierten Fall zu erwähnen, erinnern wir an das große Grubenunglück auf Zeche „Vorussia“ bei Dortmund, das mehr als ein halbes Jahr zurückliegt. Etwa 40 Menschen mußten damals auf so entsetzliche Weise ihre Leben lassen, mehr als zwanzig liegen noch jetzt dort unten in der Tiefe. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ und die dortmunder „Arbeiterzeitung“ haben damals schonungslos die Mißstände erörtert und die Verwaltung auf das Schwerste belastet. Sogar ein Unternehmerblatt, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, forderte das Einschreiten der Staatsanwaltschaft gegen die Verwaltung. Lange Zeit hörte man nichts. Aber die Arbeiterpresse des Ruhrreviers bohrte weiter, bis endlich die ultramontane Presse zuerst die Nachricht brachte, die Staatsanwaltschaft habe ein Verfahren gegen die Verwaltung eingeleitet. Tatsächlich haben dann einige Zeugenvernehmungen vor dem Untersuchungsrichter stattgefunden. Aber das war vor Monaten. Seitdem hörte man nichts mehr von der Sache, und die Annahme gewinnt an Boden, daß man sie einschlafen lassen will. Doch aber auf Zeche „Vorussia“ auf größtmögliche Weise gegen die geltenden Bestimmungen gesündigt worden ist, steht fest. Soll nun das entsetzliche Unglück ungesühnt bleiben? Daß bisher nichts gegen die Verwaltung der Zeche „Vorussia“ unternommen worden ist, wollen wir dem neuen Justizminister nicht zur Last legen. Wir erwarten aber von ihm, daß er baldigst nachholt, was sein Vorgänger veräuht hat. Wie soll sonst das Volk noch Vertrauen zur Rechtspflege haben, wenn das fahrlässige Hinopfern so vieler Menschenleben straflos hingehen soll?!

Ein Strahendemonstranten-Prozess kam am Montag abermals vor dem Dresdener Landgericht zur Verhandlung. Angeklagt war der 40 Jahre alte Tiefbauarbeiter Gustav Max Otto Müller, der sich am Sonntag, den 3. Dezember, des Widerhandes schuldig gemacht haben sollte. Er kam am genannten Tage gegen 2 Uhr über den Postplatz und wollte nach der Großen Brüderrasse, fand diese jedoch bei der Sophienkirche durch einen dichten Polizeifordon abgesperrt. Er wollte durch die Postenfeste hindurch, wurde aber von dem Gendarmen Rehner, der den Angeklagten persönlich konnte, zurückgewiesen mit den Worten, er (M.) wohne doch in der Friedrichstadt. Rehner erwiderte darauf, er wolle nur ein Glas Bier trinken und entfernte sich, wurde aber schon nach kurzer Zeit am Eingang der ebenfalls polizeilich abgesperrten Wilsdrufferstraße gesehen. Nach der Anklage soll M. mit Gewalt den Durchgang zu erzwingen versucht und zu diesem Zwecke Säbelleiten benutzt zu haben. Er erreichte indessen keine Abfahrt, da er von einem Schuttmann zurückgeschoben wurde. M. bestiet entschieden jede Gewaltanwendung; er hat sich nur durch eine Luke der Postenfeste hindurchzwingen wollen. Die Zeugenvernehmung nahm einen überraschenden Verlauf, so daß man sich wundern muß, wie in diesem Falle überhaupt Anklage erhoben werden konnte. Keiner der drei Schuttmänner (andere Zeugen kamen nicht in Betracht) konnte die Anklage bestätigen. M. habe gestikuliert und mit den Händen herumgeschwungen, das war alles, was diese Zeugen zu sagen wußten. Von irgendwelchen Tätschkeiten des Angeklagten gegen den einen oder anderen Schuttmann wußten sie nichts. Der Staatsanwalt suchte in seiner Verlegenheit die Schuld an der Anklage-Erhebung dem Schuttmann Rehner in die Schuhe zu schieben, der in seiner Anzeige von Gewalt gesprochen habe. Erwiesen sei nur, daß der Angeklagte in ungebührlicher Weise verhalten habe, sich Durchgang zu verschaffen, nicht aber, daß er dabei Gewalt angewendet habe. Er stelle anheim, den Angeklagten freizusprechen. Dies geschah natürlich denn auch.

### Südwesafrika.

Berlin, 23. Januar. Oberst Dame meldet, daß die Annahme, Worenga sei nach Springbülz gezogen, sich nicht bestätigt hat. Die zu seiner Verfolgung angeordnete Abteilung des Hauptmanns Siebert fand nur Spuren einer schwächeren Bande und kehrte daher in die Gegend von Durdrift — Oudermaitje zurück. Worenga stand am 8. Januar noch bei Hartedee's münd am Orangefluß.

Gegen Cornelius, der sich seit dem Dezember in dem Tirasgebirge aufhält, war eine Streifabteilung von 70 Gewehren unter dem Befehl des Leutnants von Craißheim in Marsch gesetzt

worden. Sie griff am 11. Januar eine 300 Köpfe starke Werft bei Ramtob an. Der Gegner hielt jedoch nicht Stand und floh unter Zurücklassung seines sämtlichen Hausgeräts, einiger Reittiere und Gewehre in nördlicher Richtung. Cornelius für seine Person hatte sich schon zuvor mit seinen Orlogleuten von der Werft getrennt und überfiel am 13. Januar bei Umab nördlich Bethanien einen Viehposten. Durch die sofort eingeleitete Verfolgung gelang es jedoch, ihm den größeren Teil des Viehs wieder abzunehmen. Verschiedene kleinere Truppenabteilungen sind über Geimufis zur Verfolgung gegen Cornelius angefeht.

Am 11. Januar betrug die Zahl aller Kriegsgefangenen und der freiwillig Gewonnenen 12 190 Köpfe, nämlich 10 024 Hereros und 2166 Hottentotten. Darunter befanden sich im ganzen 3006 Männer.

Infolge starken Regens ist der Große Fischfluß abgenommen und dadurch der Verkehr der Bergpflegestolonnen nach Steinhilshof unterbrochen worden.

Ein Telegramm aus Bindhu! meldet: Gefreiter Karl Semm, geboren am 20. 2. 1882 zu Friedelhausen, am 18. Januar 1906 in Kalkfontein an Darmverschlus gestorben. Ritter Karl Otto, geboren am 18. 8. 1882 zu Pfaffendorf, seit 10. Januar 1906 vermißt und am 15. Januar 1906 mit Kopf- und Brustschuß tot aufgefunden.

## Ausland.

### Frankreich.

#### Das Geheimnis der Diplomatie.

Paris, 21. Januar. (Fig. Ver.)

Am Freitag fand hier eine Versammlung statt, die ein überaus aktuelles und bisher nicht genug gewürdigtes Thema behandelte: Das Verhältnis der Demokratie zur auswärtigen Politik. Der ungeheure Besuch war diesem wichtigen Gegenstand, aber auch der Persönlichkeit der angeführten Redner zu danken. Es sprachen ein Dichter, ein Politiker und ein Gelehrter, die jeder in seinem Berufe zu den bedeutendsten Frankreichs gehören. Der Dichter Anatole France, der gefeierte Romancier, der feinste Sprechkünstler und der geistvollste Erzähler der zeitgenössischen französischen Litteratur — seit den Tagen der „Affäre“ ein eifriger Kritiker der sozialistischen Bewegung; der Politiker Jean Jaurès; der Gelehrte Gabriel Seailles, der bekannte Professor der Pariser Universität, der sich gleichfalls zum Sozialismus bekennt. Die Anwesenheit zahlreicher Gelehrter und Politiker — darunter auch eines marokkanischen Hofrats — bezeugte den Einfluß, den die sozialistische Kritik — der reaktionären Schwankung der Bourgeoisie zum Trotz — auf den öffentlichen Geist Frankreichs ausübt.

Die Forderung, die alle drei Redner vertraten und die Jaurès durch eine eingehende Darstellung des marokkanischen Handels genauer begründete, war die Verstärkung des diplomatischen Geheimnisses, die Uebernahme der auswärtigen Politik durch die demokratisch organisierte Nation selbst, der Sturz der autokratischen, unverantwortlichen Diplomatenzunft.

Anatole France formulierte in seiner Eröffnungsbrede das Problem: Man sagt uns, daß wir Herren unserer Geschichte seien und durch den Stimmzettel unsere Souveränität ausüben. Man sagt uns, daß uns die republikanische Verfassung vor den Mißbräuchen eines persönlichen Regiments beschütze. In der Tat, es steht im Artikel 8 unseres Verfassungsgesetzes von 1878 über die Beziehungen der öffentlichen Gewalten: „Der Präsident der Republik verhandelt und genehmigt die Verträge. Er gibt sie den Kammern bekannt, sobald das Interesse und die Sicherheit des Staates es gestatten. Die Handelsverträge und jene Verträge, die die Finanzen des Staates berühren, sind erst nach der Zustimmung der beiden Kammern definitiv.“ Dies ist der Legitimation. Aber wie ist die Anwendung? Das Interesse und die Sicherheit des Staates haben es dem Präsidenten bis heute nicht erlaubt, den Kammern Kenntnis vom französisch-russischen Vertrag zu geben, der vor zwölf Jahren geschlossen wurde und der uns den Verlust von etlichen Milliarden zugesagt hat, zugleich mit der Schande, sie in den Dienst der verbrecherischen Autokratie gestellt zu haben. Ja, dieser Vertrag hätte uns nach dem, was man von seinem Inhalt kennt, in einen Krieg mit England und Japan verwickeln können. Wohl heißt es im Artikel 9 desselben Verfassungsgesetzes: „Der Präsident der Republik kann den Krieg nur mit der vorhergehenden Zustimmung der beiden Kammern erklären.“ Eine schwache Bürgschaft, da es unter zivilisierten Völkern Brauch ist, die Feindseligkeiten vor der Kriegserklärung zu beginnen. In Wirklichkeit übt heute das französische Volk das Recht über Krieg und Frieden so wenig aus wie im Zeitalter Napoleons und Ludwigs XIV. Man sagt uns, daß wir Herren unserer Geschichte seien, daß es heute nicht mehr wie unter dem Kaiserreiche sei, daß man keinen Krieg beginnen werde, ohne uns zu benachrichtigen. Nun, eines Tages — und dieser Tag war genau Dienstag, der 6. Juni 1906 — erfuhren wir plötzlich, daß unser Minister des Auswärtigen einen schrecklichen Zusammenstoß der Völker vorbereitet, ganz still in seinem Kabinett, unter der Präsidentschaft des Herrn Loubet, der doch wahrlich kein Napoleon ist. Dies war es, was wir an einem Frühlingmorgen hörten. Und wir sind Herren unserer Geschichte?

Vor kurzem hörte ich einen alten, sehr kriegslustigen Senator in einer Gesellschaft auseinandersetzen, daß die Ehre Frankreichs zuzusetzen in einer von unserer Diplomatie behandelten Angelegenheit „auf dem Spiele stehe“. „Ich weiß es“, sagte er mit Nachdruck hinzu. Und da ihn jemand fragte, woher er es wisse, antwortete er: „Durch die Indiskretion eines Attakés“. Hier haben Sie eine — Ehre, aber die man nur urteilen kann, wenn man gute Beziehungen hat!

Die Geheimhaltungen unserer Diplomatie haben sich seit Ludwig XV. nicht geändert. Wenn Herr v. Choiseul in diesem Jahre als Minister des Auswärtigen auftrat, fände er in den Bureau alles so, wie er es 1764 verlassen hat. Und doch haben sich seither etliche Dinge in Frankreich geändert: z. B. die Armee, die nicht mehr aus deutschen und schweizerischen Söldnern und aus armen Teufeln zusammengesetzt ist, die man auf dem Pont Neuf aufgeföhrt hat. Und dies sollte man beachten. Wenn die Diplomaten den Krieg beschließen, so sind es die Soldaten, die ihn führen! Daraus folgt, daß zu einer anderen Armee eine andere Diplomatie gehört: zu einer Armee von Bürgern eine offene, zu einer republikanischen Armee eine öffentliche Diplomatie.

Jaurès legte in seiner Rede die Verantwortlichkeit der französischen, deutschen, englischen Diplomatie an dem Marokko-Konflikt dar. Er ist der festen Ueberzeugung, daß Delcassé, wie schon vor ihm eine militärische Clique, Marokko in die Gewalt Frankreichs bringen wollte. Die deutsche Diplomatie habe ihren Mangel an Voraussicht hinterher durch Brutalitäten gutmachen wollen.

Die Kriegsgefahr bleibt groß, ja sie wird noch größer werden, wenn die Konferenz von Algieras den Konflikt nicht vollständig erledigt. Die Völker müssen darum die Tätigkeit der Diplomaten da unten bewachen. Nicht nur für die Rekrutierung ist die Lösung unklar, sondern auch für die Hauptfrage, die der Polizei. Man verhehle sich nicht: Im Verlangen nach Ausübung der Polizeigewalt verdirbt sich das Begehren

nach der militärischen Oberherrschaft und damit nach der Herrschaft überhaupt. Es ist gar nicht nötig, den marokkanischen Soldaten Instruktionen zu geben, die in deutschen oder französischen Militärschulen ausgebildet sind, um sie von Nord und Pfländerung abzuhalten. Die marokkanischen Soldaten haben nur ein Bedürfnis, nämlich, daß man sie bezahlt. An dem Tage, an dem die internationale Finanzkontrolle in Marokko etabliert sein und eine Staatsbank bestehen wird, braucht diese nur dem Sultan zu sagen: Wir zahlen die weiteren Vorläufe nur unter der Bedingung, daß du einen Teil davon zur Befolgung des Polizeicorps verwendest — und die Ordnung in Marokko wird bald hergestellt sein. Jede andere Lösung ist ein Umweg zur Eroberung und darum gefährlich.

Seailles sprach mit viel Geist und mit kritischer Schärfe über das „diplomatische Geheimnis“: In den auswärtigen Angelegenheiten ist die nationale Souveränität nur ein Wort. Wenn die Völker Rechenschaft von den Personen verlangen, die ihre internationalen Interessen verwalten, verweist man sie auf das diplomatische Geheimnis. Man stellt es als Grundlog hin, daß ohne das diplomatische Geheimnis die Diplomatie überhaupt nicht möglich sei. Nun, wir weisen es zurück, daß die auswärtige Politik in unserer Demokratie den Regeln der Diplomatie der Autokraten unterworfen bleibe! Es darf nicht geduldet werden, daß ein Land in die Gefahren des Krieges durch einige Leute gestürzt werden kann, die die Nation für ihre Interessen und für ihre Begierden haltbar machen. Die Wurzel des Übels ist die Gleichgültigkeit des Volkes für die auswärtigen Angelegenheiten und die Unwissenheit, in der man es darüber erhält. Das Volk muß der Diplomatie seine Kontrolle erzwingen und Rechnungsflegung verlangen! Frankreich will den Frieden und wir alle wollen für ihn arbeiten. Die internationalen sozialistischen Kongresse beraten über die Mittel, den Frieden zu erzwingen. Es ist sicher, daß der Tag, da das Proletariat stark genug sein wird, seine Kraft gegen den Krieg zu konzentrieren, das Ende der Kriege bedeuten wird.

Die Versammlung nahm unter stürmischen Kundgebungen eine Resolution an, die die Kontrolle der Nation über die auswärtige Politik fordert und den Entschluß verhängt, mit aller Kraft stetig für den internationalen Frieden zu arbeiten.

### Frankreich.

#### Wieder ein Antimilitarist freigesprochen.

Paris, 22. Januar. (Fig. Ver.) Die Geschworenen der Provinz fahren fort, ihre geistige und moralische Ueberlegenheit gegenüber den Pariser Bourgeoisrichtern zu bezeugen. In Quimper in der Bretagne wurde gestern die Verhandlung gegen den Genossen Peugam, einen Marinearbeiter von Brest, der zu militärischem Ungehorsam und ähnlichen Dingen aufgereizt haben sollte, zu Ende geführt. Peugam ist seinerzeit vom Seepfaffen gemahregelt worden, und dies war die Veranlassung zur letzten Streikbewegung in den Kriegshäfen.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten frei. Die Verhandlung hat eine ausgezeichnete propagandistische Wirkung gehabt. Der Saal war zum großen Teil von bretonischen Bauern in Landes-tracht gefüllt, die mit höchlichem Interesse die vom Angeklagten und von den Entlastungszeugen entwidesteten antimilitaristischen und sozialistischen Anschauungen anhörten. Man kann aber auch den Geschworenen dieses schwarzen Gebiets die Anerkennung für ihr charaktervolles Verhalten nicht versagen. Der von den national-istischen Kabalettern verblödete Pariser Bourgeois spielt heute neben dem demokratischen Kleinbürger der Provinz eine recht lässliche Rolle. Sein Wunder, daß der Einfluß von Paris auf die Politik des Landes immer mehr verschwindet.

### England.

#### Die Wahlen.

Bis jetzt sind 510 Wahlen vollzogen, und zwar besitzen die Liberalen 278, die Unionisten 117, die Nationalisten 79 und die Arbeiter 36 Mandate.

### Amerika.

#### Kurierte Kolonialschwärmer.

Wie der Washingtoner Korrespondent der „New York Press“ seinem Blatte berichtet, sind gute Gründe für die Annahme vorhanden, daß es der amerikanischen Regierung sehr angenehm sein würde, wenn sie sich noch vor Ablauf der Amtszeit des Präsidenten Roosevelt der Philippinen entledigen könnte. Die Regierung ist, dem Korrespondenten zufolge, überzeugt, daß es für die Vereinigten Staaten das Beste wäre, wenn sie die Inseln unter möglichst günstigen Bedingungen an eine der Vertragsmächte verkaufen könnten.

Es heißt, Japan habe bereits Eröffnungen wegen des etwaigen Erwerbs der Inseln gemacht, und es wird angenommen, die Verletzung des früheren Gouverneurs der Philippinen Luke E. Wright aus dieser Stellung zur amerikanischen Botschaft in Tokio hänge mit dieser Idee zusammen. Auch die kürzlich vom Senator Longworth, der den Kriegssekretär Taft auf seiner ostasiatischen Reise begleitete, gegen den Besitz der Philippinen gehaltene Rede wird als bedeutungsvoll betrachtet, da man annimmt, er habe in Uebereinstimmung mit der Regierung gesprochen.

## Aus der Partei.

#### Für Volkserdummung, Volksnebelung und Volksausbeutung?

Die Aktion gegen die Aufklärungsbrochure über das Landtagswahlrecht scheint eine allgemeine zu sein. Gehandelt wurde auch in der „Dresdener Volkswacht“ und zwar auf Veranlassung von Berlin nach der Brochure „Wegen Volkserdummung, gegen Volksnebelung und gegen Volksausbeutung“. Die Beamten weigerten sich, den richterlichen Beschluß zu der Hausdurchsicht vorzuweisen; sie erklärten nur, aus Berlin sei telegraphische Anweisung zur Beschlagnahme erfolgt. Die vorhandenen Brochüren wurden nur unter Protest herausgegeben; es wird gegen die Beschlagnahme Beschwerde erhoben werden.

#### Wenn zwei dasselbe tun.

Zur Verhaftung des Genossen Triprien in Königsberg werden wir aus Breslau darauf aufmerksam gemacht, daß dort sämtliche bürgerliche Blätter die betreffenden Stellen aus dem Artikel des Genossen Löbe zum Abdruck gebracht haben, ohne daß man von einem polizeilichen oder staatsanwaltlichen Vorgehen etwas gehört hätte. Sie scheitern noch immer vor sicheren Redaktionsjesseln aus ihre Pfeile gegen die Sozialdemokratie.

#### Die beste Antwort

auf die Verurteilung des Genossen Löbe. Breslau zu 1 Jahr Gefängnis haben die Dresdener Arbeiter dadurch gegeben, daß die Zahl der Abonnenten der „Dresdener Volkswacht“ seit der Verurteilung, d. h. seit zehn Tagen, um 1287 gestiegen ist.

Eine Kreisversammlung für den dritten weimarischen Wahlkreis hat am Sonntag in Bürgel stattgefunden, ohne daß sie von den nervösen Behörden gestört wurde; nur die Anwesenheit von zwei Genossen, denen sich zeitweilig ein dritter in dem Versammlungsort hinzugesellte, zeugte davon, daß an diesem Tage die Staatsbehörde der Sozialdemokratie ein besonderes Interesse zuwandte. Abgesehen davon, daß die Sozialdemokratie eines dermaßen verstärkten Schutzes nicht bedarf, ist die Partei niemals ungehalten darüber, wenn die Organe der in Sachsen-Weimar so häufig grundlos gefährdeten öffentlichen Ordnung und Sicherheit in möglichst starker Anzahl ihren Verhandlungen beiwohnen.

Die Konferenz war von 12 Orten durch 25 Delegierte besucht. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Beschlußfassung über das neue Kreisorganisationsstatut, das u. a. die Höchstgrenze für die Delegiertenzahl aus einem Orte auf fünf festsetzt. Der Vorort kommt wieder nach Jena. Als Vorsitzender des Kreiswahlvereins wurde A. Horschelmann-Benigsen gewählt. Die Beitragserhebung an den Landesausdruck regelt sich bis zur Landeskonferenz nach den bisherigen Bestimmungen. Bei der Anstellung der Parteisekretäre soll die geographische Lage der Wahlkreise in weitestgehendem Maße berücksichtigt werden. Durch eine Resolution drückte die Kreisversammlung den russischen Freiheitskämpfern ihre Sympathie aus. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und Abfügen des ersten Verses des Sozialistenmarches wurde die Konferenz geschlossen.

Eine neue sozialistische Monatsrevue ist soeben in Großwardein (Ungarn) unter dem Titel „A Jovo“ („Die Zukunft“) erschienen. Die erste Nummer enthält Beiträge von Dr. Johann Regl, Herbert Stadler, Dr. Schwarz, Dr. Sonnenwirt und auch eine Uebersetzung der Rede Bebel's: „Der Sozialismus und die Intellektuellen“.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Aus dem Lande des Ochsenkopfes.

Aus Rostock meldet uns ein Privattelegramm:

Der verantwortliche Redakteur der Mecklenburgischen Volkszeitung, unferes Rostocker Parteiblattes, hatte eine Vernehmung wegen angeblicher Aufreizung zu Gewalttätigkeiten durch das letzte Sonntagsblatt.

In Preußen belobt der König die Polizei, weil die Sozialdemokratie nie die Absicht gehabt hat, Gewalttätigkeiten zu verüben, und in Mecklenburg sagt man einen sozialistischen Redakteur an, obgleich die Sozialdemokratie nie Gewalttätigkeiten begehen wollte.

Genosse Kemptens, Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, wurde gestern von der Auflage, den Hauptmann Denike durch einen Artikel beleidigt zu haben, freigesprochen. Wegen desselben Artikels war Genosse Büttner als „Vorwärts“-Redakteur durch rechtskräftig gewordenen Urteil am 14. November 1905 zu 60 M. Geldstrafe verurteilt.

## Soziales.

Unfittlichkeit der Gefindeordnungen. Preußen besitzt, abgesehen von den vielen anderen Ausnahmestellen gegen ländliche Arbeiter und das Gefinde, nicht weniger als 19 Gefindeordnungen. Ihre Titel lauten, dem Alter nach rangiert:

1. Diensthöten-Edikt für das Herzogtum Lauenburg vom 22. Dezember 1732.
2. Gefindeordnung vom 15. Mai 1797 für die Städte Rastell, Warburg, Kinteln und Hanau.
3. Kurhessische Verordnung vom 18. Mai 1801, das Gefindewesen in den Landstädten und auf dem Lande betreffend.
4. Gefindeordnung vom 8. November 1810 für die Provinzen Ost-, West-, Posen, Schlesien, Sachsen, Brandenburg, Westfalen, die rheinländischen Kreise Essen, Mülheim a. d. Ruhr und Ruhrort, Pommern (mit Ausnahme von Neu-Vorpommern und Rügen), die deutschen Konsulargerichtsbezirke und die deutschen Schutzgebiete.
5. Verordnung vom 28. Dezember 1816, das Gefindewesen in dem Großherzogtum Jülich betreffend.
6. Nassauische Verordnung, die Dienstverhältnisse des Gefindes usw. betreffend, vom 15. Mai 1819.
7. Gefindeordnung für die freie Stadt Frankfurt und deren Gebiet vom 6. März 1822.
8. Diensthötenordnung für den Regierungsbezirk Osnabrück vom 28. April 1838.
9. Gefindeordnung für Schleswig-Holstein vom 25. Februar 1840.
10. Gesetz, eine allgemeine Diensthötenordnung für das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen betreffend, vom 31. Januar 1843.
11. Gesetz, eine allgemeine Diensthötenordnung für das Fürstentum Hohenzollern-Hechingen betreffend, vom 30. Dezember 1843.
12. Diensthötenordnung für die Herzogtümer Bremen und Verden vom 12. April 1844.
13. Diensthötenordnung für die Landdrostei-Bezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg und für den Harz-Bezirk vom 15. August 1844.
14. Gefindeordnung für die Rheinprovinz vom 19. August 1844.
15. Gefindeordnung für Neuvorpommern und das Fürstentum Rügen vom 11. April 1845.
16. Diensthötenordnung für das Land Hadeln vom 12. Oktober 1853.
17. Großherzoglich Hessische Verordnung, die polizeiliche Aufsicht über die Diensthöten betreffend, vom 7. April 1857.
18. Landgräflich hessische Verordnung vom 1. Oktober 1857.
19. Diensthötenordnung für Ostfriesland und Heringsland vom 10. Juli 1859.

Die Fälle von Unrecht und Unfittlichkeit, die im Namen dieser Gefindeordnungen gegen Diensthöten ausgeübt werden, ist grenzenlos. Ein jetzt verhandelter Gerichtsfall, dem hundert ähnliche mit weniger glücklichem Ausgange sich anreihen lassen, illustriert das. Die Diensthötenordnung für Hannover usw. (oben Nr. 13) besagt — fast alle anderen Gefindeordnungen enthalten ähnliche Vorschriften — in ihrer durch § 298 des hannoverschen Polizeistrafgesetzbuchs modifizierten Form:

1. Der Diensthöte, welcher die Pflichten der Treue, der Ehrerbietung oder des Gehorsams gegen die Dienstherrschaft oder die, welche in ihrem Namen handeln, verletzt oder sich ungebührlich oder sonst unfittlich, ungebührlich oder unsehrig verhält, ist, sofern die Handlung nicht unter andere Strafgesetze fällt, mit Gefängnis bis zu acht Tagen oder mit Geldstrafe bis zu 10 Talern, in leichteren Fällen mit Verweis zu bestrafen.

§ 33 derselben Gefindeordnung berechtigt den Diensthöten u. a., den Dienst ohne Kündigung zu verlassen, wenn der Dienstherr ihn oder vor solchen Zumutungen von Hausgenossen nicht schützt.

Endlich bedroht wie das altpreussische Gesetz vom April 1851 § 300 des hannoverschen Polizeigesetzes einen Diensthöten mit Strafe, der „ohne rechtsgültigen Grund den Dienst verläßt“.

Dies die gesetzlichen Vorschriften, auf Grund deren ein Dienstmädchen vom Schöffengericht in Hannover auf Grund folgender Vorfalls bestraft wurde: Das Mädchen wurde, wie die Verhandlung ergab, mit unfittlichen Rücksichtungen seitens des Hausherrn verurteilt. Der Sohn des Dienstherrn hat das Mädchen, als es seine Zudringlichkeiten ablehnte, zu Boden geworfen, ihm die Hände zusammengebunden, sich auf es gekniet und mißhandelt. Hinterher drohte er: „Wenn Du etwas sagst, schlage ich Dich mit der Gacke über den Kopf“.

Das Mädchen verließ darauf den Dienst. Schienigst wurde die Staatsgewalt mobil gemacht, natürlich gegen den Mißhandler und Notzuchtverurteiler? Ach nein — gegen das Dienstmädchen. Erst erließ die Polizei einen Strafbefehl von 3 M. — wozu haben wir denn eine Polizei? Dann beantragte der Amtsanwalt Verurteilung des Einspruches — „die Sittlichkeit muß geschützt werden“ und ihr Schutzpatron soll ja wohl die Staatsanwaltschaft sein. Endlich verurteilte auch das Schöffengericht das gequälte Mädchen. Was weigert denn auch so ein armes Mädchen dem „Herrn“ den Innendienst und läuft gar weg, wenn es verprügelt und bedroht wird?

Dieser Tage hat nun die Strafkammer der Berufung des Dienstmädchens stattgegeben, es freigesprochen. Aber: erlich sind nicht die notwendigen Auslagen, die dem Mädchen erwachsen sind, dem Denunzianten oder wenigstens der Staatskasse auferlegt. Zweitens verurteilt nichts davon, daß gegen den Herrenjohn Anklage erhoben ist.

Die Gefinde-Ordnungen müssen ihrer Gesamtstruktur nach die teilweise Ehre herabwürdigen und unfittlich wirken. Nicht darauf

Kommt es an, ob ein Dienstbote, der sich gegen elende Mißhandlung seiner Ehre und seines Körpers mol gewehrt hat, freigesprochen wird, ohne daß es möglich, und überall in Preußen möglich ist, sie anzuklagen. Fort mit den Gefängnisordnungen, die die Rechtlosigkeit der Arbeiter und die heuchelnde Brutalität der Herren vermehren.

## Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Holzarbeiter.

Die Jahreshöhe Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat im September v. J. eine Erhebung veranstaltet. Die Verarbeitung des Ergebnisses derselben ist abgeschlossen und wird beinahe als abgeschlossen erscheinen. Aus der gründlichen, in vielen Tabellen und Erläuterungen zusammengestellten Arbeit können wir bereits die hauptsächlichsten Punkte mitteilen.

Die Betriebszweige, auf welche sich die Erhebung erstreckt, werden in zwei Hauptgruppen geteilt: 1. Tischlereien, die wieder in 12 Spezialbranchen gegliedert sind. (Bau, Innenausbau, Möbel nach Zeichnung, Schlafzimmer, und Kammern, Salons, Herren- und Speisezimmer, Tische, Kontor- und Labeneinrichtung, Stimmöbel, Telephon- und photographische Apparate, Kisten und Nischenmöbel, Luxusmöbel, Verschiedenes.) 2. Andere Branchen des Holzarbeiterverbandes. (Kunstinstrumentenarbeiter, Drechsler, Modelltischler, Bodenleger, Einseher, Jaloufisarbeiter, Stellmacher, Stodarbeiter, Rahmenmacher, Korbmacher, Büchsenmacher, Kammacher, Perlmutterarbeiter, Kistenmacher, Treppengeländerarbeiter.)

Das Gebiet für die Erhebungen der ersten Gruppe ist der Stadtbezirk Berlin, für die zweite Gruppe Berlin und die Vororte. Für beide Gruppen zusammen wurden gezählt 2834 Betriebe mit 30 516 Beschäftigten. In die Zahl der Betriebe sind nicht eingerechnet 800 Kleinmeister, die keine Gehältern beschäftigen. Die Zahl der Arbeiter ist zu vervollständigen durch 946 Kräfte und 502 Arbeitslose, die zur Zeit der Erhebung festgesetzt wurden. Diese mitgerechnet, ergibt 31 964 Personen, die in den dem Holzarbeiterverband angehörenden Berufen beschäftigt sind. Von den gezählten Betrieben entfallen 1514 mit 18 061 Beschäftigten auf die Tischlereien (Gruppe I) und 1320 Betriebe mit 12 455 Beschäftigten auf die anderen Branchen (Gruppe II). — Von der Gruppe I beteiligten sich an der Erhebung 1076 Betriebe mit 16 461 Beschäftigten, von der Gruppe II 947 Betriebe mit 9 471 Beschäftigten. — Erhebungen gingen ein von 15 068 Personen der Gruppe I und 7815 Personen der Gruppe II. Das ist also der Personenkreis, auf den sich die Erhebungen erstrecken und auf den sich die nachfolgenden Angaben beziehen.

Von den beteiligten Personen der Gruppe I sind 89 Proz. organisiert, nämlich 12 491 im Holzarbeiterverband und 1018 in anderen Organisationen. 1658 sind nicht organisiert. — Die Beteiligten der Gruppe II sind zu 78 Proz. organisiert, und zwar 4827 im Holzarbeiterverband, 901 in anderen Organisationen. 2057 sind nicht organisiert. Die verhältnismäßig schwache Beteiligung in der Gruppe II wird hauptsächlich dadurch erklärt, daß die größte Branche dieser Gruppe, die Kunstinstrumentenarbeiter, die insgesamt 5557 Beschäftigte zählt, sich nur mit 2367 Personen oder 42 Proz. an der Erhebung beteiligte. Als Grund für diese Tatsache wird angegeben, die Lokalorganisation der Kunstinstrumentenarbeiter habe gegen die Erhebung agitiert und dadurch erreicht, daß sich ein Teil der Verbandsmitglieder (im ganzen 16,5 Proz. derselben) nicht beteiligte.

Hinsichtlich der Lohnverhältnisse zeigt uns die Statistik, daß in allen Branchen leider Gruppenzeit- und Affordlohn nebeneinander bestehen, jedoch ist der Afford mindestens die vorherrschende Lohnform. Nur in drei Spezialbranchen der Gruppe I, nämlich: Innenausbau, Möbel nach Zeichnung, Labeneinrichtung, sowie in drei Branchen der Gruppe II, nämlich Modelltischler, Stellmacher, Treppengeländerarbeiter überwiegt der Zeitlohn. Die Bodenleger arbeiten ausschließlich in Afford. In fast allen Branchen gibt es Betriebe, wo nur in Afford, andere wo nur in Lohn, und auch solche, wo sowohl in Afford wie in Lohn gearbeitet wird. — Von allen in beiden Gruppen Beschäftigten arbeiten 55 Proz. in Lohn und 45 Proz. in Afford.

Die Affordpreise sind durch Tarif festgelegt in 489 Betrieben (mit 8943 Arbeitern) der Gruppe I und in 225 Betrieben (mit 5428 Arbeitern) der Gruppe II. Eine für alle Arbeiter des Betriebes geltende Lohngarantie bei Affordarbeit besteht in 258 Betrieben (8806 Arbeiter) der Gruppe I und in 82 Betrieben (1306 Arbeiter) der Gruppe II. Lohngarantie für einzelne Arbeiter wird gewährt in 187 Betrieben der Gruppe I und in 23 Betrieben der Gruppe II. Es handelt sich hier um Betriebe, welche die Lohngarantie nicht — wie die erstgenannten — allgemein eingeführt haben, sie aber in der Regel gewähren, wenn der Arbeiter beim Abschluß eines Affords die Garantie fordert. Für die 430 Betriebe (8542 Arbeiter), wo keine Lohngarantie besteht, kommt dieselbe meist nicht in Frage. Dahin gehören die Bauhelfer, die nach einem besonderen Tarif arbeiten, sowie die Betriebe für Maschinenartikel, die wenig neue Muster herstellen. In dem großen gewerkschaftlichen Kampfe, der sich Ende 1904 in der Berliner Holzindustrie abspielte, stand die Frage der Lohngarantie bei Auserkennung neuer Muster in Afford bekanntlich im Vordergrund des Kampfes. Die Durchführbarkeit dieser Forderung wurde von den Unternehmern lebhaft bestritten. Jetzt ist die Lohngarantie bei neuen Mustern in einem großen Teil der Betriebe tatsächlich anerkannt und ihre Durchführbarkeit damit bewiesen. Die ganz allgemeine Anerkennung der Lohngarantie dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein.

Die für die Tischler festgelegte wöchentliche Arbeitszeit von 52 Stunden ist fast allgemein durchgefallen. Einzelne kleinere Branchen der Gruppe II haben dagegen verschiedene Arbeitszeiten. Am längsten ist die der Korbmacher mit durchschnittlich 56,8 Stunden. Dann folgen die Büchsenmacher, die durchschnittlich 55 Stunden arbeiten. Die Modelltischler, die meist in Betrieben der Metallindustrie beschäftigt sind, haben eine durchschnittliche Arbeitszeit von 56,9 Stunden. Die Bodenleger erfreuen sich der kürzesten Arbeitszeit von 47 Stunden.

Der Wochenverdienst der Arbeiter ist ermittelt aus dem Durchschnitt von sechs vollen Wochen in einer Zeit guten Geschäftsganges. Er ist für Afford- und für Lohnarbeiter besonders festgestellt. Im allgemeinen stellt sich der Verdienst bei Affordlohn ein wenig höher als der Zeitlohn. Die Differenz bewegt sich in der Gruppe I meist zwischen 1 und 3 M., nur in drei Spezialbranchen steigt sie auf 3 bis 4 M. wöchentlich. Mehrere Branchen der Gruppe II weisen keinen nennenswerten Unterschied in der Höhe des Lohn- und Affordverdienstes auf. In einzelnen Branchen sinkt der durchschnittliche Affordverdienst sogar unter den Durchschnitt des Zeitlohnes. In einigen Branchen erhebt sich der durchschnittliche Affordverdienst um 1 bis 3 M., vereinzelt auch um 4 bis 5 M. über den durchschnittlichen Zeitlohn. Fast in allen Spezialbranchen der Gruppe I bildet ein Wochenverdienst von 30 M. die Regel. Der durchschnittliche Wochenverdienst beträgt für Tischler (alle Spezialbranchen zusammen) 31,86 M., Polierer 30,71 M., Maschinenarbeiter 30,98 M., Kunstinstrumentenarbeiter 30,72 M., Drechsler 27,17 M., Möbel- und Fabrikarbeiter 31,50 M., Jaloufisarbeiter 31,94 M., Stellmacher 29,23 M., Bodenleger 42,70 M., Einseher 36,10 M., Stodarbeiter 26,82 M., Rahmenmacher 33,26 M., Korbmacher 23,22 M., Büchsenmacher 21,27 M., Kammacher 23,40 M., Perlmutterarbeiter 2,78 M., Kistenmacher 31,43 M., Treppengeländerarbeiter 32,20 M.

Da die vorstehenden Zahlen den Durchschnitt des in sechs Wochen bei gutem Geschäftsgang erzielten Verdienstes angeben, so können sie nicht als Maßstab für den Jahresverdienst gelten. Der Arbeiter der Statistik hat deshalb den mit Hilfe der Arbeitsnachweise und der Krankenkassen ermittelten Ausfall durch Arbeitslosigkeit und Krankheit sowie durch die gesetzlichen Feiertage in Rechnung gestellt, und ferner berücksichtigt, daß in den meisten Ber-

ufen Betrieben zwischen Weihnachten und Neujahr die Arbeit ruht. Nach dieser Berechnung ergibt sich folgender Durchschnittsverdienst: Tischler 27,93 M., Polierer 27,00 M., Maschinenarbeiter 27,00 M., Kunstinstrumentenarbeiter 28,10 M., Drechsler 23,30 M., Möbel- und Fabrikarbeiter 30,30 M., Jaloufisarbeiter 28,34 M., Stellmacher 26,00 M., Bodenleger 31,96 M., Stodarbeiter 24,24 M., Rahmenmacher 30,00 M., Korbmacher 21,22 M., Büchsenmacher 19,10 M., Kammacher 21,40 M., Perlmutterarbeiter 23,65 M., Kistenmacher 28,21 M., Treppengeländerarbeiter 28,14 M. Arbeiterinnen (im ganzen 616) werden nur in einzelnen Branchen beschäftigt. Sie erzielen einen Durchschnittswochenverdienst als Poliererinnen 19,88 M., in Pianomechanikfabriken 12,87 M., bei Kammachern 12,45 M., bei Büchsenmachern 13,70 M.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Lohn, sowohl für die Woche als auch für die Stunde berechnet, um so niedriger ist, je länger die Arbeitszeit währt. Einen schlagenden Beweis dafür liefern die Verhältnisse der Stellmacher. In den einzelnen Betrieben dieses Berufes weicht die Arbeitszeit sehr von einander ab. Ebenso der Lohn. In den Betrieben mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 58 Stunden beträgt der durchschnittliche Wochenlohn 31,70 M., der Stundenlohn 60 Pf. Bei der am meisten herrschenden 52stündigen Arbeitszeit wird ein Wochenlohn von 29,12 M., ein Stundenlohn von 54 Pf. erzielt. Wo 56 Stunden gearbeitet wird, stellt sich der Lohn pro Woche auf 28,20 M., pro Stunde auf 50,3 Pf. Bei 50stündiger Arbeitszeit sinkt der Wochenlohn auf 27,30 M., der Stundenlohn auf 47 Pf. und bei 60stündiger Arbeitszeit, die in 22 Betrieben herrscht, beträgt der Wochenlohn 26,56 M., der Stundenlohn 44,2 Pf. — Die Verhältnisse im Beruf der Stellmacher scheinen hiernach eine Regelung, die gleichzeitig eine Verbesserung bedeuten würde, dringend bedürftig.

## Gewerkschaftliches.

### Ist eine Gewerkschaftszahlstelle ein selbständiger Verein?

(Wieder einmal das ohnmächtige Kammergericht)

Kauf und Genossen, sämtliche sechs Vorstandsmitglieder der Zahlstelle Goslar des Deutschen Zimmererverbandes, waren in zweiter Instanz von der Strafkammer Hildesheim auf Grund der §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes zu Geldstrafen verurteilt worden, weil sie den Eintritt einer Anzahl neuer Mitglieder in die Zahlstelle der Polizei nicht gemeldet hatten. Die Strafkammer nahm an, daß es sich bei der Zahlstelle um einen selbständigen Verein handle, weil sie unter einer selbstgewählten Leitung ein selbständiges Vereinsleben führe. Dabei wurde u. a. berücksichtigt, daß die Zahlstelle über ihre eigenen Angelegenheiten nach dem Verbandsstatut selbst zu bestimmen habe und daß ihre Beschlüsse zu gewissen Angelegenheiten, die das Verbandsstatut den Zahlstellen überweise, weder vom Zentralvorstand bestätigt werden brauchen, noch durch diesen abgeändert werden könnten. Auch fanden Zahlstellen-Versammlungen statt. Daß der Verein eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke, ergebe sich daraus, daß der Verband und somit auch die Zahlstellen die Interessen der Mitglieder durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Zimmerergewerbe vertreten wollten, also durch Hebung der sozialen Lage eines ganzen Arbeiterstandes. — Die Angeklagten legten Revision ein und bestritten wieder, wie schon in den ersten Instanzen, daß die Zahlstelle Goslar ein selbständiger Verein sei und eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke. Auch machten sie geltend, das Anmeldegeschäft würde eventuell sühnungsgemäß nur dem Kassierer obliegen, so daß die übrigen Vorstandsmitglieder ganz ohne Verschulden wären.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts verwarf indessen die Revision aller Angeklagten am 22. Januar mit folgender Begründung: Da die Strafkammer ohne Rechtsirrtum auf Grund tatsächlicher Erwägungen zu ihrem Schluß komme, daß es sich um einen selbständigen Verein bei der Zahlstelle Goslar handle, so könne die Revision hiergegen keinen Erfolg haben. Wenn die Revision darauf hinweise, daß der Strafsenat des Kammergerichts in bezug auf einen anderen kleinen gewerkschaftlichen Verein angenommen habe, er sei nicht selbständig, so möge das richtig sein. Dann seien aber die Tatsachen damals andere gewesen, oder wenigstens hätte die Vorinstanz damals andere Tatsachen „festgestellt“ gehabt. Das Kammergericht sei gebunden an die „tatsächlichen Feststellungen“ der Vorinstanz. Das Rechtsmittel der Revision erlaube es ihm nicht, in tatsächlicher Hinsicht in jedem Falle nachzuprüfen, ob eine Zahlstelle ein selbständiges Vereinsleben führe oder nicht. Wenn nicht ein Rechtsirrtum vorliege, dann könne das Kammergericht nicht ändern. Lediglich werde in der Beziehung eine Rechtsirrtum nicht zu schaffen sein. Es komme immer auf die tatsächlichen Feststellungen des betreffenden Landgerichts an. — Ohne Rechtsirrtum sei also Zweck eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten angenommen worden. — Die Verurteilung sämtlicher Vorstandsmitglieder der Zahlstelle rechtfertige sich aus der Bestimmung des § 13 des Vereinsgesetzes, wonach bei Übertretungen der Vorschriften des § 2, jeder Vorsteher des Vereins bestraft wird, sofern er nicht nachweisen kann, daß die Anzeige oder die Einreichung ganz ohne sein Verschulden unterblieben ist.“ Diesen Nachweis habe keines der verurteilten Vorstandsmitglieder erbracht. Eine sühnungsgemäße Uebertretung der Meldepflicht auf ein einzelnes Vorstandsmitglied würde dem Gesetz gegenüber keine Wirkung haben. —

### Deutsches Reich.

Wien, 23. Januar. (Privattelegramm.) Der Hofenarbeiterstreik ist beendet. Die Ausständigen nahmen zu den früheren Bedingungen die Arbeit wieder auf.

Wieder einmal der Gutenbergbund als Streikbrecherorganisation. Bei dem Streik der Buchdrucker der Firma Reichmann & Co. in „Mittelschlesische Zeitung“, ist es bekanntlich durch die Maßregelungen mehrerer Verbandsbuchdrucker zur sofortigen Arbeitseinstellung gekommen und haben 51 von 70 Angestellten die Arbeit niedergelegt. Wenn man bedenkt, daß die ganze Angelegenheit entstanden ist durch Auffordern zum Austritt aus der Organisation, dann muß es jeder Gewerkschaftler einfach unverständlich finden, wie eine Organisation, die für sich in Anspruch nimmt, eine Arbeiterorganisation zu sein, folgende Erklärung erlassen kann:

### Erklärung des Gewerkschafts der Buchdrucker: „Gutenberg-Bund“.

Nachdem ich durch unsere in Ihrer Offizin konditionierenden Bundeskollegen erfahren, daß die Verbändler in Ihrem Druckerbetriebe wegen eines auf tariflichem Gebiet nicht liegenden Vorkommnisses am Freitagabend die Kündigung eingereicht haben, hielt ich es als Bezirksvorsitzender des Gutenberg-Bundes für meine Pflicht, den Vorsitzenden des hiesigen Ortsvereins G. S., Kollegen Zweckfors, sowie zwei weitere Mitglieder aus Ihrer Offizin zu einer Besprechung dieser Angelegenheit einzuladen. Nach eingehender Prüfung der Angelegenheit sind wir einhellig der Ueberzeugung, daß es sich bei dem Vorgehen der Verbändler lediglich um eine Nacht- und Kraftprobe im Interesse des Bundes der deutschen Buchdrucker in Ihrem Betriebe handelt. Des weiteren sind wir der Ansicht, daß sich dieser Gewaltakt zweifels- ohne indirekt auch gegen die bei Ihnen beschäftigten und in nächster

Zeit noch weiter einwirkenden Bundeskollegen sowie gegen den Gutenberg-Bund überhaupt richtet, indem die Verbändler, wie wir erfahren, sich mit der Absicht trugen, in den nächsten Wochen auch die Entlassung der Gutenbergbändler, obwohl dieselben voll und ganz als tariffreie gelten, von Ihnen zu fordern. Angesichts dieser Tatsache haben unsere Mitglieder keinen Anlaß, sich der „Bewegung“ der Verbändler anzuschließen, vielmehr sind dieselben gesonnen, ihre Position mit allen gerechten Mitteln gegenüber den Angriffen von Verbandsseite zu verteidigen und die Interessen des Gutenberg-Bundes zu wahren. Mit Rücksicht auf das Beharren der Verbändler liegt für uns kein Anlaß vor, den vor einigen Wochen getätigten Engagements weiterer Bundeskollegen hindernd in den Weg zu treten, umso mehr, da ohne Innehaltung der tarifmäßigen Kündigungsfrist, d. h. mit Tarifbruch, eine Anzahl Verbändler plötzlich die Druckerei heute verlassen.

Ich bin von den beteiligten Kollegen beauftragt, Ihnen von unseren Beschlüssen Kenntnis zu geben, was nach Lage der Sache dringend erforderlich ist.

Essen, 16. Januar.

Ergebnis  
E. Schmidt, Schriftföher.

Ein Kommentar ist hierzu überflüssig. Die Sache spricht für sich, verdient aber bekannt zu werden.

### Ausland.

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1905. Die Gewerkschaftskommission Oesterreichs hat soeben ihren Rechenschaftsbericht für das Jahr 1905 veröffentlicht. Eine genaue Mitgliederstatistik liegt noch nicht vor, aber aus dem Kassierenbericht ist ersichtlich, daß auch im letzten Jahre wieder ein bedeutender Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen ist. An Monatsbeiträgen nahm die Gewerkschaftskommission 59 886 Kronen ein; es ist das eine Mehreinnahme gegenüber dem Vorjahre von 16 458 Kronen und entspricht einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 166 347. Das ist eine Zunahme von 45 700 zahlenden Mitgliedern. An Streikgeldern wurden im Jahre 1905 durch die Gewerkschaftskommission 114 560 Kronen ausgegeben.

Die österreichischen Posthülfsbeamten hatten dem Handelsministerium eine Eingabe unterbreitet, in der sie kommissarweise eine Titelerhöhung und Erhöhung ihres Gehalts forderten. Das Handelsministerium hat eine Erhöhung der gegenwärtigen Bezüge von 4 bis 7 Kronen monatlich zugelassen, der geforderte Titel „Posthülfsbeamter“ könne nicht gewährt werden. Darauf haben ca. 100 Verammulungen im Lande stattgefunden und der Zentralverein der Hülfsbeamten und Aspiranten trifft alle Vorbereitungen, um gegebenenfalls den passiven Widerstand organisieren zu können. — Die Posthülfsbeamten von Wien fordern die Erhöhung des Anfangsgehalts auf 1080 Kronen, die Herabsetzung der pensionsberechtigten Dienstzeit von 40 auf 30 Jahre. Diese und einige andere Forderungen sollen der Postdirektion unterbreitet werden.

Die 2800 Mann zählende Belegschaft des Triester Kohlenwerkes in Känten ist wegen Ablehnung verschiedener Forderungen, insbesondere der Forderung einer zwanzigprozentigen Lohnerhöhung, gestern morgen in den Ausstand getreten. Die Arbeiter verhalten sich ruhig.

Die Zuspätkommen der großen Konfektionshäuser in Lille, Roubaix und Armentières wollen einen Ausstand beginnen.

Der Verband der belgischen Grubenarbeiter hielt in Charleroi eine Versammlung ab, an welcher 150 Delegierte teilnahmen. Nach Prüfung der Lohnfrage wurde beschlossen, angeblich keinen Ausstand zu proklamieren, da die meisten Grubenverwaltungen eine Lohnaufbesserung zugesagt haben. Ein Rationalkongreß der Bergarbeiter soll trotzdem einberufen werden, um definitive Beschlüsse zu fassen.

## Verfammlungen.

Der Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter hielt im Gewerkschaftshause eine Generalversammlung ab. Die Einnahmen beliefen sich im IV. Quartal auf 14 744,65 M., die Ausgaben auf 7781,14 M., der Bestand vom III. Quartal betrug 12 353,46 M., so daß am Schluß des Jahres 1905 ein Vermögen von 19 316,97 M. verbleibt. Der Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren entlastet. Der Mitgliederbestand beträgt 1728. Zwei Anträge des Vorstandes: 1. die Beiträge vom 1. April 1905 ab von 75 Pf. auf 80 Pf. zu erhöhen, 2. die Karenzzeit der Krankennulldstellung von 40 auf 50 Wochen zu verlängern, wurden angenommen. Ebenso wurden die vom Vorstande beantragten Statutenänderungen angenommen. Im letzten Halbjahre wurden 105 Werkstätten- sühnungen abgehalten. In den in Frage kommenden 103 Werkstätten waren 1643 Kollegen beschäftigt, davon 1540 organisiert. Im paritätischen Arbeitsnachweise haben sich vom 1. Juli 1905 bis Ende des Jahres 1641 Kollegen eintragen lassen. 1396 Stellen wurden in eben dieser Zeit angemeldet, von denen 1120 besetzt wurden. Wiedergewählt wurden die Bureauangestellten Jaed und Söber, als Vorsitzender Kollege Steinborn, neugewählt als Schriftföher Bindmüller, als Kassierer Pierich, als Revisor Gläubig, Pawlowski wurde auf Antrag der Werkstätten wieder in den Verband aufgenommen.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Gesellschaft“, christliche Wochenchrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Ely Braun. Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M. In jedem das 4. Heft erklaren.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Ein letzter billiger Einkauf.

Wien, 23. Januar. (B. T. V.) Mit Rücksicht auf den am 1. März in Kraft tretenden Handelsvertrag mit dem Deutschen Reich sand heute im Eisenbahnministerium eine Besprechung der Direktoren der beteiligten Staatsbahnen und Privatbahnen statt, um die Maßnahmen für die rechtzeitige Vereinstellung der Wagen für die im Februar ohne Zweifel in Aussicht stehende Beförderung gewaltiger Gütermengen zu beraten.

### Bergarbeiterstreik.

Wien, 23. Januar. (B. T. V.) Der Streik bei der Triester Kohlengrube hat sich auch auf andere Gruben ausgedehnt, so daß jetzt rund 3500 Bergarbeiter streiken.

### Neue Judenverfolgungen.

Bukarest, 23. Januar. (B. T. V.) Während des Wasserweihfestes fanden in Rischnow und in ganz Besarabien blutige antisemitische Exzesse statt. Viele jüdische Häuser wurden geplündert und niedergebrannt.

### Schwere Schiffszusammenstöße.

London, 23. Januar. (B. T. V.) Auf dem Flusse Mersey, gegenüber Liverpool, stieß der Dampfer „Sodo“ mit dem Dampfer „London“ zusammen. Letzterer ist in der Mitte durchgeschnitten und sank nach wenigen Minuten. Alle Mannschaften ertranken. Ein ähnlicher Schiffsunfall passierte dem Antwerpener Dampfer „Brüssel“, der zwischen Brüssel und Antwerpen verkehrte. Er ist an der Küste von Willemstad mit der Besatzung von 7 Mann gesunken.

Reichstag.

26. Sitzung vom Dienstag, den 23. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Einem.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die Interpellation Stachel (Pole) u. Gen. wegen Anordnung einer Kufficht über die Sprache, welche von katholischen Mannschaften in der kirchlichen Beichte gebraucht worden ist.

Kriegsminister v. Einem erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Stachel (Pole):

Die Verfügung, welche den letzten Anlaß zu unserer Interpellation gegeben hat, geht vom I. Armeekorps in Königsberg aus und ist datiert vom 19. Dezember 1905. Es heißt darin: In den am 15. September 1905 eingegangenen Nachweisungen der Mannschaften, die der deutschen Sprache nicht soweit mächtig sind, daß ihre Seelsorge deutschen Geistlichen anvertraut werden kann, sind im ganzen neun katholische Soldaten gemeldet worden. ...

Kriegsminister v. Einem:

Es ist bei uns Grundlag, daß jeder Soldat polnischer Abstammung in seiner Muttersprache beichten kann. ... In Garnisonen, in denen sich ein Militärgeistlicher oder ein mit der Militärseelsorge beauftragter Zivilgeistlicher befindet, der der polnischen Sprache mächtig ist, kann jeder Soldat beichten, sozusagen, wie ihm der Sündenkel gewaschen ist. ...

Abg. Dr. Böttger (natl.): Wir erkennen an, daß der Entwurf im Allgemeinen das Richtige getroffen hat. Wir beanstanden nur die Stellung des Entwurfs zu den Sozietäten. Die Einbeziehung dieser Sozietäten in die zwingenden Bestimmungen des Gesetzes ist im Interesse der Versicherer notwendig. ...

Abg. Forzig (kon.): Auch vom Auslande wird anerkannt, daß unser Entwurf sprachlich besser ist als der französische. ...

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Sp.): Anzuerkennen ist, daß das Gesetz unparteiisch die Interessen der Versicherten und der Gesellschaften, soweit es die Privatgesellschaften anlangt, wahrt. ...

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Sp.): Anzuerkennen ist, daß das Gesetz unparteiisch die Interessen der Versicherten und der Gesellschaften, soweit es die Privatgesellschaften anlangt, wahrt. ...

Abg. Dove (fr. Sp.): Richtig ist, daß man so viele Zweige der Versicherung einbezogen und daß man die Einbeziehung etwa neu entstehender Versicherungszweige für später vorgezogen hat. ...

Abg. Dr. Beumer (natl.): Den sozialdemokratischen Wunsch auf Verstaatlichung des Versicherungswesens halte ich für unser bürocratistisches Staatswesen für sehr gefährlich. ...

Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Riederding:

Der Abg. Beumer hat schon mit Recht ausgeführt, daß — wenn wir den Vogen zu stark gespannt und die zwingenden Bestimmungen zu weit ausgedehnt hätten — wir die wirtschaftliche Grundlage der Versicherungsgesellschaften zerstört hätten. ...

Abg. Rämpf (fr. Sp.):

Wir freuen uns außerordentlich, daß das Reichsjustizamt schon vor Jahren einen Entwurf über die Regelung des Versicherungswesens veröffentlicht hat und daß sie in einer großen Versammlung der Vertreter der Versicherungswissenschaft die schwierige Materie in Rede und Gegenrede hat darstellen lassen. ...

Staatssekretär Riederding:

Eine Unterstellung der öffentlichen Versicherungsgesellschaften unter die zwingenden Bestimmungen des Gesetzes ist nach der Fassung der ganzen Organisation vieler dieser Anstalten nicht möglich. ...

Abg. v. Damm (Wirtsch. Ver.):

Im Gegensatz zum Vorredner aus dem Hause bin ich der Auffassung, daß der Entwurf nach Form und Fassung alle Anerkennung verdient. Die Unterscheidung zwischen zwingenden und nicht-zwingenden Bestimmungen ist hier viel schärfer durchgeführt als im

Bürgerlichen Gesetzbuche. Die Bestimmungen über den Selbstmord dürfen — entgegen der Auffassung des Abg. Trimbom — nicht zwingend werden. ...

Abg. Diefel (Z.):

Die Vorredner haben im Interesse des Unternehmerkapitals gegen die öffentlichen, insbesondere staatlichen Versicherungsanstalten gesprochen. ...

Abg. Lenzmann (fr. Sp.):

Mit Beibehaltung des § 189, der die öffentlichen Sozietäten privilegiert, ist das Gesetz für mich unannehmbar. ...

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Sp.) polemisiert gegen den Staatssekretär Dr. Riederding. Die Fassung über die Verordnungen des Staatssekretärs Grafen Poldadowsky liegt also nicht auf meiner Seite, sondern auf der des Herrn Reichsjustizsekretärs. ...

Hiermit schließt die Debatte. Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. ...

Abg. Forzig (L.) bemängelt, daß in dem Entwurfe keine Fiktion der kleinen Gewichte von 1/4 und 1/8 kg vorgezogen ist. ...

Abg. Stolle (Soz.):

Der Gesetzentwurf zeigt gegenüber der früheren Vorlage wesentliche Änderungen in der Richtung der Kommissionsbeschlüsse. ...

Abg. Engeler (Z.):

Dem Antrage, die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen, stimmen wir zu. ...

Staatssekretär Graf Poldadowsky:

Es ist getadelt worden, daß die Fördergefäße nicht geeicht würden. Ein solcher Antrag ist auch früher in der Kommission nicht angenommen. ...

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Anträge des Abg. Graf v. Sompf (Z.) betr. Gewährung von Dächern und freie Eisenbahnfahrt für die Abgeordneten, Toleranzenantrag; Antrag Albrecht (Soz.) und Genossen betr. Einführung einer Verfassung in den Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen). ...

Herrenhaus.

4. Sitzung vom Dienstag, den 23. Januar 1906, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben, Dr. Weseler. Präsident Fürst Knipphausen begrüßt die Mitglieder und ehrt das Andenken der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder und des Staatssekretärs Frhrn. v. Nischthofen. ...

Minister Frhr. v. Rheinbaben begründet die Vorlage und weist auf die günstige Entwicklung der Sparkassen hin, die den zunehmenden Wohlstand der Bevölkerung widerspiegeln. ...

Oberbürgermeister Körte (Königsberg): Mir scheint, die Regierung bezweckt mit ihrer Vorlage nur eine günstige Beeinflussung des Kurzes der Reichs- und Staatspapiere. ...

Oberbürgermeister Strudmann (Hildesheim) spricht sich gegen die Vorlage aus.

Oberbürgermeister Wilms (Posen) hält es auch für unmöglich, den Liquiditätsfall für ganz Preußen gleichmäßig festzusetzen.

Dr. v. Burgsdorf hält das Steigen des Kurses für eine sichere Folge der Vorlage.

Minister v. Rheinbaben weist den Vorwurf eines unberechtigten Eingriffes in die Selbstverwaltung als falsch zurück.

Nach weiterer Diskussion wird der Entwurf einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen.

Die Vorlagen betreffend die Abänderung der Amtsgerichtsbezirke von O. Eberswalde, Labischin, Schubin und Znin werden unverändert angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Antrag des Justizministeriums betreffend die Ermächtigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Redakteur der „Erfurter Tribune“, kleinere Vorlagen, Gesetzentwurf betreffend die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst.

Schluß 5 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung, Dienstag, den 23. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare.

Zweite Beratung des Etats.

Abg. Dr. v. Dziembowski (Pole) bittet: eine allgemeine Besprechung der Polenpolitik der Regierung und der Ansiedlungspolitik beim Etat des Bureaus des Staatsministers zuzulassen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschließt das Haus nach dem Vorschlag des Abg. Dr. v. Heydebrand (L) bei Besprechung des Dreimillionenfonds eine Erörterung der Polenpolitik zuzulassen. Es folgt die Beratung des Etats der Landwirtschaftlichen Verwaltung.

Abg. Deser (Köln, d. fr. Sp.) beantragt, jetzt eine Besprechung der Fleischnot zuzulassen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Auf Anfrage der Abgg. Wallenborn (S.) und Dr. Heilig (S.) erklärt

Landwirtschaftsminister von Poddieski:

Die Milch gehört als Nahrungsmittel eigentlich zum Ressort des Kultusministeriums. (Weiterkeit.) Die Verordnungen über den Verkehr mit Milch, auch die Berliner, an der ich mitgearbeitet habe, haben sich nicht bewährt. Wir haben mit dem Kultusministerium die Grundprinzipien für die Verordnungen festgelegt. Danach soll die Vollmilch 2,7 Proz. Fettgehalt enthalten. Magermilch braucht keinen Fettgehalt zu haben.

Vizepräsident Dr. Forst schlägt vor, die Abstimmung über den Antrag Deser zu wiederholen, da die Abstimmung offenbar auf einem Mißverständnis beruht habe.

Das Haus beschließt darauf, in die Fleischnot-Debatte einzutreten.

Abg. Deser (Köln, d. fr. Sp.): Früher kam die Rechte bei diesem Etat stets mit Bescheidwerden, heute müssen wir Beschwerden erheben. Wir freuen uns über die Verringerung der Lage der Landwirtschaft, aber wir sind nicht damit einverstanden, daß die Landwirtschaft auf Kosten der übrigen Bevölkerung gefördert wird. Aus diesem Grunde bedauern wir die Haltung der landwirtschaftlichen Verwaltung bei der Frage der Fleischsteuerung und der Fleischnot. Die uns vorgelegten Statistiken sind mangelhaft, es fehlen die Vergleichswerte. Wir erheben aus der Statistik, daß die Preise für Schafe, Ämmer und Kälber seit längerer Zeit gestiegen sind. Die Schweinefleischpreise sind in derselben Zeit schwankend gewesen, sie sind gesunken und gestiegen, in letzter Zeit allerdings immer gestiegen. Die Preise sind gestiegen, obgleich die Zahl der geschlachteten Tiere größer geworden ist. Wenn trotzdem ein Mangel sich geltend gemacht hat, so ergibt sich daraus, daß der Fleischkonsum bei uns viel höher ist, als man bisher angenommen hat. Unter der Fleischnot leidet der Mittelstand am meisten, mehr als der Arbeiter, der eher eine Erhöhung seines Einkommens erhält als der Mittelstand. (Sehr richtig! links.) Der Mangel an Vieh ergibt sich auch aus der Denkschrift des Ministers. Die dort angegebenen Zahlen über den Viehbestand zeigen fast in allen Provinzen einen Rückgang des Bestandes. Um der Fleischnot zu begegnen, müssen energische Maßnahmen getroffen werden, vor allem muß für eine billige Zufuhr der Futtermittel gesorgt werden; da muß man auch den Hut haben, den Zoll auf Futtermittel zu beseitigen. (Sehr richtig! links, Lachen rechts.) Die bisherigen Maßnahmen waren nicht ausreichend. In Notstandszeiten müßte auch eine erhöhte Einfuhr fremden Viehs gestattet werden. Sie (rechts) behaupten immer, jedes eingeführte Stück Vieh vergrößere die Seuchengefahr. (Sehr richtig! rechts.) Ja, wenn das der Fall ist, dann dürfte man ja gar keine Einfuhr gestatten. Tatsächlich ist aber durch die Einfuhr in Oberschlesien keine Einschleppung von Seuchen erfolgt. Wir erhalten lebende Schweine nur aus Rußland, dem verkehrsreichsten Lande, während wir aus Dänemark, dem gesündesten Lande, keine Schweine erhalten. Man müßte so viel Schweine einführen gestatten, wie zur Volksernährung notwendig sind. (Sehr richtig! links.) Unbegreiflich ist die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber dem Wachsenfleisch. Braucht die Reichsmarine Wachsenfleisch, so solle man es der städtischen Bevölkerung auch geben. Von einer sprunghaften Steigerung der Produktion hat der kleine Züchter gar keinen Vorteil. Zum Vorwurf mache ich dem Minister, daß er diese Frage ausschließlich vom Standpunkt der Landwirtschaft behandelt hat, nicht von dem des Staates. An manchen Särgen sieht das Volk, daß seine Interessen unterdrückt sind. (Sehr richtig! links.) Die Nahrungsvorsorgen könnten den Erfolg haben, daß wir in Deutschland zu einer Art Zweikindersystem nach dem Beispiel Frankreichs kommen. Das wollen wir doch nicht. (Ranganhaltender Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. Mallewicz (L.): Ich habe, als der Minister sein Amt antrat, die Hoffnung ausgesprochen, daß er auch in kritischen Augenblicken die Herzen nicht verliere. Ein solcher kritischer Augenblick war die Fleischsteuerung. Wir sind dem Minister heute dankbar, daß er in dieser Zeit die Interessen der Volksernährung so außerordentlich richtig und tatächlich gut gewahrt hat. (Beifall rechts.) Eine Abschwächung der Steuerung ist schon eingetreten. Nichts hat die Preise mehr gesteigert als die Agitation. Möchte man jetzt vor allen Dingen erst einmal den städtischen Ottroi überall aufheben. (Sehr richtig! links.) Ich möchte auch nicht, daß der Arbeiter sich beschränkte in der Kinderzahl. (Weiterkeit.) Ich möchte da für volle Freiheit plädieren. (Weiterkeit.)

Abg. Wansel (natl.): Abgeordneter Deser hat außer acht gelassen, daß in Rußland auch eine Fleischsteuerung vorhanden war. Ich verlange vor allen Dingen Tarifermäßigungen für Vieh. Landwirtschaftsminister v. Poddieski: Ich freue mich, daß diese Erörterung über die Fleischsteuerung rein sachlich ist. Bereits nach der Steuerung des Jahres 1902 haben wir vorerfolgreich für eine Vermehrung der Rindviehbestände gesorgt. Wir müssen scheiden zwischen den Rindvieh- und den Schweinebeständen. Das Auf und Ab der Schweinebestände vollzieht sich eben viel schneller als bei den Rindern. 1904, 1905 haben wir anormale Jahre gehabt. Das Auf und Ab der Schweinebestände kann auch der Landwirtschaftsminister in Amerika nicht beseitigen. Das hängt mit den Ernten zusammen, da können alle weisen Vorschläge nichts helfen; denn es entscheidet der Geldbeutel. Auf die Futterzölle kommt es dabei nicht an, sondern auf die Marktpreise. (Sehr wohl! rechts.) Der kleine Mann müßte mit seinen eigenen Produkten. (Weiterkeit.) Wenn der Vertrag mit Amerika fertig gewesen wäre, hätte man vielleicht das Wachsenfleisch zulassen können. Man wirft mir vor, daß ich falsch prophezeit hätte. Wenn man in einer Schlacht zu einer Truppe sagt, daß vorn alle tot sind, bekommt man die Truppe nicht vorwärts. So sollte ich auch nicht sagen, daß die Fleischsteuerung nach Monate dauern würde. Die letzte Zeit hat uns mit deutlicher Flamenschrift gezeigt: Verlaßt Euch nicht

auf das Ausland! (Weiterkeit.) Ferner mußten wir doch auch damit rechnen, daß die Cholera dadurch bei uns hätte eingeführt werden können. Ich beabsichtige, der Schweinezucht gewisse Erleichterungen dadurch zu schaffen, daß ich beantrage werde: die unbeschränkte Freigabe einstufiger Rinder nach 21tägiger Aufbewahrung im Küsthaufe, Freigabe des Viehs bei geringerem Grad von Tuberkulose wie kleinen Tränen, Erleichterung bei Tieren, die an Schweinepest gelitten haben. Gernern wir nicht, sondern seien wir Deutsche und preußische Männer, die gemeinsame Arbeit fördern wollen! (Beifall rechts.)

Abg. Sittard (S.) tadelt, daß nicht wenigstens für die Dauer der ausnahmsweise hohen Preise im Interesse seines Wahlkreises nach die holländische Grenze geöffnet sei. Der Oberbürgermeister der Stadt Aachen habe leider nach vier Monaten auf seine Eingabe noch keine Antwort erhalten.

Abg. Dr. Voth (natl.) schildert die Wirkung der Haltung der Regierung auf Schlesien.

Abg. v. Oldenburg (L.): Früher betete der Landwirt mit dem Stäbter: Schütze mich vor Mißwachs und Feuerung. Heute merkt der Städter von Feuerungen nichts. Daher kommt das mangelnde Verständnis für die Lage der Landwirtschaft. Hier kann man solche Fragen ja sachlich verhandeln. Im Reichstage ist das nicht möglich, da die Sozialdemokratie dort alles als Hege ansieht und ihre die Fleischsteuerung als Rückzugslinien für die Zolltarifberatung dienen soll. Die Ägisse zu beseitigen, ist eine wichtige Aufgabe. Das ist eine so mittelalterliche Institution, daß sie, wenn sie von uns herrührte, als Raubrittertum bezeichnet werden würde. (Sehr wohl! rechts.) Ich hoffe, daß die heutige Aussprache zu einer Milderung der Gegensätze dienen wird. (Beifall rechts.)

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen gegen die Stimmen der beiden freisinnigen Parteien.

Personlich bemerkt

Abg. Broemel (fr. Sp.): Ich konstatiere, daß ich durch den Schluß der Debatte gehindert bin, Ausführungen zu machen, die mich nicht als Gegner der Landwirtschaft, sondern der Agrarier gezeigt hätten. (Weiterkeit.)

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr (Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung).

Schluß: 4 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages führte gestern die Beratung über die Erhöhung der Entschädigungssätze für militärische Einquartierungen zu Ende. General Walliw und Unterstaatssekretär Tzelle bekämpften die vom Zentrum und den Konservativen vorgeschlagenen Entschädigungssätze, die eine Mehrbelastung von zwei Millionen Mark verursachen würden; im übrigen halte die Regierung die von ihr aufgestellten Sätze für genügend. Auf alle Fälle aber ersuchten die Regierungsvertreter um Ablehnung der beantragten höheren Entschädigung für Unteroffiziere und für Vorpostendienste. Die Abg. Schöpplin und Vebel erklärten namens der Sozialdemokratie die Zustimmung zu den vom Zentrum beantragten höheren Versorgungsätzen, soweit die Mannschaft in Frage kommt; dagegen liege gar keine Veranlassung vor, für die Unteroffiziere noch höhere Sätze zu bewilligen; den in der Kamerne bestehenden Zustand, wonach der Unteroffizier eine bessere Verpflegung als der Soldat erhält, auch auf die Manöver zu übertragen, habe keine Berechtigung und müsse daher auch abgelehnt werden. Mit der Bewilligung der vom Zentrum vorgeschlagenen Erhöhung, die angesichts der hohen Lebensmittelpreise berechtigt ist, sei für die Sozialdemokratie aber das Maximum erreicht, über das hinaus sie nichts weiter bewilligen werde. Das Zentrum zog hierauf seine Anträge betreffend die Unteroffiziere und Vorpostendienste zurück.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg regte an, für die Orte, die an den großen und häufig benutzten Marischstraßen liegen, besonders erhöhte Sätze zu bewilligen; diese Anregung wurde von der Militärverwaltung lebhaft bekämpft. Bei der Abstimmung wurde der Zentrumsantrag angenommen; der konservative Antrag, der die Entschädigung für die Unteroffiziere um 0,25 beziehungsweise 0,30 Mark pro Tag erhöhen wollte, abgelehnt.

Die Kommission beschäftigte sich sodann mit dem Reichs-Invalidentfonds, wobei vom Zentrum eine Vereinfachung der Verwaltung angeregt wurde und ob es nicht angängig sei, den Kriegsschatz, der im Betrage von 120 Millionen Mark in gemünztem Gold im Juliusturm in Spandau liegt, aufzuheben, ihn also zinsbringend zu verwenden. Im Kriegsfalle reichten die 120 Millionen Mark ohnehin nicht weit. Reichsstaatssekretär v. Stengel widersprach beiden Anregungen. Die Verwaltung könne nicht anders gefaltet werden, der Kriegsschatz „müßte“ eher erhöht, statt aufgehoben werden! — Heute Fortsetzung der Beratung.

In der Finanzreformkommission wurde die Debatte über den Staffellingsparagrafen 3a der Brauereivorlage fortgesetzt. In längerer durch eine Hülle von einwandfreiem statistischem Material geschützten Ausführungen bemühte sich der bairische Regierungskommissar Lorenz den patentierten Mittelständlern vom Zentrum u. a. klar zu machen, daß der Niedergang des Kleinbetriebes in der Brauindustrie durch keine Art von Staffellung, möge der Einfuhr und die Steigerung festgesetzt werden nach der Regierungsvorlage oder nach den Vorschlägen der Konservativen oder des Zentrums, zu verhindern sei. Habe Speid auf die Pfalz verwiesen, wo nach Einführung der bairischen Biersteuer der Rückgang der kleinen und mittleren Brauereien ein recht bedeutender sei, so sei er in der Lage, sich auf die Schweiz berufen zu können, wo keine Biersteuer bestehe, wo aber dieselben Vorgänge sich abgespielt haben wie in der Pfalz: das Verschwinden der Kleinbetriebe usw. in demselben Zeitraum. Der Konkurrenzkampf nimmt eben in der Brauindustrie ebensowohl wie in allen anderen Industrien immer schärfere Formen an, die kapitalistische Entwicklung bedingt die Auflösung der Kleinbetriebe und daran vermag die Staffellung nichts zu ändern.

Diesen verständigen Darlegungen setzte Speid folgenden Antrag entgegen: daß die Abgaben bei einem Jahresverbrauch an Braustoffen bis zu 500 Doppelzentner 4 M. für jeden Doppelzentner betragen soll und dann bis zu 5000 Doppelzentner um 50 Pf. steigend für jedes Tausend, bis zu 7500 und weiter bis zu 10000 Doppelzentner um je 50 Pf., so daß die Abgabe bei 10000 Doppelzentner 7,50 M. bei einem weiteren Mehrverbrauch aber die Steigerung mit 8 M. endet. Die Veranlagung der Betriebe soll nach dem durchschnittlichen Verbrauch der unmittelbar vorhergegangenen drei Jahre erfolgen, bei neuen Betrieben nach dem Resultat des ersten Betriebsjahres.

Das Zentrum hält, wie der Antragsteller Speid später erkennen ließ, diesen Antrag für eine geeignete Klappe, um damit zwei Fliegen mit einem Schlag treffen zu können. Durch die Art der Staffellung soll nämlich erstens der Auflösungsprozeß, der nicht zu verhindern ist, verlangsamt werden und ferner soll dadurch verhindert werden, daß die Brauereien bezw. die Gastwirte den Ausschlag auf die Konsumenten abwälzen können. Damit wäre dann (nach Speid) zu gleicher Zeit das im Zentrumsprogramm § 6 des Plottengesetzes enthaltene Problem, Gegenstände des Massenkonsums zu Plottenzwecken nicht weiter zu belassen, gelöst. Stolle und Südekum vertraten den Standpunkt, daß die geforderte Biersteuer als eine indirekte in letzter Linie immer die Konsumenten belastende Steuer abzulehnen sei, auch in der vom Zentrum beantragten Form. Würde wirklich der in Aussicht gestellte Zweck damit erreicht, daß eine direkte Abwälzung auf die Konsumenten nicht möglich sei, so qualifiziere sich die Steuer als ein bedauerlicher Zuschlag zur Steuerbesetzung, um so fühlbarer je wirtschaftlich schwächer die Brauerei oder der Wirt sei. Die kleinen oder mittleren Brauereien seien im Konkurrenzkampf außerstande, die Mehrbelastung auf ihre Abnehmer abzuwälzen, wohl aber die großen und diese würden gerade die von ihnen abhängigen, wirtschaftlich schwachen Gast- und Schankwirte wieder am meisten zur Deckung des ihnen entstehenden Ausfalls am Gewinn heranziehen. Die Nationalliberalen Wüjig und Westermann sind der Ansicht, daß die Vorlage das Richtige

treffe und treten dafür ein. Ersterer bedient sich zur Begründung seiner Ausführungen einer Tabelle, aus der er die Weisheit schöpft, daß die Schankwirte in Norddeutschland, namentlich in Hamburg durchschnittlich bis zu 200 Proz. verdienen. Durch die Regierungsvorlage würde der Liter Bier nur um 1 1/2 Pf. verteuert. Diese Belastung könne die Brauerei bezw. der Schankwirt nicht auf das Publikum abwälzen, deshalb sei er dafür. Den Behauptungen Wüjigs betreffend die Biergewinne der norddeutschen Schankwirte traten sowohl Südekum als auch Speid entgegen, die darauf verwiesen, daß dieser Verdienst nur ein scheinbarer sei, da die norddeutschen Wirte ganz andere Aufwendungen machen müssen als die süddeutschen und daher ihr Nettoverdienst kaum ein größerer sein dürfte als der jener. Zum Schluß traten der Finanzminister v. Rheinbaben und der Staatssekretär v. Stengel nochmals für die Regierungsvorlage ein, worauf die Debatte abgebrochen und bis heute vertagt wurde.

## Haus Industrie und Handel.

Städtische und Privatinteressen. Das Dortmunder städtische Elektrizitätswerk ist schon lange das Spekulationsobjekt einer gewissen Interessengruppe, die darauf aus ist, das Werk dem Rheinischen Elektrizitätswerk zuzuschließen. Nahe des Rheinischen Elektrizitätswerkes sind bekanntlich die Stinnes, Thyssen und Konforten, deren Plan dahin geht, die sämtlichen Elektrizitätswerke des Industriebezirks zu monopolisieren. In der Dortmunder Bürgerdebatte herrscht mit Recht lebhafter Unwille gegen die Veräußerungsabsichten, während sich im Stadtverordnetenkollegium und im Magistrat einflußreiche Großindustrielle befinden, die der Veräußerung sehr günstig gestimmt sind. Der Magistrat ist durch die Geschichte schon mehrmals in eine sehr zweideutige Stellung gekommen. Als die Nachricht von den Veräußerungsabsichten zuerst in die Presse gelangte, wurden dieselben vom Oberbürgermeister Schmieding, dem bekannten Aufsichtsrat der Harpener Bergbaugesellschaft auf entschiedenste bestritten, man denke nicht an die Veräußerung. Wahr sei allerdings, daß die Vertreter des Rheinischen Elektrizitätswerkes an die Stadt herantreten seien, um Verhandlungen anzubahnen, die auf den Ankauf des Dortmunder Elektrizitätswerkes hingingen. So ganz unglücklich lauteten die Angaben Schmiedings nicht und die Bürgerdebatte zeigte sich befriedigt. Unförmlich stammte man dann aber, als Stinnes in der „Westfälischen Allgemeinen Zeitung“ das Wort nahm, die Behauptung, das Rheinische Elektrizitätswerk sei an die Stadt Dortmund herantreten, als unwahr bezeichnet, gerade das Entgegengesetzte sei vielmehr richtig. Diese Widerprüche hätten nun sehr der Aufklärung bedurft, aber die Sache blieb ungeklärt. Mit der Ausrufung Schmiedings stimmt auch sein Verhandeln mit den Ministern wegen der Veräußerung nicht überein. Kurz und gut, das Verhalten des Magistrats forderte heftige Angriffe der Presse heraus, in welche sogar das „Dortmunder Amtsblatt“ miteingriff. Es wurden auch Angriffe gegen die Verwaltung des Elektrizitätswerkes laut, das Werk sei nicht auf der Höhe, die Maschinen seien veraltet usw. Der Magistrat bestritt darauf ganz allgemein die Angaben der Presse, im übrigen halte man sich zu gut, gegen die Presse zu klagen. Ein Standpunkt, den man früher nicht eingenommen hat. In der letzten Stadtverordnetenversammlung brachte der freisinnige Stadtverordnete Wend die Frage des Elektrizitätswerkes nochmals zur Sprache und kritisierte, daß der Magistrat es unterlassen habe, die Angriffe der Presse zu widerlegen. Da erhob sich der Direktor Döple des Elektrizitätswerkes und gab die ungläublich klagende Antwort: Da müsse man erst einen journalistisch gebildeten Ingenieur anstellen, der der Unverfrorenheit der Dortmunder Presse gewachsen sei. Kein Stadtverordneter, selbst nicht der ultramontane Zeitungsverleger Lenzing, der sich doch gelegentlich gern als Vertreter der Presse aufspielt, hielt es für nötig, auf solche Herausforderung zu antworten. Wir sind der Meinung, daß gerade der Herr Döple durch seine Ausrufung eine ganz ansehnliche Portion Unverfrorenheit offenbart hat. Man glaubt auch an verärgerte Stimmungen wegen gescheiterter Pläne. Vielleicht wäre der eine oder andere Herr Aufsichtsrat geworden, wenn der Plan zustande gekommen wäre. Jetzt scheint er gescheitert zu sein. Aber trotzdem ist die Stadt Dortmund geschädigt. Der Kreis Hörde hätte sich vielleicht an das Dortmunder Elektrizitätswerk angeschlossen; da er aber annahm, daß es veräußert werde, schloß er einen Vertrag mit Stinnes ab, der nun bei der Pechen „Wendebahn“ eine Zentrale anlegt und den ganzen Kreis Hörde mit einem Kabelnetz umpfimmt. Dies Abgabegeld hätte dem Dortmunder Elektrizitätswerk geschickt werden können, womit der beteiligten Kommune gleichzeitig eine gute Einnahmequelle erschlossen worden wäre. Das Ende vom Liede ist: alle Erwägungen und Spekulationen haben die Stadt Dortmund geschädigt.

Amerikanisches Stimmungsbild.

Aus New York wird berichtet: Die geschäftlichen Ausichten in Amerika sind den aus allen Teilen des Landes ersichteten Spezialberichten zufolge für das Jahr 1906 sehr günstig. Nach der Ansicht maßgebender New Yorker Handelskreise ist bis jetzt noch kein Anzeichen des Niederganges oder der Ueberproduktion bemerkbar. In den westlichen Staaten herrscht eine wirtschaftliche Blüte wie kaum je zuvor. Gefahren drohen diesen günstigen Verhältnissen jedoch eingeständenermaßen von den maßlosen Spekulationen an der New Yorker Börse und dem Mangel an Elastizität des Geldumlaufs. — Also doch Krisenanzeichen! — Falls sich diese beiden Uebelstände beseitigen lassen, hofft (!) man, 1906 werde ein Rekordjahr günstiger wirtschaftlicher Entwicklung sein. — Daß zwischen Lipp und Weberstand, oft auch bei wirtschaftlichen Festgehalten, des bösen Schicksals Hand waltet, haben wir schon öfter erfahren. Fast unermittelt stürzten wir z. B. vor 5 Jahren vom Gipfel der Konjunktur hinab in das Tal der Krise. Während noch die Ueberoptimisten Lipp und Kar „nachwies“, daß wir eigentlich erst am Anfang einer glänzenden Prosperitätsepoche ständen, war der Markt schon weit überflutet und die Folgen stellten sich ein.

Korruption. Man schreibt uns aus New York vom 12. Januar: Raum ist die Untersuchung über die Lebensversicherungs-Gesellschaften beendet, so spielt sich hier eine andere höchst interessante Affäre auf einem anderen Gebiet „kapitalistischer Answüchse“ ab. Es betrifft dies die bei den hiesigen Berichten seitens des Staates Missouri gegen die „Water-Vierce Oil Co.“ als angeklagte Zweiggesellschaft des Trusts („Standard Oil Co.“, welche hier ihren Sitz hat) angelegte Klage wegen Anwendung ungesetzlicher Methoden zur Unterdrückung der Konkurrenz. Von den leitenden Persönlichkeiten des Trusts konnte man bisher nur des Vizepräsidenten Rogers habhaft werden, da sowohl die Rockefeller als auch andere höhere Beamte es bisher verstanden haben, der Zustimmung von Vorladungen aus dem Wege zu gehen. (Bei einem armen Teufel wird kurzer Prozeß gemacht und sofort ein Verhaftungsbeehl ausgefertigt, wenn er nicht „eruiert“ werden kann. Obwohl sich sowohl Rogers wie die übrigen bis jetzt benannten Trustleute sehr zugespitzt verhielten und auf die weitestläufigsten Fragen rundweg die Antwort verweigerten, so ist doch schon ermittelt, daß achtzehn bisher als unabhängig und in Konkurrenz mit dem Trust stehende geltende Petroleum-Gesellschaften in diversen Staaten lediglich Zweiggeschäfte desselben sind!

Der den Staat Missouri vertretende Generalanwalt hatte bei Lottsen, dem Verfasser von „Kreuziged Finance“ (worin das Schreiben der Rockefeller im Kupferstich aufgedruckt wurde) angefragt, ob er bereit sei, als Zeuge zu fungieren. Er antwortete darauf, daß er von den Beziehungen des Trusts zu jener Gesellschaft nichts wisse; wenn man aber den Beweis haben wolle, daß Rogers, Rockefeller usw. die Equitable, New York Life, und Mutual-Lebensversicherungs-gesellschaften, den Bundesstaat, die Eisen-, Trustkompanie und Eisenbahnen des Landes absolut kontrollieren; oder wie sie mit dem Aktien und Bonds das Volk der Vereinigten Staaten jedes Jahr um Hunderte von Millionen berauben, so siehe er zu Diensten. — L. machte den Generalanwalt des weiteren darauf aufmerksam, daß





**Otto Reutter.**  
Klein-Familie, Kunstradfahrer.  
Ernst Perzina, dressierte Affen.  
Lola Hawthorne, amerikanische Sängerin.  
Elmo u. Recco, amerikanische Exzentriker.  
Yulian Familie, Akrobaten.  
Die drei Holloways, Drahtseil-künstler.  
Gebrüder Schwarz, Parodisten.  
Die Meininger, Hundepantomime.  
„In Schottland“ Divertissement.  
Burke, Andrus u. Frisco in ihrer Szene.  
Der Biograph „Rückkehr vom Ball“.

**Gebrüder Herrfeld-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
**Familientag im Hause Prellstein.**  
Familiemitglieder:  
Fridolin Unterbott  
Emmerich Unterbott  
Samuel S. Unterbott  
Frau Wolkenbruch  
Jonas Tischluch  
Hannibal Sauerstoff  
Freddy Ewald  
Maurice Archimedes  
Flora Prellstein  
Kicky v. Kitzky  
Monika v. Kitzky  
Igel u. Kodak  
Stanislaus, Helene  
Schoastak, Rechtskonsulent (Anton Herrfeld)  
Esau Prellstein (Donat Herrfeld).  
Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bh. Börse.  
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Das  
**Riesen-Jannar-Programm.**  
U.a.: 3 Harders, Berliner Die Heintzen Sängerrinnen u. Vortragshändlerin der Welt. Kassin Ilona, 485 Pfd. schwer. Opullo, der Mensch ohne Gefühl. Masi! Masi! Masi! frei in der Luft schwebende Tänzerin. Hallscherin Armida, wahrhaftige Wunderkammer. Pluto, Wunderkammer, geb. mit 4 Weinen, 2 Körpern, 1 Kopf, lebend. etc.

Otto Pritzkows  
**Berliner Abnormitäten-Theater**  
Münzstr. 16.  
Riesen-Weihnachts-Programm!  
Neu! Die Elite-Lilliputaner-Truppe, die kleinste Sängerrinnen u. Vortragshändlerin der Welt. Kassin Ilona, 485 Pfd. schwer. Opullo, der Mensch ohne Gefühl. Masi! Masi! Masi! frei in der Luft schwebende Tänzerin. Hallscherin Armida, wahrhaftige Wunderkammer. Pluto, Wunderkammer, geb. mit 4 Weinen, 2 Körpern, 1 Kopf, lebend. etc.

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4

**Beste Bettenfüllung**  
Sind die vorzüglich füllendsten, sehr elastischen, sehr dauerhaft.  
**Monopoldaunen**  
(erlegt, gefüllt) Pfund 2.25, 2-4 Pfund gefüllt u. gr. Oberbett. Best. geg. Nachnahme, Verpackung frei.  
**Gustav Lustig**  
Berlin S. Prinzenstr. 46  
Bestes Bettdecken-Spezialgeschäft Deutschlands.

**Hutmacher!**  
Mittwoch, den 24. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Quartals- und Jahresbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes.  
Der wichtigen Tagesordnung halber darf kein Mitglied fehlen.  
Der Vorstand.

**Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands.** (Ortsverein Berlin, Abt. I.)  
sonntags, 25. d. M., abends 8 Uhr, im „Neuen Stadthaus“, Kommandantenstr. 72:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung des Kassierers vom IV. Quartal 1905 und Revisionsbericht. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Annahme des gesamten Vorstandes. 4. Erklärung der Beiträge. 5. Gewerkschaftliche.  
Der wichtigen Tagesordnung wegen laden sämtliche Mitglieder ein.  
Der Vorstand. A. H. O. Giesche.  
28/13  
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Genossinnen! Genossen!**  
Freitag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, bei Raabe, Kolbergerstraße 23:  
**Volks-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. „Erziehung und Sozialismus“. Referent: Genosse Heine. Schulz-Dreinen. 2. Diskussion. 1/1  
Neben Besuch erwarten Die Vertrauenspersonen.

**Achtung! Achtung!**  
**Gast- und Schankwirte Berlins u. Umgegend.**  
Mittwoch, 24. Januar, nachm. 4 Uhr, im großen Saale von L. Keller, Koppenstr. 29:  
**Oeffentliche Versammlung**  
aller Gast- u. Schankwirte Berlins u. Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
„Die neuen Steuervorlagen und ihre Bedeutung für das Gastwirts-Gewerbe.“  
Referenten: Reichstags-Abg. Geyer-Leibzig und Reichstags-Abg. Baudert-Wipold.  
Kollegen! Erscheint in dieser Versammlung kann für Mann. Niemand darf fehlen! Agitiere jeder! Bringt jeder seinen Nachbarn mit! Tausendstimmig muß der Protest ertönen!  
Wir ermahnen alle Kollegen, sich an der Verbreitung der Handzettel zu beteiligen; selbige sind bei sämtlichen Vorstands- und Kommissionsmitgliedern erhältlich.  
Die Agitationskommission.

**Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.**  
Filiale Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 36. Telefon: Amt IV, 9720.  
Donnerstag, den 25. Januar 1906, abends 8 Uhr, in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstraße Nr. 35:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Wahl der Hauskassierer (Stichwahl). Vereinsangelegenheit.  
Neben Besuch erwartet Die Ortsverwaltung. 124/4

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-Theater  
Frankfurter Allee 85.  
Der größte Schläger der Saison!  
Renier und die Abenteuer auf dem Metropopolball  
oder:  
Die kleinen Mädchen von Berlin.  
Or. Kadsthatingspöffe m. Gef. u. Tanz.  
Im zweiten Akte:  
Die 6 schönen Manoligigaretten.  
K u y e r d e m: 16 Spezialitäten.  
Schöneberger Wintergarten  
Gehlsstraße 9.  
Täglich Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
Sonntags 2 Vorstellungen.  
Nachmittags 4 Uhr zu heißen Preisen.  
Jede erwachsene Person hat ein Kind frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung. Die Direktion.  
Moabit. Gesellschaftshaus.  
Wiclowstr. 24. Inh.: H. Peters.  
Jeden Mittwoch:  
Original-  
Harburger Sänger  
Direktion:  
Karl Fricke-Kascho-Krause  
Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.  
Vorzugskarten gelten.  
Nachher: Tanz.  
Sonntags Spezialitäten-Vorstellung.  
Dr. Schünemann,  
Spezial-Arzt für  
Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten. Zeit:  
Friedrichstr. 203 Ecke Schützenstraße.  
10-2, 5-7 resp. 8, Sonnt. 10-12.

**Lané & Ney**  
Friedrichstr. 43.  
Täglich abends 8 Uhr:  
Enthüllungen. 20916\*  
Spiritismus. Gedanklesen.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9670.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 31. Amt IV, 3333.  
Donnerstag, den 25. Januar 1906, abends 8 1/2 Uhr, in Boeckers Festsälen, Weberstr. 17:  
**Oeffentliche Metallarbeiter-Versammlung**  
Fortsetzung:  
Tages-Ordnung: Der Hirsch-Dunckerische Gewerkverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter im Lichte seines Delegiertentages in Chemnitz.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.  
Donnerstag, den 25. Januar 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engel-Ufer 15:  
**Versammlung**  
der Metallarbeiter Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Müller: „Die geplanten Reformen in der sozialpolitischen Versicherungs-Organisation“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Kollegen! Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller notwendig.  
Donnerstag, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3:  
**Bezirks-Versammlung**  
für Charlottenburg und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Die englische Gewerkschaftsbewegung. Referent: Kollege Ramsbrod. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet. 111/8  
Donnerstag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, bei Köpnick, Fischersdorferstraße:  
**Bezirks-Versammlung**  
für Spandau und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Hartung über: „Arbeiterversicherung“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Branche der Korbmacher.  
Donnerstag, 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Krause, Adalbertstr. 50:  
**Vertrauensmänner-Sitzung**  
mit Branchen- und Zentral-Kommission.  
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.  
Die Kommission.  
Mittwoch, 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Schmidts Gesellschaftshaus, Garten-Str. 6:  
**Branchen-Versammlung**  
der Modell- u. Fabriktschler sowie Modelldrechsler  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht der Kommission. 2. Neuwahl des Obmannes und der Kommissionsmitglieder. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Die Kommission.  
Achtung! Achtung!  
**Produktenhändler und -Händlerinnen!**  
Donnerstag, den 25. Januar 1906, abends 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Merkowskl, Andreestr. 26:  
**Oeffentliche Versammlung**  
aller Produktenhändler u. -Händlerinnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Matternsdorf. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Für Dedung der Unkosten findet Teilsammlung statt.  
Der Vorstand. 2116\*

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9670.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 31. Amt IV, 3333.  
Donnerstag, den 25. Januar 1906, abends 8 1/2 Uhr, in Boeckers Festsälen, Weberstr. 17:  
**Oeffentliche Metallarbeiter-Versammlung**  
Fortsetzung:  
Tages-Ordnung: Der Hirsch-Dunckerische Gewerkverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter im Lichte seines Delegiertentages in Chemnitz.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.  
Donnerstag, den 25. Januar 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engel-Ufer 15:  
**Versammlung**  
der Metallarbeiter Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Müller: „Die geplanten Reformen in der sozialpolitischen Versicherungs-Organisation“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Kollegen! Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller notwendig.  
Donnerstag, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3:  
**Bezirks-Versammlung**  
für Charlottenburg und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Die englische Gewerkschaftsbewegung. Referent: Kollege Ramsbrod. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet. 111/8  
Donnerstag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, bei Köpnick, Fischersdorferstraße:  
**Bezirks-Versammlung**  
für Spandau und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Hartung über: „Arbeiterversicherung“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

**Nachruf.**  
Am 22. Januar 1906 verstarb unser werter Chef, der Pianomechanik-Fabrikant  
**Herr Oskar Köhler**  
im Alter von 50 Jahren infolge Herzschlages. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.  
Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
für den  
1. Berliner Reichstagswahlkreis.  
**Todes-Anzeige.**  
Am 22. d. M. verstarb unser Mitglied, der Arbeiter  
**Rudolf Schulz**  
Cranienstraße 186.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 298/1  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht!  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
für den  
2. Berliner Reichstagswahlkreis.  
**Todes-Anzeige.**  
Am 21. d. M. verstarb unser Mitglied, der Buchbinder  
**Gustav Hanschmann**  
Wäckerstr. 31.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem Andreas-Kirchhof, Wilhelmshagen-Hohen-Schönhausen statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
298/2  
Der Vorstand.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß unser altes treues Mitglied  
**Gustav Hanschmann**  
nach kurzem schwerem Krankheitslager verstorben ist.  
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Januar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhofe zu Hohen-Schönhausen-Wilhelmshagen statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Tischler-Verein zu Berlin**  
E. H. No. 80.  
Unser Mitglied, Herr  
**Johann Feierabend**  
ist am 21. Januar im Alter von 67 Jahren gestorben.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung erfolgt am Mittwoch, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des St. Bartholomäus-Friedhofes in Behrenseer aus.  
Um rege Beteiligung ersucht  
198/4  
Der Vorstand.

**Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am Sonntag, den 21. d. M., verstarb unser Mitglied  
**Hermann Sander.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Wanzlstraße 1/2 in Nigsdorf, aus auf dem Gemeindefriedhof bei Nigsdorf, Mariendorfer Weg, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
257/6  
Der Vorstand.

**Arbeiter-Rancher-Bund**  
Berlins und Umgegend.  
**Todes-Anzeige.**  
Zur Nachricht, daß unser Bundes-Mitglied  
**Wilh. Schapkowski**  
aus Rauch-Klub „Häizer“ verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Himmelfahrts-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen (Nordend) aus statt.  
Der Vorstand.

**Nachruf.**  
Am 22. Januar 1906 verstarb unser werter Chef, der Pianomechanik-Fabrikant  
**Herr Oskar Köhler**  
im Alter von 50 Jahren infolge Herzschlages. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.  
Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes.

Diesdurch die traurige Nachricht, daß mein Mann und unser Vater, der Maler  
**Otto Kleeberg**  
nach langem Leiden am Sonntag, den 21. Januar, abends 11 Uhr, verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 25. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Dorodenstädtischen Kirchhof in der Müller-Scharnweberstraße von der Leichenhalle aus statt.  
Die trauernde Witwe nebst Kindern

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
Charlottenburg.  
Den Genossen hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied  
**Otto Kleeberg**  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Dorodenstädtischen Kirchhofes, Reinholden-Beck, Scharnweberstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung wird ersucht.  
Vom 6. Bezirk treffen sich die Genossen bei Retzners, Arminstraße 43, alle übrigen im Volkshaus, Rosinenstraße 3, um 1 1/2 Uhr.  
250/3  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Formner  
**Emil Bodin**  
am 18. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Reinholdenkirchhofes in der Humboldtstraße, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
111/9  
Die Ortsverwaltung.

Nach langem, schwerem Leiden verschied heute früh um 7 Uhr mein heißgeliebter Mann, mein herzogsuter, unvergeßlicher Vater und Schwiegerjohn, unser teurer Bruder und Schwager, der prall. Arzt  
**Dr. Arthur Gottberg**  
im 40. Lebensjahre.  
Im Rahmen der besttrauernden Hinterbliebenen:  
**Rosa Gottberg geb. Kadisch**  
**Karl Gottberg.**  
Berlin S. 23. Januar 1906.  
Ritterstr. 106.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. d. M., um 1 Uhr, auf dem jüdischen Friedhofe in Behrenseer statt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied  
**Hermann Hennig**  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Charlitz aus auf dem Pauls-Kirchhof in Ploegensee statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
111/7  
Die Ortsverwaltung.

**Tegel.**  
**Gesangverein Immergrün.**  
Am Sonntag, den 21. Januar, verstarb plötzlich durch Unfall unser Sangesbruder  
**Karl Baginski**  
im 32. Lebensjahre. 213/5  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung wird noch bekannt gegeben.  
Der Vorstand.

Von der Wahlrechtsdemonstration.

Teilweise fanden die Demonstrationen erst am Montag statt. Ueber diese Veranstaltungen sowie über die am Sonntag stattgefundenen Versammlungen, von denen Berichte verspätet eingingen, haben wir nachfolgend noch zu unterrichten, wobei jedoch zu bemerken ist, daß auch jetzt noch nicht von allen Kundgebungen Berichte eingegangen sind.

In einer in Rücksicht auf die Bevölkerungsziffer des Ortes außergewöhnlich stark besuchten Versammlung in Aremnen referierte Genosse Drunsel-Verlin. Dessen Ausführungen sowie die beiden Resolutionen fanden begeisterte Zustimmung.

Strauberg. Die Protestversammlung war von circa 300 Personen besucht. Genosse Loh-Verlin referierte und wies auf den blutigen Sonntag in Petersburg hin, den die Scharfmacher auch hier in Deutschland gern provoziert hätten, wie die Hegereten der bürgerlichen Blätter und die militärischen und polizeilichen Maßnahmen augenfällig ergeben hätten. Hiermit wäre wieder bewiesen, wie stets die herrschenden Klassen sich sträubten, den nur zu berechtigten Wünschen des Volkes durch wirkliche Reformen gerecht zu werden. Der Referent belegte das durch zahlreiche Beispiele. Die Resolutionen fanden einstimmig Annahme.

Freienwalde a. O. Vier Kopfschrauben bereiteten die Wahlrechtsflugblätter der hiesigen Polizei. Sie legte alle Hebel in Bewegung, um in den Besitz derselben zu gelangen; aber an der Wachsamkeit unserer Genossen scheiterte ihre Liebeswahn. Am Donnerstag glaubte sich die Polizei schon am Ziele, unser Genosse hatte ein Paket erhalten und kaum hatte der Postbote dasselbe abgeliefert, als auch schon die Polizei da war und es in Beschlag nahm. Es enthielt aber weiter nichts als Versammlungseinladungen und wurde auch gleich wieder freigegeben. Am Samstag kam endlich das Ersehnte und kaum hatte sich der Postbote entfernt, da kam auch schon die Polizei. Doch unser Genosse war noch etwas hinter wie die Polizei, als diese antam, waren die Flugblätter verschunden. Eine Hausdurchsuchung, die sofort abgehalten wurde, förderte das Gewünschte nicht zutage. Mittlerweile hatte die Polizei erfahren, daß in demselben Hause noch ein zweites Paket abzugeben worden war. Sofort ging nach der anderen Wohnung, mit ersterer Briene wurde das Paket geöffnet, es kam aber nichts Staatsgefährliches zum Vorschein, wenn man nicht Wurst und Speck als solches betrachten will. Nun ging anderwärts auf die Suche, verschiedene Genossen wurden mit Hausdurchsuchungen bestraft, sogar Karntenshäuser wurden durchsucht, aber ohne Resultat. Während sich die Polizei mit Hausdurchsuchungen die Zeit vertrieb, waren unsere Genossen eifrig mit dem Verteilen der Blätter beschäftigt und ehe sich die Polizei von ihrem Kerger erholt hatte, war die Verteilung beendet, ohne daß der Polizei auch nur ein Exemplar in die Hände fiel. Die Protestversammlung gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht war von circa 300 Personen (darunter viele Frauen) besucht, die stehend das zweiständige Referat des Genossen Knüpfer-Verlin entgegen nahen. Die beiden Resolutionen fanden einstimmige Annahme. Nach einer kurzen Diskussion und einem kernigen Schlußwort des Referenten wurde die imposante Versammlung mit einem Hoch auf das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht geschlossen.

Im Wahlkreise Höcht-Ufingen-Homburg fanden in folgenden Orten Demonstrationen statt: Höcht, Wied, Griesheim, Oberursel, Homburg, Herborn, Buchheim, Huppertsheim, Kesseln, Dornau, Gromberg, Heddenheim, Mödelheim, Soffenheim, Oberhöchstadt. In vier Orten waren die Versammlungslokale in den letzten Tagen abgetrieben worden. Ingesamt waren die Versammlungen von über 6000 Personen besucht und viele Aufnahmen in den sozialdemokratischen Verein erzielt. Mehrere Versammlungen waren so stark besucht, daß die Säle gesperrt werden mußten. In Höcht, wo Genosse Brühne sprach, war der Andrang zu der Versammlung so stark wie noch nie in einer Versammlung hier.

Die Versammlung in Offenbach war von über 3500 Personen besucht. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die ganze Veranstaltung ist ohne Zwischenfall verlaufen.

Härsburg. Die hier stattgefundene Volksversammlung war von mehr als 1000 Personen besucht. Das Referat des Genossen Magistratsrat Oberhard wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, die den russischen Freiheitskämpfern Sympathie ausdrückt.

In Krefeld, der Stadt der schönen Damen, wo das Zentrum herrscht und Duzaren stark begehrt sind, konnten unsere Genossen trotz aller Anstrengung kein Lokal bekommen, alle Säle sind für Karnevalsstimmung in Anspruch genommen. Die Demonstration findet deshalb erst am 23. Januar statt.

Zwei Versammlungen im Landkreis Aachen versahen der polizeilichen Aufsicht. Kaum daß der Referent 1/2 Stunde gesprochen, schritt in Schweiler-Bergat der anwesende Polizeikommissar zur Auflösung. Die beiden Resolutionen wurden vor dem Referat zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen. Die Versammlung war von gut 100 Personen besucht. In Hardenberg wurde die gedruckte Resolution vor der Versammlung beschlagnahmt, weil der Verteiler und Drucker nicht angegeben war! Auch diese Versammlung verlief der Auflösung, kurz nach Beginn des Referats. Es waren circa 120 Personen anwesend.

Kreuznach, auch eine schwarze Domäne, hat sich gut gezeigt. Das Versammlungslokal war überfüllt, über 500 Personen waren anwesend. Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Der Ertrag für die russischen Genossen beläuft sich auf 21,68 M. Stöße, Schirme sowie andere Gegenstände wurden von der fürsorglichen Polizei den Teilnehmern vor Eintritt in den Saal abgegeben. Garberobengeld wurde kulanterweise nicht verlangt, dafür dankten die Anwesenden durch Abhängen der Parteifläge, einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und Ausbändigung einer mächtigen roten Fahne mit der Aufschrift: „Für Freiheit und Recht“. Viele Aufnahmen in die Parteiorganisation waren zu verzeichnen. Im ganzen Kreise waren sämtliche Polizei- und Gendarmenmannschaften auf den staatsverhaltenden Beinen. Jedoch fehlten ihnen nur noch 5000 Exemplare unseres Flugblattes in die Hände, wogegen der größere Teil verbreitet werden konnte. Bei unserem Kreuznacher Vertrauensmann wurde Sonntagmorgen 10 Uhr vergeblich gehänselt. Acht Flugblattverteiler wurden in der Stadt Kreuznach auf die Polizeiwache gebracht und zwei Stunden lang festgehalten. Ihre Flugblätter wurden einbehalten. Die Polizei hat eine großartige agitatorische Tätigkeit vollbracht und die gesamte Bevölkerung für die Wahlrechtsbewegung interessiert.

Die Protestversammlungen im Wahlkreise Rülheim-Wipperfürth-Gummersbach sind großartig und ruhig verlaufen. In Rülheim waren die Versammlungen von 1000 Personen und 500 Personen besucht. Die Lokale wurden polizeilich abgesperrt. Hunderte Zustromende fanden keinen Einlaß. Die Resolutionen wurden einstimmig angenommen. In Dünwald waren 500 Personen zur Versammlung erschienen.

In Bochum, Gelsenkirchen, Wanne und Herne waren sämtliche Versammlungslokale überfüllt. Es herrschte eine ausgezeichnete Stimmung, die durch die fieberhafte Tätigkeit der Polizei nur gehoben werden konnte. Auch hier, wo Polizeihäuser sonst an der Tagesordnung sind, verlief alles in Ruhe und Ordnung.

Großartig verlaufene Demonstrationen fanden ferner statt in Hagen, Schwelm, Lennep ufm. Nirgendes kam es zu Konflikten mit der zahlreich aufgetretenen Polizeimacht. Den Resolutionen wurde überall begeistert zugestimmt.

Wahlkreis Altsen-Niersloh. In Betmarthe und Jferloh tagten gutbesuchte Volksversammlungen. In Mariabrunnen,

Ant Wenden, war die Versammlung durch Lokalaufreißerei vereitelt. In Altsen sind nach Herausgabe des Flugblattes sämtliche Vertrauensleute gemahregelt, dadurch wurde die Abhaltung einer Versammlung für Sonntag vereitelt. Für Verdohl mußte erst durch das Landratsamt die Bescheinigung über die angemeldete Versammlung erzwungen werden.

Im Wahlkreise Nordhausen waren Wahlrechtsdemonstrations-Versammlungen in Nordhausen, Ellich, Salza, Herreden, Hesserode, Klein- und Grohwechungen und Kleinwerter arrangiert und sämtlich außerordentlich zahlreich besucht. Der Kreis, einer der kleinsten Deutschlands, hatte 2500 Demonstranten auf die Beine gebracht. Scharfe Protestresolutionen gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht fanden Annahme. Zugunsten unserer russischen Genossen fanden Sympathieumgebungen statt. Ueberall wurden Geldsammlungen vorgenommen. Die Polizei zeigte sich fürchtbar nervös, jedoch ist es nirgends zu Ausschreitungen gekommen.

Im Kreise Sömmerda sind die gut besuchten Versammlungen großartig verlaufen. In Münden waren 350, in Bovenden 200, in Sömmerda über 500 Personen anwesend. Die Resolutionen wurden überall einstimmig angenommen.

Im Großherzogtum Sachsen-Weimar scheint man in gewissen Kreisen sich auf juristische Dinge vorbereitet zu haben. In Jlmennau hatte man an diesen Tagen ein starkes Aufgebot von Gendarmen einquartiert. In den benachbarten preussischen Orten Schmiedefeld und Stülpbach sprach der Abg. Vaudert. Die Gendarmen hatte sich um diese Zeit in dem weimarischen Gebietsteile von Stülpbach eingefunden. Am 22. Januar sprach der Abg. Vaudert in Almenau. Hier waren über 1000 Personen zugegen. Die Gendarmen konnten sich nicht auf der Straße sehen lassen, ohne verständnisvolle Zurufe zu vernehmen. Die Schüler des Thüringischen Technikums erhielten auf Veranlassung der weimarischen Regierung eine besondere Verwarnung, an sozialdemokratischen Versammlungen teilzunehmen. Es könnte eine Anteilnahme besonders für die Ausländer sehr unangenehme Verwicklungen im Gefolge haben. Trotz alledem verlief die Versammlung in geradezu musterhafter Ruhe, nur unterbrochen von lautem Beifall und Zustimmungsbekundungen. Am anderen Morgen besauste die Gendarmen wieder ab und gab dem Abg. Vaudert das Geleit bis Erfurt.

Im Kreise Jork (Altes Land, 19. hannoverscher Wahlkreis) demonstrierte das Volk in 3 Versammlungen. Habe bei Eitelbrügge war von circa 300 Personen besucht, Neuenfelde von circa 350 Teilnehmern. Die Resolutionen fanden widerspruchlos Annahme. In jeder Versammlung waren 4 Gendarmen kommandiert, auch Feuerwache und Artillerieregiment hatte man in Bereitschaft gehalten. Antlich war den Genossen nahegelegt worden, den zweiten Punkt von der Tagesordnung abzusehen, weil anderfalls die Versammlungen aufgelöst und die Referenten verhaftet würden.

Am 18. hannoverschen Wahlkreis fanden Versammlungen statt in Stade, die bei 350 Besuchern für die russischen Kämpfer 45,60 M. aufbrachte, in Ritterhude mit circa 400 Teilnehmern, in Schaumburg, wo von 600 Einwohnern 70 in der Versammlung erschienen, und in Osterholz-Scharmbeck. In letzterem Ort belannten sich von circa 5000 Einwohnern 250 öffentlich als Demonstranten. Die Resolutionen wurden in allen Versammlungen einstimmig angenommen.

Am 19. hannoverschen Wahlkreis fanden den örtlichen Verhältnissen entsprechend sehr stark besuchte Versammlungen in Gobe und Neuenfelde statt. Hier hatten sich 300 Personen eingefunden. Der Gendarmen hatten sich 20 tapfere Kriegervereiner zur Verfügung gestellt für — eventuelle Fälle. Es war in der dortigen friedlichen Gegend die Schaueranarchie verbreitet worden, daß mindestens 500 Sozialdemokraten roteller Couleur, an deren Händen noch das unschuldige Blut der gefallenen Polizeikrieger lebe, von Damburg kommen würden. Für genügende Bekleime zum Besuch dieser ruhig und würdig verlaufenen Demonstrationen war also von unseren „Freunden“ gesorgt worden.

Aus Lübeck wird etwas Apaties gemeldet. Preußens Bürger erschreckt nicht, die Welt wurde ja nicht aus den Angeln gehoben, aber hört und staunt, in Lübeck fanden drei Versammlungen statt, die vollständig — unüberwacht waren. Ferner fanden in Rodenburg und Schwartau Versammlungen statt. Ueberall machte sich ein ausgezeichneter Geist bemerkbar. Konflikte sind nicht zu verzeichnen. Die Resolutionen fanden begeisterte Zustimmung.

Die Demonstrationen in Bremen übertrafen die höchsten Erwartungen. Solche Menschenmassen sind noch nie zu einer politischen Aktion in Bremen beisammen gewesen. Da der Zweck der Demonstration in Bremen hauptsächlich der Feier der russischen Revolution galt, fanden die Hauptversammlungen erst am Montag, den 22. Januar, dem Gedenktage des russischen Blutsonntags statt. Nur auf dem Lande tagten die Versammlungen bereits am Sonntag. Fünf der größten Säle Bremens, von denen einige 3-4000 Personen fassen, waren alle vor Beginn der Versammlungen überfüllt. Bei jedem Versammlungslokal mußten Hunderte wegen Ueberfüllung wieder umkehren. Die Zahl der Teilnehmer betrug insgesamt ungefähr 12000. Die Ruhe während der Versammlungen war musterhaft. Die Redner würdigten zunächst die russische Revolution in ihrer Bedeutung für das Proletariat, grüßten im Anschluß daran die Rückständigkeit des Dreiklassenwahlrechts. Eine Resolution, die der Bedeutung der Demonstration entsprach, fand in allen Versammlungen einstimmige Annahme. Zahlreiche neue Abonnenten der „Vorgängerzeitung“ und neue Mitglieder der Partei wurden gewonnen. Die Ruhe wurde nirgends gestört. Weiter fanden noch Versammlungen statt in Buchlingen, Osterholz, Hadenhausen, Arken, Saorf, Gramble, Hemelingen, Verden, Vegesack, Scharmbeck-Stotel, Ritterhude ufm., die alle den ländlichen Verhältnissen entsprechend gut besucht waren.

Aus Schleswig-Holstein wird noch gemeldet: In Ahrensburg hat die Polizei sich aktiv betätigt. Im Bewußtsein ihrer staatsverfehrlichen Aufgabe hat sie die Demonstration in Grund und Boden geschnitten, indem sie gegen die — Resolutionen stimmte. Diese fanden nämlich gegen die Stimmen der beiden Ueberwackernden Annahme. Nun, „lieb Vaterland magst ruhig sein“. In Altrahstedt waren 300, in Hoberg 100, in Steinbel 300, Ditzelbel 120, Gruenhof 200, Hammtwarda 70, Bramfeld 300, Rölln 200, Wedel 500, Barmstedt 500 und in Luidhorn 120 Demonstranten erschienen. Die Sammlung für die russischen Brüder ergab überall große Beträge. — Ferner wird noch berichtet: In Schleswig erwies sich das Lokal als viel zu klein. Störungen fanden nicht statt. — In den zum 6. Wahlkreise gehörenden Ortschaften Lurup und Schmellen-Burgwedel hatten sich 200 bzw. 150 Personen eingefunden, in Segefeld 200, in Sülfeld 60, in Seth 30, in Seringen 80, in Neustadt 200. In Lating an der Nordsee küste wurde die Versammlung sofort aufgelöst. Bramfeld erkrankte sich einer von über 300 Personen besuchten Versammlung. Die Resolutionen fanden widerspruchlos Annahme. Die Sammlung für Nordlands Freiheitskämpfer ergab 39,10 M. Drei fremde Gendarmen hatten im Lokale Posto gefaßt. Doch fanden sie keine Gelegenheit, sich noch sonst bemerkbar zu machen. Glänzender Verlauf war auch von der von 200 Personen besuchten Versammlung in Neustadt gemeldet; ebenso von einer ebenso stark besuchten Demonstrationenversammlung in Hadersleben.

In Marienwerder (Westpreußen) war die Versammlung sehr gut, von ungefähr 450 Personen besucht. Referent Guth legte in 1 1/2 stündigen Vortrag die Bedeutung des Protestes und der russischen Revolution dar. Die Stimmung war ausgezeichnet. Das Aufgebot

von 12 Gendarmen erwies sich als überflüssig. Die Versammlung verlief tadellos ruhig. Abends marschierte eine Militärpatrouille durch die Straßen, die ihre Gewehre spazieren führte.

Wemel. Die hier tagende Protestversammlung, in welcher Genosse Otto Braun aus Königsberg über das Dreiklassenwahlrecht referierte, nahm die Resolutionen einstimmig an. Die Versammlung war von über 2000 Teilnehmern besucht. Das Lokal erwies sich als zu klein, alle Zustromenden aufzunehmen.

In Norden, dem kleinen ostpreussischen Kreisstädtchen in der nordwestlichen Ecke Deutschlands, hatten sich am 21. Januar um 5 Uhr nachmittags in dem größten Lokale des Ortes über 300 Personen eingefunden, um gegen das Dreiklassenwahlrecht zu protestieren und des Petersburger Blutsonntags zu gedenken. Genosse Wegner-Bant hielt das Referat, das mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß und stürmischen Beifall fand. Hierauf wurde einstimmig eine der Tagesordnung entsprechende Resolution angenommen.

Der Landrat hatte die Versammlung von zwei Gendarmen und dem Kreissekretär überwachen lassen. Die übrigen Gendarmen und Polizisten des Kreises bevollmächtigte die Straßen der Stadt, sogar die Nachtwächter waren von 8 Uhr ab mobil gemacht. Es verlief alles ruhig.

Posen. Hier nahm die Demonstrationenversammlung einen großartigen Verlauf; es war wohl die imposanteste Versammlung, welche unsere Partei am Orte je gehabt hat. Lange vor Beginn der Versammlung war der Saal, aus welchem die Tische und Stühle entfernt wurden, von einer Kopf an Kopf stehenden Menge gefüllt; bald waren alle übrigen Nebenräume dicht besetzt, auf dem Hofe drängten sich die Zutrittskommenen zu den Fenstern des Versammlungslokals, und doch mußten Hunderte wieder umkehren. Den Referaten, die in deutscher und polnischer Sprache gehalten wurden und die „das elendeste aller Wahlsysteme“ nach Gebühr würdigten, wurde von der Versammlung brausender Beifall gesendet. Mit einem begeisterten Hoch auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und auf die internationale Sozialdemokratie schloß die Versammlung ohne Zwischenfall.

Wie überall, war auch hier für die Versammlung und die Wahlrechtsbewegung seitens der Behörden eine mächtige Bekleime gemacht worden. Die Schutzmännchen hatte eigens neue Pistolen erhalten, ihre Säbel waren geschliffen; Truppenteile der verschiedenen Waffengattungen der Posener Garnison — Infanterie, Kavallerie, Artillerie — standen alarmbereit, um der Polizei bei „Aussäureitungen“ erforderlichenfalls wirksame und tatkräftige Hilfe zu leisten, außerdem hatten die Mannschaften der gesamten Garnison keinen Urlaub erhalten; die Wachen waren verstärkt, die Hauptwache bezog eine ganze Kompanie unter Führung eines Offiziers in feldmarktschütziger Ausrüstung. Alle diese Maßnahmen bewirkten, daß die Versammlung einen nie geahnten Verlauf nahm. Obwohl dazu ein riesiges Schutzmännchenaufgebot gestellt war, gab es nirgend Grund zum Einschreiten.

Breslau befindet sich immer noch im Kriegszustande. Auf den Straßen patrouillieren noch immer Schutzeinheiten in kriegsmäßiger Ausrüstung und die für Montag abend einberufene Sympathieversammlung für die russischen Revolutionäre ist vom Polizeipräsidenten verboten worden, „aus Gründen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit“. — Natürlich ist auch das nur ein Schlag ins Wasser! Die beabsichtigte Rede des Genossen Bernfeld über die Revolution in Rußland wird natürlich in den nächsten Tagen stattfinden.

Ueber den Verlauf des roten Sonntags in Schlesien liegen noch folgende Nachrichten vor: In Friedland, Kreis Waldenburg, haben zwei Versammlungen mit den Referenten Sachse und Dietrich-Breslau stattgefunden, die sich vor allem dadurch auszeichneten, daß sie noch ruhiger als sonst verliefen. — Auch in Peterwaldau, wo Genosse Giller-Freiburg referierte, war die Versammlung überfüllt, so daß ein Teil den Saal wieder räumen mußte. — Vor 900 Personen referierte in Striegau Genosse Feldmann-Langensielau, während vor dem Versammlungslokal zwei Gendarmen zu Pferde und einer zu Fuß mit umgehängtem Gewehr die Verwahrung unter Aufsicht des Landrats, des Bürgermeisters und des Amtsvorstehers von Guben ausübten. Als Genosse Feldmann auf die russische Revolution zu sprechen kam, legte einer der überwachenden Beamten den Helm auf und machte dem Redner Vorhaltungen. — In Schmiedeburg referierte Genosse Albert-Breslau, der auf dem Bahnhofsplatze von einem hohen Juge Männer und Frauen in Empfang genommen und nach Schmiedeburg begleitet wurde. Die Gendarmen lieh den Zug durch 4 Mann überwachen. — Auch in Hirschberg, wo ebenfalls Albert vor glänzend besuchter Versammlung referierte, ist alles ruhig verlaufen. — Dasselbe ist aus Landeshut zu berichten, wo in überfüllter Versammlung Schönwald-Verlin und Scholich-Breslau referierten. — Die Versammlung in Neustadt war von 250 Personen besucht. Hunderte erhielten wegen Raummangels keinen Einlaß. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Demonstration ist musterhaft verlaufen. Das Militär war in den Kasernen konfigniert. Die Gendarmen aus dem Kreise zusammengezogen, alles mit Revolver und Karabiner bewaffnet. Ja, man höre und staune: sogar die Briefträger hatte man mit Revolvern versehen. Die ganze Polizei war aufgeboden, aber zu maulen und zu hauen gab es nichts.

In Reichensbach i. Schl., wo sich der letzte große Streik der schlesischen Textilarbeiter abgespielt hat, sprach Genosse Feldmann vor 1200-1300 Demonstranten. Die Resolutionen fanden einstimmige Annahme.

Eine imposante von circa 500 Demonstranten besuchte Versammlung fand in Jauer statt, woselbst Genosse Schönwälder referierte. Die Resolutionen fanden einstimmige Annahme. Auch hier starkes polizeiliches Aufgebot, welches sich aber arbeitswillig zu betätigen keine Gelegenheit fand.

Wie schon bemerkt, konnte nur über einen Teil der stattgefundenen Versammlungen berichtet werden. Je mehr Berichte einlaufen, desto stärker wird der Eindruck von der imposanten, musterhaft verlaufenen Wahlrechtsdemonstration des Proletariats. Wie der Hund den Mond anbellt, so läffen jetzt die in ihren Hoffnungen — und Ängsten getauften Scharfmacher und Epische. Wägen sie läffen, mögen sie toben! In das, was die Sozialdemokratie, was das Proletariat in diesen Tagen der Welt gezeigt hat, reicht kein Anwurf, kein Hoch, keine elchastie, feige Verleumdung heran. Die gewaltige Summe von Disziplin und Energie, die in dieser Demonstration zum Ausdruck gelangte, man mag sie sich zur Warnung dienen lassen. Das Proletariat wird sich nicht aus der Ruhe bringen lassen, aber unerschütterlich ist kein Wille das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zu erringen. — Die Forderung ist gestellt und des Volkes Wille ist das oberste Gesetz!

Wasserstand am 22. Januar. Elbe bei Kalk + 0,85 Meter, bei Dresden — 0,54 Meter, bei Magdeburg + 2,29 Meter. — Unstrut bei Braunschweig + 1,90 Meter. — Oder bei Rathow + 1,20 Meter, bei Breslau Oberpegel + 3,06 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,06 Meter, bei Frankfurt + 1,88 Meter. — Saale bei Braunschweig + 3,25 Meter. — Barche bei Posen + 1,75 Meter. — Rode bei Ulf — Meter.

Briefkasten der Expedition. Patienten in Beitz, Grabowsee etc. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freizeitschriften sofort ihre Adressen einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden.



# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt II. 1933.

Nr. 19. Mittwoch, den 24. Januar 1906.

Inserate sechsgepaltene Kolonelle 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Zur Lokalliste.** Am 18. Februar ex. veranstaltet der Lotterieverein „Bildauf“ in den Oranienburger Festsälen, Chausseestr. 9 einen Maskenball; da das betreffende Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht, sind etwa angebotene Billets zu obigem Vergnügen entschieden zurückzuweisen. Die Lokalkommission.

## Vorort-Nachrichten.

**Parteigenossen! Seht die Wählerlisten zur Gemeindevwahl, die bis zum 30. Januar anliegen, ein oder beauftragt mit der Einsichtnahme einen der schon bekannt gegebenen Genossen am Orte!**

### Ueber Wahlrechtsverfassungen

am Sonntag gehen und aus einigen Vororten noch nachträglich folgende Berichte zu:

**Vorligwalde.** In der hier unseren Ort gut besuchten Versammlung referierte Genosse Gaido. Mit Begeisterung wurden die beiden Resolutionen angenommen.

**Friedenau** hat eine so imposante Versammlung wie die heutige noch nicht erlebt. In zu Herzen gebenden Worten gedachte zuerst der Referent, Genosse W. a. o., unserer kämpfenden russischen Brüder, deren Unterstützung er, eingedenk des Wortes: „Tua res agitur“, dringend empfahl. Er zerpflückte dann unter Zitation von Ausdrücken Bismarcks und Treitschkes das zum Himmel schreiende Dreiklassenwahlrecht in Preußen und brandmarkte in treffender Weise die Reaktion der Volksschule, dem Gesundheitswesen, dem Vergeseh und der Arbeitlosenversicherung gegenüber unter der sozialdemokratischen Lupe und lauter Verfall aus dem gedrängt vollen Saale bewies, daß er dem Ausdruck verlichen hatte, was die Volksschule bewegt. Zur ernstlichen Stimmung des protestierenden Friedenauer Proletariats trugen die bei Beginn und Schluß der Versammlung sowie nach dem Referat prächtig vom Arbeiter-Rännergesangsverein „Morgenrot“ Friedenau vorgetragen, der Bedeutung des Tages entsprechenden Gesänge hervortragend bei. Die beiden zur Abstimmung gestellten Resolutionen wurden von der circa 400 löpfigen Menge mit brausendem Applaus einstimmig angenommen. Dann gingen nach einem Schlusssatz des Wahlvereinsvorsitzenden, Genossen Thiede, alle Teilnehmer, der Beisitzung des Parteivorstandes mit gewohnter Disziplin folgend, ruhig nach Hause, wobei sie auf der Straße noch das Vergnügen und den hier seltenen Anblick genossen, Gendarm und zwei Unteroffiziere mit großen Schiefelhörnern und Säbels bewaffnet auf höheren Befehl mühsig ihre Zeit vergeuden zu sehen.

### Charlottenburg.

Ein zweiter der vollstündlichen Vortragsabende, welche von der hiesigen Allgemeinen Ortskonferenz im Laufe dieses Winters veranstaltet werden, findet am Freitag, den 20. Januar 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Saale Köpenicker Str. 3 statt. Sprecher ist Herr Professor Dr. George Meyer über praktische Häufelung bei Bewußtlosen und Schwindeln.

Zu diesem Vortrage hat jedermann unentgeltlich Zutritt. Rauchen ist jedoch verboten und Getränke werden nicht verabreicht.

### Schöneberg.

In der Stadtverordnetenversammlung am Montag erfolgte zunächst in der üblichen Weise die Einführung der am 11. Januar im 6. bezw. 8. Bezirk neuverwählten sozialdemokratischen Stadtverordneten Wagner und Wolfram. Die Zahl unserer Vertreter ist damit auf neun gestiegen.

Für die Erweiterung und Ausgestaltung unseres höheren Schulwesens ist man an den leitenden Stellen — und hier ist vor allem die zuständige Schuldeputation maßgebend — fortgesetzt bemüht, Schöneberg „auf die Höhe der Zeit“ zu bringen. Hat doch der erste Beamte, Oberbürgermeister Wilde, feinerzeit erklärt, daß man nur deshalb dem höheren Schulwesen so große Aufmerksamkeit schenken und Opfer bringen müsse, „um ein feuerkräftiges Publikum an den Ort zu fesseln“. Und in diesem Sinne wird auch an dem Ausbau desselben gearbeitet. Eine höhere Anstalt folgt der anderen. Oft genug liegen denn auch der bewilligungslustigen bürgerlichen Mehrheit andere als wirkliche Bildungsinteressen zugrunde. Jeder Kritiker verlangt von seinen gewählten „Vertretern“, in erster Linie berücksichtigt zu werden, und so gelangte denn auch gestern wieder ein von den „Insel“-Vertretern schon lange gestellter Antrag zur Annahme, daß spätestens am 1. April 1907 eine neue Realschule in jenem Stadtteil errichtet werden solle. Das Volksschulwesen in jenem Stadtteil liegt dagegen sehr im argen. Er besitzt mit seinen beinahe 30.000 Einwohnern nur eine einzige Gemeindegemeinschaft, so daß die Mehrzahl der schulpflichtigen Kinder den beschwerlichen Weg über die ohnehin stark frequentierte Sedanbrücke (am Schöneberger Bahnhof) wandern und sich in entferntere Schulen, unterbringen lassen müssen. Die schon im vorigen Jahre projektierte Doppelschule am Tempelhofer Weg, die zunächst etwa 1000 Kinder aufnehmen könnte, scheint aus den „Vorarbeiten“ auch nicht herauszukommen, und ihre Fertigstellung dürfte jedenfalls nicht vor 1908 zu erwarten sein.

Ueber die Grundzüge bezüglich der Dienst-, Lohn- und Urlaubsverhältnisse für die städtischen Arbeiter, welche nach schnell vor den Ferien des vorigen Jahres zum vorläufigen Abschluß kamen, lag heute eine definitive Vorlage vor, in die auch die Bewilligung von Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung einbezogen ist. Unsere Genossen hatten teilweise die Wiederherstellung früherer Deputationsbeschlüsse, aber auch einige Verbesserungen resp. Streichungen beantragt. Unter anderem beantragten sie, die Grenze für die Annahme als städtischer Arbeiter aus dem Lebensalter von 50 (statt 40) Jahren festzusetzen und die Arbeitszeit in diesem Jahre auf neun (statt zehn) Stunden zu beschränken, mit dem Zusatz, binnen zwei Jahren die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Auf Antrag Lohausen wurde indessen die ganze Angelegenheit, weil die Sozialdemokraten hier wieder weitere Wünsche zum Vorschein brachten, an einen elfgliedrigen Ausschuß verwiesen. Offenbar wird diese nochmalige Ausschüßberatung der definitiven Einführung zum 1. April 1906 keine Verzögerung bringen. Wenn es sich um Gehaltsaufbesserungen der oberen Beamten handelte, sind die Körperchaften stets schneller bei der Hand gewesen.

Zur Verbesserung des Spielplatzes an der Maxstraße, der sich im vorigen Sommer als gut geeignet hierfür erwiesen hatte, werden der Deputation 600 M. zur besseren Instandhaltung desselben überwiesen.

### Vichtenberg.

Nach dem Rechnungsabluß für das Jahr 1904 hat unser „Dorf“ dem Kreise unter den 24 Orten, die über 8000 Mark Kreissteuern zu entrichten hatten, die Höchstsumme eingebracht. Während Weissenfee dem Kreis 77.000 Mark und Pantow 88.000 Mark zu leisten hatte, hatte Vichtenberg 115.000 Mark zu zahlen. Daß sich inzwischen die Leistungen bedeutend erhöhten, ohne daß der Kreis wesentliche Aufwendungen für die Gemeinde zu machen hatte, dürfte aus der Steigerung der Steuerfähigkeit der erheblich vermehrten Bevölkerungsziffer erhellen.

Eine deutliche Sprache reden die aufliegenden Listen zur Gemeindevwahl, deren Einsichtnahme übrigens nicht dringend genug angeregt werden kann. 1904 waren 8682 Wähler mit einer Steuersumme von 787.531,10 Mark vorhanden, während im Jahre 1905 9222 Wähler mit 885.044,04 Mark verzeichnet sind. Das Jahr 1906 bringt eine weitere Steigerung auf 10.159 Wähler, denen ein Steuerbetrag von 926.511,27 Mark zugeschrieben ist. Die Kreissteuer, die Vichtenberg im Jahre 1906 zu zahlen hat, wird demnach noch 120.000 Mark übersteigen. Hierin dürfte wohl auch einer der Gründe zu finden sein, die dem Kreis Niederbarnim die Stadtverordneten Vichtenbergs nicht besonders wünschenswert erscheinen lassen.

Zur Leitung des Gemeindebauamtes ist der Regierungsbaumeister Anipping-Eberfeld berufen und der Gemeindevorsteher in ihrer letzten Sitzung vorgewählt und in sein Amt eingeführt worden. — Der Beschluß über die Errichtung einer höheren Schule am Orte hat die Genehmigung der Regierung noch immer nicht gefunden. Spätestens macht sich bei dieser Gelegenheit das Lavento unserer Bürgerlichen über den „Eingriff in die Selbstverwaltung der Kommunen“, der angeblich in der Forderung des Provinzialschulkollegiums liegen soll und dahin geht, nicht eher einer solchen Genehmigung näher zu treten, bis von der Gemeinde Sorge getragen sei, daß die Erklärung auf den Verzicht der Staatsbeihilfe sichergestellt und die Verschaffung des Directorialgebäudes usw. zugesagt sei. Unsere Gemeindevorsteherung hat ein solches Verlangen nicht erst abgelehnt, sondern — im voraus bewilligt, und trotzdem „Räuber und Mörder!“ Die Grundbesitzer- und sonstigen Vereine von Vichtenberg und Hohenföhrenhausen lassen sich ihren berechtigten Klagen über den Zustand, in dem sich die Straße von Berlin nach Hohenföhrenhausen-Wilhelmsberg befindet, nicht nach; die Gemeindebehörden werden nun den Versuch machen, die Anlieger und Interessenten zur Jurgarantie zu veranlassen, um dann die Regelung dieses Straßenzuges, der die Zufahrtsstraße zu den vielen Berliner Kirchhöfen bildet, vornehmen zu können.

### Weissenfee.

Die am 16. Januar im Vereinshaus abgehaltene Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins nahm zunächst den Bericht des Vorstandes, welchen Genosse Waltersdörfer erstattete, entgegen. Der Kassensbericht lag gedruckt vor. Die Einnahmen des 4. Quartals 1905 betragen hiernach 1394,44 M., die Ausgaben 927,33 M., mithin ist ein Kassensaldo von 467,11 M. vorhanden. Die Jahresrechnungen pro 1905 betragen 2882,52 M., die Jahresausgaben 2426,71 M. Am Jahresabluß 1905 waren 502 Mitglieder vorhanden. Hierauf gab der Vertrauensmann, Genosse Feudert, welcher bis zum 31. Dezember 1905 dieses Amt noch inne hatte, seinen Tätigkeits- und Kassensbericht. Den Bericht der Bibliothek erstattete Genosse Levy. Im letzten halben Jahre wurden 179 Bände aus der Bibliothek entliehen; er wünscht, daß die Frauen der Genossen die Bibliothek recht rege benutzen möchten. Das letzte Stiftungsfest ergab ein Defizit von 31,52 M. Die Rechnungen zum Vorstande und sonstigen Kommissionen ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Genosse Feudert, 2. Vorsitzender Genosse Taubmann, Kassierer Heise, Schriftführer Nerlich, Bibliothekare Levy und Kamin, Revisoren Kaufhold, Teuber und Weitzel, Lokalkommission Koppf, Waltersdörfer und Wittmer, Vergütungskomitee Reske, Content, Nerlich, Levy und Haas. Als Abteilungsleiter wurden die Genossen Liebenow, Bergemann, Weber, Hochmann und Reale bestätigt.

Ein Antrag Kohnen: In der nächsten Vereinsversammlung durch einen Referenten das „Ortsurteil Programm“ erläutern zu lassen“ wurde angenommen.

### Treptow-Baumschulweg.

Die Gemeindevorsteherung erklärte in ihrer letzten Sitzung zunächst, daß die Wortentziehung und der Ordnungsruf, welcher dem Genossen Hofmann in voriger Sitzung erteilt wurde, entgegen dem Antrage des Genossen Gramann nicht protokolliert werde. Hierauf nahm die Vertretung die Mitteilung entgegen, daß die landespolizeiliche Genehmigung für die Regenwasserkanalisation eingelaufen sei. Der Antrag, im Beamtenwohnhaufe der Pumpstation dem Gendarm Streng eine Wohnung zum Preise von 300 M. zu vermieten, wurde auf Verantwortung des Amtsvorstehers angenommen. Die Ablage in der Baumschulstraße zu erweitern wurde beschlossen. Die Stadt Berlin verpachtet zu diesem Zwecke 800 Quadratmeter des Plänterwaldes auf sechs Jahre. Damit die Kähe besser anlegen können, soll der noch von der Gewerbeausstellung herübergehende Dampfkanal auf abbruch verkauft werden. Ferner beschloß die Vertretung, in der ersten Gemeindegemeinschaft vom April d. J. ab das fiederstufige System und die Michaelisschule einzuführen und in der zweiten Gemeindegemeinschaft vom April Parallellassen einzurichten. Die in voriger Sitzung beschlossene Entschädigung für Benutzung der Turnhalle auf eine Mark pro Abend und die von den Turnvereinen an den Schuldienere zu zahlende Entschädigung wurde vom Gemeindevorstandesamt Kurt (Preis-) und Gramann als zu hoch befunden. Hierüber will der Gemeindevorsteher eine Untersuchung vornehmen und eventuell Ermäßigung in Vorschlag bringen. Gemeindevorsteher Korth wünscht, daß die Vertretung zum Schulverwaltungsgesetz Stellung nehme. Der Vorsteher erklärt, daß die bisherigen Rechte Treptows hierdurch nicht geschmälert werden und daß er sich mit den auf dem Städtetage am 15. Januar gefaßten Beschlüssen einverstanden erklärte.

Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am 16. Januar in Speers Festsälen seine Generalversammlung ab. Zum ersten Punkte der Tagesordnung hielt Genosse Kieger-Declin einen wirkungsvollen Vortrag über: „Taktische Zeit- und Streitfragen“. Anknüpfend an die Worte des Genossen Adler auf dem österreichischen Parteitage von der absoluten Ueberstimmung der österreichischen Gewerkschaften und der politischen Partei bei allen Aktionen des österreichischen Proletariats, kennzeichnete

Redner den Dualismus innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung und insbesondere gewisse Auslassungen gewerkschaftlicher Führer — auch noch Zena — die das Gefühl der Zusammengehörigkeit zur politischen Partei nur zu flach vermissen lassen. Die Hyperneutralität in den deutschen Gewerkschaften in Verbindung mit dem ausgeprägten Unterstützungssystem erlöste den Idealismus und die Kampfesfreudigkeit innerhalb der Arbeiterschaft und laufe auf eine Untergrabung jeder Aktionsfähigkeit der sozialistischen Bewegung hinaus. Redner ging dann zu den aktuellen Vorgängen am politischen Himmel über und glosierte mit begehendem Spott die von hoher Fieberhitze erzeugenden Ueberheiten der Reaktion, mit welcher diese die Demonstration der Sozialdemokratie gegen Volksrecht und Volksbeitrag zu eskalieren versuche. Genosse Kieger begrüßte den jetzigen Kurs in der deutschen Arbeiterbewegung gegen das Dreiklassenwahlrecht als den Ausdruck der bisherigen Taktik der rein parlamentarischen Interessenvertretung. Zum Schluß ging er noch ausführlich auf die Verhältnisse in der Erziehung der Arbeiterkassen zu denkenden und handelnden Sozialisten ein und empfahl die Frauenaufklärung und die Erziehung der Jugend der ganz besonderen Aufmerksamkeit aller überzeugten Sozialdemokraten. Die Verfassungsveränderungen hinsichtlich unserer Volksschule mühten u. a. auch mit einem wirklichen Massenaustritt der Arbeiter und ihrer Frauen aus der Kirche beantwortet werden. In der Diskussion sprach Genosse Karow im Sinne des Referenten und ging auf die Rede des Kriegsministers v. Einem im Reichstage und die von ihm dort abgegebene Erklärung des Reichskanzlers ein, und wies auf die Gefährlichkeit der heut herrschenden hin, die sie nur so lange betätigen, wie es ihnen in den Kram paßt. — Genosse Lüdke sprach ebenfalls im Sinne des Referenten und forderte die Genossen auf, sich eingehend mit der Idee des Generalstreiks und der antimilitaristischen Propaganda zu beschäftigen, da diese Fragen für das Proletariat immer bedeutender werden. — Hierauf gab der Kassierer, Genosse Nerlich, den Kassensbericht für das 4. Quartal 1905. Danach betragen die Einnahmen 478 M., Ausgaben am Ort 119,41 M.; zwei Drittel wurden abgeführt an die Zentralkasse des Kreises = 318,66 M. und ein Drittel der Einnahmen am Ort = 159,34 M.; es bleibt also ein Bestand von 39,93 M. — Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. — Genosse Theuerlauf gibt die Abrechnung vom Gründungsfest, wobei wir einen Ueberschuß von 78,40 M. erzielt haben. — Nachdem Genosse König noch verschiedene geschäftliche Angelegenheiten bekanntgegeben hatte, wurde die Versammlung um 1/2 Uhr geschlossen.

### Adlershof.

Eine Versammlung des Wahlvereins fand am 18. Januar im Lokale von Kauf statt. Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Albrecht gab Genosse Kuch den Kassensbericht. Derselbe verzeichnet eine Einnahme von 319,78 M., eine Ausgabe von 132,83 M., abzuliefern an den Zentralvorstand sind 218,18 M., mithin ist ein Defizit von 26,23 M. vorhanden. Aufgenommen wurden 26 Mitglieder, ausgetreten sind 11 Mitglieder, der Mitgliederstand ist von 290 auf 304 gestiegen. Der Expeditionsbericht, den Genosse Steuer erstattete, ergab eine Einnahme von 2068,53 M., eine Ausgabe von 1900,82 M., mithin einen Bestand von 108,21 M. Die Abwesenheitszahl ist von 458 auf 464 gestiegen. Auf Antrag des Vorstandes wurden die Zahlabende auf den zweiten Mittwoch im Monat und die Versammlungen auf den Dienstag verlegt. Zum Schluß gab Genosse Schuber einen ausführlichen Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin.

### Köpenick.

In der gut besuchten Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins gab der Kassierer Kühring den Kassensbericht vom 4. Quartal 1905. Der Einnahme von 1037,17 M. steht eine Ausgabe von 919,11 M. gegenüber. Davon erhebt der Zentralvorstand 691,44 M., es bleibt ein Kassensbestand von 118,06 M. 33 neue Mitglieder wurden aufgenommen. Gegen die Aufnahme des Gastwirts Rud wurde Widerspruch erhoben, es vereinbarte sich nicht, im Landwehrverein Mitglied zu sein und auf der anderen Seite dem sozialdemokratischen Vereine anzugehören. Obwohl er erklärte, aus dem Landwehrverein auscheiden zu wollen, beschloß die Versammlung die Nichtaufnahme. In den Vorstand wurden folgende Genossen gewählt: 1. Vorsitzender Weid, 2. Vorsitzender Gähne, 1. Kassierer Kühring, 2. Kassierer Liegner, Schriftführer Ledbre, Revisor Klotz, Revisoren: Tauchert, Koch und Kimm. In die Lokalkommission wurden gewählt: Regel, Kockitz und Rudolf, als Parteispediteur Weid und in die Zeitungskommission: Tauchert, Helling und Werth.

### Reinickendorf.

Konflikt mit Berlin. In der letzten Sitzung der Reinickendorfer Gemeindevorsteherung wurde über einen neuen Streitfall mit Berlin debattiert. Die Stadt hat vor zwei Jahren durch die zu Reinickendorf gehörende Schornweberstraße ein Gasrohr gelegt und an Reinickendorf eine Vergütung dafür zahlen müssen. Jetzt ist den Reinickendorfern nun bekannt geworden, daß das städtische Gaswerk gleichzeitig mit der Verlegung der Gasrohre auch eine nach der Berliner Anstalt in Regel führende Fernsprek- und Telegraphenleitung verlegt hat. Bürgermeister Wille teilte der Vertretung mit, daß hierzu keine Erlaubnis von Seiten des Gemeindevorstandes vorlag und Berlin aufgefordert sei, das Kabel zu beseitigen. Eine Antwort sei jedoch noch nicht eingegangen. — Die Gemeindevorsteherung beschloß darauf nach kurzer Diskussion, gegen Berlin vorzugehen, vorerst jedoch einen Rechtsanwalt um ein Gutachten bezüglich der Rechte und eventl. Maßnahmen der Gemeinde anzugehen.

## Berliner Nachrichten.

### Niedriger hängen!

Der Berichterstatter, den man als magistratsoffiziös zu bezeichnen pflegt, weil er keine Mitteilungen über kommunale Angelegenheiten aus den Bureau des Rathhauses sowie von Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung bezieht, verbreitet zuweilen auch Nachrichten über die Arbeiterbewegung. Selbstverständlich sind auch diese Notizen stets so gehalten, daß sie von jedem der Preissinnstücker, die im Rathause die kommunale Verfassung spielen, mit sämmtlichem Behagen gelesen werden. Oft genug merkt man ihnen sogar an, daß auch sie nur einem Blick von dort aus ihre Entstehung verdanken. Die neueste dieser Leistungen lautet so:

„Das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, hat kürzlich eine Jubelnummer herausgegeben aus Anlaß seiner dreißigsten Auflage. Es dürfte von allgemeinem Interesse sein, einmal darauf

Hinzuweisen, wie die Abonnenten für den „Vorwärts“ gepreht werden. Bekannt ist, daß die „Genossen“ alle die Judiker einfach loslöten, die sich weigern, den „Vorwärts“ zu halten. Neuerdings sind die „Genossen“ aber noch weiter gegangen. Die sozialdemokratischen Organisationen haben Fragebogen verfaßt. Und was für Fragen enthielten diese Bogen? Der Zentralverein der Bildhauer Deutschlands stellt u. a. folgende: „Sind Sie Abonnent einer politischen Zeitung? Wenn ja, welcher?“ Ferner heißt es in diesem Bogen: „Um wahrheitsgetreue Angaben wird dringend gebeten, da hieron die Vollständigkeit unserer ganzen statistischen Erhebungen abhängt. Darum möge nicht allein jeder organisierte Kollege einen solchen Fragebogen ausfüllen, auch jeder Unorganisierte ist zur Ausfüllung zu bewegen.“ Was dies heißt, braucht wohl nicht näher auseinandergesetzt zu werden. Der schöne Spruch: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein!“ paßt hier wunderbar. Es geht doch nicht über die sozialdemokratische Freiheit und Bevormundung. Der sozialdemokratische Zukunftsstaat muß ein wahres Paradies sein. Schade, daß Nebel nicht einmal einen Versuch damit in Copie macht.“

Wie die Abonnenten für den „Vorwärts“ gepreht werden, will diese Notiz zeigen, aber der neugierig gemachte Leser wartet vergeblich auf Mitteilung auch nur eines einzigen Falles, wo irgend einer der befragten Bildhauer, irgend ein Mitglied der hier fröhlich als „sozialdemokratisch“ hingestellten Organisation, „gepreht“ worden wäre. Oder soll schon die Mahnung, wahrheitsgetreue Angaben zu machen, als ein „Preßen“ gelten? In Ermangelung jeglichen Tatsachennaterials wird dem aus dem Fragebogen zitierten Satz, daß man auch jeden Unorganisierten zur Ausfüllung bewegen sollte, die gewöhnliche Deutung gegeben durch den Zusatz: „Was das heißt, braucht wohl nicht näher auseinandergesetzt zu werden usw.“ Ist das nicht des Beweises genug?

Mit solchen Mitteln pflegt die Presse unserer Gegner gegen uns zu kämpfen, und der Name, der dem Magistratsberichterstatter die Grundidee zu dieser Notiz einblies, dürfte daher hoffen, daß auch diese Zeitung ihren Weg in die Öffentlichkeit finden würde. Vorläufig hat sich nun allerdings diese Erwartung nicht erfüllt; so weit wir gesehen haben, hat bisher nur ein ostentatürliches Blättchen, das unter Aufsicht der Öffentlichkeit erscheint, dem plumpen Geschreibsel seine Spalten geöffnet. Daß diesmal nicht die gesamte bürgerliche Presse mit Bier danach gegriffen hat, mag zu erklären sein aus dem Umstande, daß dabei unsere Jubelnummer und ihr Anlaß nicht zu verschwiegen werden könnte. Die Zahl 100 000 ist zwar vorläufig hinaufgemogelt worden, aber auch von der „vermehrten Auflage“ des sozialdemokratischen Zentralorgans darf den Lesern bürgerlicher Blätter nichts verraten werden.

Es tut uns aufrichtig leid, daß aus diesem Grunde der Liebe Will' umsonst gewesen sein soll. Damit eine möglichst breite Öffentlichkeit das Opus kennen lerne, wird es hiermit durch den „Vorwärts“ niedriger gehängt.

Für die Kaufmanns- und Gewerbegerichtsbefitzer. Die Freie Vereinigung von Handlungsgehilfenbeisitzern des Kaufmannsgerichts zu Berlin ersucht uns um Aufnahme folgender Mitteilung:

Dienstag, den 20. Januar, abends 9 Uhr, wird Herr Professor Dr. Jastrow, Stadtrat zu Charlottenburg in den Sophienhöfen (Berliner Handwerkerverein), Sophienstraße 17-18, einen Vortrag über:

„Entwicklung und Zweck des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“ halten, wozu wir die Herren Befitzer der Kaufmanns- und Gewerbegerichte zu Berlin und den Vororten einladen. Interessenten können Einladungen von der Geschäftsstelle Berlin N 39, Panstraße 47 II, erhalten.

Für das Ostwiesengewerbe ist eine öffentliche Versammlung von erheblichem Interesse, die am Mittwoch, den 24. Januar, nachmittags 4 Uhr, nach dem großen Saale von Keller, Kopenstr. 29, einberufen ist. Die Reichstags-Abgeordneten Seher, Leipzig und Bauerl, Apolda werden über die neuen Steuerentwürfe und ihre Bedeutung für das Gastwiesengewerbe sprechen.

**Verlegung von Straßenbahnhöfen.** Acht verschiedene Linien der Straßenbahn mühten, wie wir seinerzeit berichtet haben, seit längerer Zeit am Bahnhof Zoologischer Garten wegen des Baues eines Kanals für den Wilmsdorfer Regenauslauf abgelenkt werden. Die Arbeiten sind jetzt zwischen dem Bahnhof Zoologischer Garten und dem Kurfürstendamm beendet. In der Joachimsthalerstraße, wo die Straßenbahn bisher nur einseitig betrieben werden konnte, ist jetzt der zweigleisige Betrieb wieder aufgenommen. Die Linie D Steglitz-Kollendorferplatz-Bahnhof Zoologischer Garten und G Wilhelmstraße-Zoologischer Garten werden jetzt wieder bis zu ihrer planmäßigen Endhaltestelle zwischen dem Bahnhof und dem Zoologischen Garten durchgeführt. Sie machen nicht mehr die Schleife Joachimsthaler, Hordenberg- und Rankestraße. Linie G machte während des Baues die Schleife am Zoologischen Garten in umgekehrter Richtung. Sie befährt jetzt wieder die Schleife wie früher in der Richtung Hardenbergstraße, Joachimsthalerstraße, Kurfürstendamm. Auch 93 Görtzper-Bahnhof-Charlottenburg geht jetzt wieder bis zum Bahnhof Zoologischer Garten und nicht mehr gerade durch die Kantstraße. Die weiter abgelenkten Linien P Steglitz-Kaiserliche-Bahnhof Zoologischer Garten, 82 Schleifisches Tor-Bahnhof Zoologischer Garten, und 4 Ost-West-Ring, der an Stelle von 89 und 90 getreten ist, verkehren noch bis zur Beendigung der Arbeiten in der Joachimsthalerstraße zwischen dem Kurfürstendamm und der Liegnitzerstraße in der bisherigen Weise.

**Rache! Blutwurst!**

Am Sonntag hat Nebel in seiner Rede jenseits Bekannte und oft zitierte Zusammenstellung wiederholt: daß keiner von den preussischen Ministern im Jahre 1903 bei den Landtagswahlen in der ersten Wählerklasse figurierte, während z. B. der Berliner Hofschlächtermeister Dettler (ebenso wie eine Anzahl Wortbediener in Hamburg und anderen Städten) zu den „erschlaglichen“ Wählern gehören.

Diese Zusammenstellung soll die Kollegen des Herrn Dettler „aufs tiefste erregt“ haben. Sie fordern: Nebel müsse die unmotivierte „Beleidigung“ zurücknehmen. Auch wollen sie schon heute oder morgen in einer Meisterversammlung zu dieser hochwichtigen Angelegenheit Stellung nehmen und eine Art Protestkrummel „wegen Beleidigung des Fleischergewerbes“ vorbereiten.

Wir sind im höchsten Grade erstaunt über die unmotivierte Aufregung der Herren. Man ist's von unseren Staatsanwälten allerdings gewöhnt, daß sie Darstellungen von Tatsachen, die aus agnatorischen Gründen knapp und scharf gekennzeichnet und aneinandergereiht werden, hochnotpeinlich unteruchen und — wenn's glückt — bestrafen lassen. Die Berliner Schlächtermeister folgen, wenn sie denselben Weg beschreiten wollen, keinem guten Beispiel.

Im übrigen wissen wir ganz genau, daß — wie jeder Stand — so auch der Fleischerberuf eine ganze Anzahl intelligenter Männer hervorgebracht hat und hervorbringt. Wie wissen aber ebenjogut, daß gerade Herr Dettler nicht zu denen gehört, die die Beiseit mit Köpfen ge-nessen haben — es mühten denn gerade Dettelschellen gewesen sein. Wie aber der selbige Krupp es sich häufig gefallen lassen mußte, daß wir uns seiner als Musterbeispiel bedienten, um zu betonen: die kapitalistische Produktionsweise stellt ein System dar, bei dem — entgegen den Schilderungen gewisser Theoretiker — die Intelligenz des Kapitalisten nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist, genau so muß es sich Herr Dettler gefallen lassen, daß wir auch ihn gelegentlich als eines der typischen Beispiele für unsere antikapitalistische Anschauungsweise zitierten.

Die Herren Schlächtermeister haben also durchaus keine Veranlassung, gerade in diesem Falle große Solidaritätsumgebungen zu veranstalten. Wollen Sie's durchaus, wir sind die letzten, die in ihrem Vergnügen zu stören.

Die Konsequenz der schlächtermeisterlichen Auffassung, die am Dienstagabend sogar von der „Deutschen Tageszeitung“ gemißbilligt

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

wird, welche übrigens sehr, daß man sich in Zukunft hüten möchte, irgend einen Menschen überhaupt zu kritisieren aus Furcht, dessen sämtliche Verursachungen könnten sich getroffen fühlen und Straf- antrag stellen.

Rechenbeil bemerkt, waren die Herren Schlächtermeister zur Zeit, als ihr Ex-Kollege, der spätere Scharfrichter Krauß, in Berliner Zeitungen angegriffen wurde, weniger empfindlich. Sollte ihr feines Empfinden nur reagieren, wenn — Hofschlächtermeister im Spiele sind?

**Eine schärfere Trennung des Stadtbahn- und Fernverkehrs** auf den Doppelbahnhöfen der Stadtbahn wird seitens der Betriebsverwaltung neuerdings angestrebt. Zu diesem Zwecke ist auf dem Bahnhof Alexanderplatz der Zugang von der Vorhalle für den Stadtverkehr zu demjenigen für den Fernverkehr durch ein Torgerüst abgeperrt worden, nachdem auf dem Bahnhof Friedrichstraße schon vor längerer Zeit durch Umbau der Zugänge eine ähnliche Maßnahme getroffen worden war. Diese Neuerrichtung bedeutet für den Übergangverkehr von der Fern- nach der Stadtbahn respektive umgekehrt, eine bedeutende Erleichterung, da die unseigenden Postkoffer gezwungen sind, die Vordrehbahnen zu verlassen, um von dem einen nach dem anderen Bahnsteig zu gelangen.

**Neuer die Beschäftigung in Vädereien und Konditoreien** erläßt der Polizeipräsident folgende Bekanntmachung: Auf Grund der Bekanntmachung des Herrn Reichsanzlegers über den Betrieb der Vädereien und Konditoreien vom 12. März 1899 werden der 27. Februar, der 11. und 12. April, der 5., 12., 19., 23., 26. und 27. Mai und der 1. Juni 1906 als solche Tage festgesetzt, an denen in Vädereien und Konditoreien Gehäusen und Verbrüngen über die vorgeschriebene Zeit hinaus beschäftigt werden dürfen.

**Das Gefährde des Zuges Sees** ist durch den Sturm am Freitag derartig beschädigt worden, daß im Interesse des Ausflüglerverskehrs ausgedehnte Reparaturarbeiten vorgenommen werden müssen. Wie eine Beschäftigung der Seeser ergeben hat, wurde durch die kolossale Brandung, welche durch den Sturm verursacht war, das Postweck vielfach zerstört, jedoch der Dampferlandungsplatz auf eine Ausdehnung von zirka 10 Metern unterpflügt worden ist. Der Promenadenweg wurde an vielen Stellen fortgerissen und die zahlreichen Landungsstege durch den Wellenschlag zerstört. Die Ausbesserungsarbeiten werden sofort in Angriff genommen und so schnell durchgeführt, daß mit Beginn des Ausflüglerverskehrs die Seeser sich wieder im alten Zustande befinden werden.

**Der Verband technischer Gemeindevorstände Deutschlands** hielt in der Musterbörse, Kaiser Wilhelmstr. 18, eine Versammlung ab, die auch von auswärtigen Beamten sehr stark besucht war. Sie befaßte sich mit den micklichen Gehalts- und Anstellungsverhältnissen der Techniker. Nach dem vom Verbands-gesammelten statistischen Material sind, wie vom Referenten ausgeführt wurde, in 173 Gemeindeverwaltungen insgesamt 5885 technische Angestellte einschließl. der Oberbeamten beschäftigt. Hieron sind in 151 Verwaltungen 1779 lebenslänglich angestellt oder 30,5 Proz.; in 110 Verwaltungen 1319 auf Kündigung, also 22,6 Proz. und in 148 Verwaltungen 2787 nicht angestellt gleich 47 Proz. Unter den 1779 lebenslänglich angestellten Technikern befinden sich die oberen technischen Beamten, die mit rund 1000 angenommen werden müssen. Es verbleiben daher im günstigsten Falle nur 779 lebenslänglich angestellte mittlere Techniker oder 18,25 Proz. In Berlin sind 172 lebenslänglich, 217 auf Kündigung und 824 nicht angestellte Techniker. Nach einer scharfen Kritik des Kommunalbeamtengesetzes vom 30. Juli 1899 wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Veranlassung erachtete die Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der Gemeindevorstände als den jetzigen Verhältnissen nicht entsprechende und für die an die Techniker gestellten Anforderungen als vollständig unzulänglich im Vergleich zu anderen Beamtenkategorien. Der Verbandsvorstand wird hiermit beauftragt, eine Verbesserung dieser Verhältnisse durch Abänderung der bestehenden Gesetze und Eingaben an die Gemeindeverwaltungen anzustreben, zu welchem Vorgehen das vom Verbands gesammelte Material benutzt werden soll.“

**Polizeilich aufgelöst** wurde eine öffentliche Volksversammlung am Montag in Kellers Festsaal, wo der Schriftsteller Karl Sammit über die russische Revolution sprach. Nachdem der Redner ungefähr 7/8 Stunden über die Revolution in Russland, über die belarnten Gravel usw. gesprochen hatte, gebrauchte er eine Wendung gegen die preussische Regierung, auf Grund welcher der überwachende Polizeileutnant die Versammlung auflöste. Nun tauchten aus der aus dem Garten in den Saal führenden Tür und aus dem Vorflur Schupsteine auf, die den Saal räumten.

**Ueber den Ordenslegen, der am Sonntag niedergegangen ist,** wird berichtet, daß es in diesem Jahre 50 weniger als im Vorjahre waren. Insgesamt sollen nicht weniger denn 2888 Orden — gezählt haben wir sie nicht — verliehen worden sein. Wir registrieren diese Tatsache lediglich in unserer Eigenschaft als gewissenhafte Chronisten, die wir nun einmal sind; liefern doch diese Ordensverleihungen immerhin einen ganz interessanten Beitrag zu unserer Kultur-geschichte.

**Pompabourräuber in den Vororten.** Seitdem das Treiben der Pompabourräuber im Tiergarten etwas nachgelassen, hat es den Anschein, als ob die dreisten Durschen ihr Arbeitsfeld in die Vororte verlegt hätten. So wurde in der Kolonie Grunewald am heiligsten Tage ein frecher Raubfall gegen eine ältere Dame ausgeführt. Dieselbe war im Begriff gewesen, vom Bismardplatz in die Kunst-Vunsthausstraße einzutreten, als plötzlich ein junger Mensch auf sie losstürzte und ihr mit einem starken Ruck die Lederhose aus der Hand riß. Eiligst entfloß dann der Räuber durch die Caspar Theysstraße, verfolgt von der hilfschreienden Greisin. Es gelang nicht, den Täter zu erwischen.

**Eine jugendliche Selbstmörderin** ist gestern nachmittags in der Nähe der Feuerbrücke aus dem Schiffahrtskanal gelandet worden. Die Lebensmüde, die bisher noch nicht resognosziert werden konnte, ist 20 bis 25 Jahre alt gewesen und gehörte den einfachen Kreisen an. Sie war mit einem etwas ärmlichen, dunklen Kostüm gekleidet, trug dunkelblonde Haare und führte einen Kneifer bei sich. Die Leiche ist in das Schauhaus eingeliefert worden.

**Erwischt.** Einen guten Fang hat gestern die Polizeibehörde in Brigg gemacht. In letzter Zeit berückten wir wiederholt über Diebstähle von Leitungsdrähten, welche an der am Leitungsanal entlanglaufenden elektrischen Freileitung abgegriffen und entwendet wurden. Am dem dreisten Räuber endlich einmal bezuflommen, ließ man die Bahn ständig überwachen. Gestern glückte es denn auch, die langgesuchten Drahtdiebe in den Personen zweiter in Rixdorf wohnender Männer bei frischer Tat zu überraschen und zu verhaften.

**Aus dem vieren Stof** gestürzt hat sich gestern früh die Witwe Marie Stöwe son d aus der Linienstraße 148. Die Frau war seit länger Zeit kränzlich und hat die Tat wahrscheinlich in einem Anfall nervöser Aufregung verübt. Der Sturz war so unglücklich, daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat.

**Durch einflürende Bettlermassen** erschlagen. Einen schrecklichen Tod mußte gestern nachmittags der Bretterträger Alfred Bräning, der auf dem Lagerplatz der Ruppoldshandlung von Fischer u. Goldberg tätig war, erleiden. Beim Arbeiten stand er dicht an einem Bretterhau, der plötzlich unter dem großen Gepolter einstürzte. Der Bedauernswerte wurde unter dem Trümmerhaufen begraben und sofort machten sich mehrere Arbeitstollegen an die Befreiung des Verunglückten. Noch lebend förderten sie B. aus Tageslicht. Er starb jedoch auf dem Transport nach dem Krankenhaus am Urban infolge der erlittenen Verletzungen.

**Ein trauriger Unglücksfall** hat gestern ein Menschenopfer gefordert. Auf dem Dache des Hauses Grüner Weg 119 war nachmittags der Dachdecker Gustav Gleisemann aus der Lotzingerstr. 20 mit einigen Kollegen in fröhlicher Laune bei der Arbeit. G.

Inferatenteil veranlt.: Th. Wöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW,

welcher viel Humor besaß, hatte soeben eine schmirrige Anekdote erzählt, und kaum geendet, so stürzte er plötzlich um und fiel über die Dachlante hinweg in die Tiefe hinab. Mit zerstückelten Gliedern wurde der Aermste nach der Unfallstation VIII am Grünen Weg gebracht. Der Arzt vermochte jedoch nur noch den inzwischen eingetretenen Tod zu konstatieren.

**Selbstmord.** Gestern hat sich der Händler Michael Semandowski aus der Schulzenbockerstr. 18 in dem Hause Gerichstr. 72 erhängt. Er war schon Jahre hindurch von einem schmerzvollen Darmleiden geplagt worden. Um denselben ein Ende zu bereiten, beschloß er vor einiger Zeit in seiner Wohnung, die nur aus Stube und Küche bestand, sich das Leben zu nehmen. Er wurde jedoch dabei von seiner Frau gestört. Gestern morgen kaufte sich der Lebensmüde einen Strid, ging in das Haus Gerichstr. 72 und erhängte sich dort auf einem Klotz, nachdem er zuvor die Tür abgeriegelt hatte. Die Leiche wurde später von einem Polizeibeamten erwischt und nach dem Schauhaus gebracht.

## Gerichts-Zeitung.

**Eine Privatbeleidigungsklage** gegen den Genossen Wätner als verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ hat der Journalist Brell in Amsterdam beim Berliner Schöffengericht anhängig gemacht. Den Anlaß zur Klage bietet eine im „Vorwärts“ vom 30. August enthaltene Notiz, die aus dem „Berl. Tageblatt“ entnommen ist. Die Notiz bezieht sich auf die damals in den Zeitungen besprochene Ausweisung des ausländischen Journalisten Cay van Kollen und besagt: Nach einer Mitteilung des „Berl. Tagebl.“ sei der Vertrauensmann der deutschen Regierung, der Herr Cay demnächst, ein deutscher Journalist in Amsterdam, der aus dem dortigen Journalistenverein ausgeschlossen worden sei.

Durch diese Angaben fühlte sich Herr Brell getroffen, er klagte sowohl gegen das „Berl. Tagebl.“ als auch gegen den „Vorwärts“. In der uns betreffenden Klage stand am Dienstag Termin vor dem Schöffengericht an Vor Eintritt in die Verhandlung schlossen die Parteien folgenden Vergleich:

Herr Wätner erklärt: Die von mir aus dem „Berl. Tagebl.“ in den „Vorwärts“ übernommene Behauptung, daß Herr Brell ein Spion der deutschen Regierung sei und sie über Herrn van Kollen falsch informiert habe, auch aus dem deutschen Verein in Amsterdam ausgeschlossen sei, ist durchaus nicht zu beweisen und ich nehme sie mit Bedauern zurück.

Diese Erklärung soll innerhalb eines Monats in folgenden Blättern: „Vorwärts“ (Berlin), „Allgem. Handels-Zeitung“ (Amsterdam), „Matin“ (Antwerpen) auf Kosten des Angeklagten veröffentlicht werden. Angeklagter übernimmt die Kosten einschließlich des vereinbarten Honorars des kaiserlichen Anwalts von 100 Mk. Privatkläger verzichtet auf weitere Schadenersatzansprüche aus dieser Veröffentlichung der Redaktion und dem Verlag des „Vorwärts“ gegenüber.

## Vermischtes.

**Eisenbahnunfall.** Saarbrücken, 23. Januar. Amliche Meldung. Am 22. Januar, 8 Uhr 23 Min. nachmittags, überfuhr der von Reulichen nach Saarbrücken fahrende Schnellzug 146 das auf „Halt“ stehende Einfahrtssignal der Station Friedland und fuhr dem ausfahrenden Güterzuge 9079 in die Arme. Von den Reisenden des Schnellzuges wurden drei leicht verletzt, desgleichen ein Fremder des Güterzuges. Der Materialschaden ist erheblich. Beide Hauptgleise waren gesperrt. Der Betrieb wurde durch Umsteigen und Umlenkung der Züge aufrecht erhalten.

**Ueber die Explosion auf dem Dampfer „Aquidaban“.** Ueber die wir bereits im Depescheenteil unserer gestrigen Nummer berichteten, liegt heute folgende Nachricht vor: Rio de Janeiro, 22. Januar. Der Panzerkreuzer „Barroso“, der mit den Ministern an Bord sofort nach der Unfallstelle des „Aquidaban“, der keinen Wucht von Jacuacanga südlich der Ilha Grande, abging, ist mit den Vertundeten heute abend wieder in Rio de Janeiro eingetroffen. Umgekommen sind bei der Explosion der Marineminister Siqueira Admiral Koronha, der in Begleitung der Studienkommission des neuen Arsenal sich an Bord des Dampfers befand, die Studienkommission selbst, die Kontradmiraal Rodrigo da Rocha, Calbeiros da Graca und Candido Brasil, ferner der Kapitän des Schiffes Alves da Barros, zwei Fregattenkapitane, zwei deutsche Photographen, ein Zeitungsbereitender und fast alle Offiziere des „Aquidaban“. Die Zahl der Toten beträgt insgesamt 106, die der Verwundeten 86. Es ist öffentliche Trauer angeordnet worden. Die Theater sind geschlossen.

**Woran erkennt man einen Volkschullehrer?** Ein Lehrer teilt unserem Leipziger Parteiblat dieses wahre Geschickchen mit: Seit dem 1. Januar wohne ich in meiner neuen Wohnung und konnte mich nicht genug wundern, warum anfangs die Jungen so köstlich ihre Wägen zogen und die kleinen Mädchen so allerliebste knixten, wenn ich ihnen auf der Treppe oder auf der Straße begegnete, während nach einiger Zeit merkwürdigerweise das freundliche Grinsen und Knixen bedeutend nachgelassen hatte. Durch Mitteilung von meiner Hauswirtin bin ich jetzt dahinter gekommen: Die zahlreichen Kinder der Hausbewohner sollen fortwährend mit ihren Holzpantoffeln lärmend und polternd treppauf, treppab; das gefällt meiner Hauswirtin, einer alten, gern der behaglichen Ruhe pflegenden Matrone, durchaus nicht, und sie kann roben und schelten, so viel sie will, es hilft nichts. Mit jedem Morgen beginnt das Lärmen und Poltern vor neuem. Um nun diese kleine Gesellschaft zur Raison zu bringen, drohte sie, es dem Herrn „Lehrer“ zu sagen, der da am 1. Januar in der ersten Etage eingezogen sei. Als es ihr nun wieder einmal zu toll auf den Treppen herging, wiederholte sie ihre Drohung, direkt zu dem Herrn „Lehrer“ gehen zu wollen. Da aber schaltete es ihr aus dem kleiner Chöre entgegen: „So, das ist ja gar kein Lehrer, bei dem steht ja abends die Volksgesung an der Türe, und die dürfen die Lehrer nicht lesen!“

**Beize und Korporationen.** die Ausnahme in dem von uns demnächst zu veröffentlichenden Verzeichnis der Vereine, wollen Name und Sitzungsplatz und zuzenden. Es können nur die Vereine veröffentlicht werden, die bis zum 1. Februar ihre Adresse neu eingeschickt haben.

**Sozialdemokratischer Beize- und Diskussionsklub „Süd-Ost“.** Heute, Mittwochabend 8 1/2 Uhr bei Lohndorf, Gültigerstraße 88: Beratung des Arbeitsplanes für 1906. Verbindungsgegenstände.

**Sozialdemokratischer Beize- und Diskussionsklub „Emil Rosenow“.** Mittwoch: Sitzung bei Hoff, Dalldorfstr. 5, Vortrag des Genossen Beize über: „Das kommunistische Manifest“.

## Briefkasten der Redaktion.

**E. V.** Senden Sie sich an das Bureau des Zentralverbandes der Handl., Transport- und Verkehrsarbeiter, Berlin, Engel-ller 18. — **P. S. 93.** In der Drogerie. — **P. Bruner.** Vom Sarenhans. — **Streitschiffe.** Sie haben hierher veranlt, auf solche Redaktionsstellen zu achten. — **M. Schilling** Nr. 27 und andere. Die Extrausgabe unteres Blattes am Montagabend wurde außer an unsere Abonnenten in einer großen Auflage unentgeltlich verteilt. Wenn sich Händler, die mit der Verteilung dieser Gratisnummer beauftragt waren, dafür einzelne Nummern noch bezahen lassen, so haben dieselben das in sie gesetzte Vertrauen gebrochen. — **P. S. 30.** Geld leiht die Viebeschließung. Bureau im Rathaus.

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 24. Januar 1906.** Etwas gelinder, vorherrschend wolkig mit geringen Niederschlägen mit mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den